

Rundbrief

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

2
2015



DIE LINKE.

INHALT

| | |
|---------------------|---|
| EDITORIAL | 3 |
| Julia Wiedemann | |

AKTUELLES

| | |
|--|---|
| Zahl rechter Angriffe auf Flüchtlinge steigt weiter | 4 |
| Ulla Jelpke, Martina Renner | |

| | |
|--|---|
| Zum veränderten Umgang mit ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen | 6 |
| Jan Korte | |

| | |
|--|----|
| AfD – Zwischen Etablierung und Selbstzerstörung | 10 |
| Gerd Wiegel | |

| | |
|--|----|
| Vieles geht auf keine Kuhhaut | 14 |
| Friedrich Burschel | |

| | |
|---------------------------------------|----|
| Der Eurabien-Komplex | 18 |
| Philipp Schaab | |

GESCHICHTLICHES

| | |
|---|----|
| Kolonialideologie und Sozialdemagogie. Notizen zu Hans Grimms Roman »Volk ohne Raum« | 20 |
| Dieter Schiller | |

| | |
|--|----|
| Der Opelstreik 1936 und der Ausbau des Werkschutzes als betriebliches Terrororgan | 28 |
| Stephan Jegielka | |

| | |
|--|----|
| Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland | 34 |
| Roger Lecucq | |

REZENSIONEN

| | |
|---|----|
| Eine neofaschistische Gefahr aus Italien | 36 |
| Mathias Wörsching | |

| | |
|--|----|
| Antifa in der Krise?! | 38 |
| Yves Müller | |

INFORMATIONEN

| | |
|---|----|
| Die Dr. Madloch-Sammlung | 41 |
| Harald Wachowitz | |

| | |
|--|----|
| An alle Engagierten und Interessierten: Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE! | 43 |
|--|----|

DIE LINKE.

Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr, und wird herausgegeben von der AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-216
E-Mail: julia.wiedemann@die-linke.de

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Titelbild: Frank Schwarz
Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, nichts hat uns in diesem Sommer so sehr bewegt, wie das Thema Flucht und Asyl. Viele von uns haben sich persönlich engagiert, Essen und Kleiderspenden an Flüchtlingseinrichtungen verteilt, Hilfsangebote organisiert, waren auf Demos gegen sogenannte »Asylkritiker« gegangen oder haben in sozialen Medien versucht den rassistischen Sprüchen in den Kommentarspalten paroli zu bieten. Dieses Thema wird uns auch in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Jahren intensiv beschäftigen. Wir stehen an einem historischen Wendepunkt. Die jahrhundertelange Politik der Ausbeutung durch den »Westen«, die wahlweise Unterstützung von Diktatoren oder deren Sturz durch militärische Interventionen und die daraus folgenden politischen Brüche sowie der von den Industrienationen mit verursachte Klimawandel blieb nicht ohne Konsequenzen. Die Zahl der Geflüchteten und der Binnenvertriebenen steigt weltweit seit Jahren an. Lediglich durch die Abschottungspolitik der Europäischen Union und dem Dublin-Abkommen blieben die Probleme lange Zeit vor den Toren Europas, bzw. gelangten nur bis an die südliche Peripherie der EU, außerhalb unserer Hör- und Sichtweite. Jetzt stehen die Betroffenen direkt vor unserer Tür und werden unsere Nachbarn mit all ihren Schicksalen, ihrer Not, jetzt können wir nicht mehr wegschauen. Wie uns das als Gesellschaft verändern wird, und ob auch die Politik bereit ist, daraus einen grundlegenden Wandel abzuleiten, das ist noch offen. Auch in unserem Rundbrief werden wir uns mit dem Thema befassen in einem Beitrag über den massiven Anstieg flüchtlingsfeindlicher Angriffe. Eine der vielen Gruppen, die das Thema für ihre Profilierung ausnutzen will, ist die AfD. Gerd

Wiegel schreibt über ihre aktuelle Entwicklung vor und nach der Abspaltung der Anhänger um den einstigen Vorsitzenden Bernd Lucke. Die steigende Zahl von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte lässt auch die Befürchtung steigen, dass sich erneut terroristische Zellen in der extremen Rechten herausbilden können. Ist die Politik bereit dem effektiv entgegen zu wirken? Fritz Burschel nimmt den NSU-Prozess diesbezüglich unter die Lupe. Wie um Anerkennung von Opfern gerungen werden muss zeigt auch der Beitrag von Jan Korte zum Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen.

Und auch aktuell: die Rubrik Historisches. Die Lage im verschuldeten Griechenland und die zähen Verhandlungen mit den Geldgebern rutschten zwar angesichts der vielen anderen dramatischen Nachrichten etwas aus dem Blickpunkt, sind aber nach wie vor ein brennendes Thema. DIE LINKE fordert unter anderem Reparationszahlungen von Deutschland an Griechenland für den 2. Weltkrieg. In seinem Beitrag vermittelt Roger Lecucq Hintergründe zu deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland. Und Stephan Jegielka schreibt über das Opelwerk 1936 und wie der »Werkschutz« als betriebliches Terrororgan benutzt wurde.

In den genannten und einigen weiteren Beiträgen versuchen wir auch in dieser Ausgabe des Rundbriefs erneut Aktuelles und Historisches zu verbinden, Politisches und Wissenschaftliches. Wir hoffen, Euch gefällt dieses Heft.

Julia Wiedemann

Sprecherin der BAG Antifaschismus
der Partei Die Linke

Zahl rechter Angriffe auf Flüchtlinge steigt weiter

Ulla Jelpke, Martina Renner

Die Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sind in den letzten Wochen noch einmal sprunghaft angestiegen. Fast täglich liest man in der Presse von solchen Angriffen, und es ist reines Glück, dass es bisher nicht zu Todesopfern gekommen ist. Während ein Teil der Bevölkerung mit großem Engagement Solidarität mit den Flüchtlingen zeigt, macht sich auf der anderen Seite ein rassistischer Mob immer stärker bemerkbar. Im Schatten von Pegida, der NPD und anderen Teilen der extremen Rechten, angefeuert auch durch die Parolen der AfD, breitet sich die Gewalt gegen Flüchtlinge immer weiter aus.

Mehr als 400 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte hat es seit Jahresbeginn gegeben. Das BKA geht dabei von ca. 60 Gewalttaten wie Brand- oder Sprengstoffanschläge und Körperverletzungen aus. Aber das Dunkelfeld in diesem Bereich ist offensichtlich noch sehr viel größer.

Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) mit einer Auswertung der von uns regelmäßig abgefragten Zahlen der rechten Angriffe beauftragt, die heute der Presse vorgestellt wurde. Deutlich wird hier, dass viele Fälle niemals den Weg in die Statistiken der Behörden finden. Während in den BKA-Zahlen ca. 26 Brandanschläge bis Mitte September genannt werden, dokumentiert die Auswertung des apabiz 63 solcher Anschläge – 37 davon gegen bewohnte Einrichtungen, womit die Gefährdung von Leib und Leben der Opfer bewusst in Kauf genommen wird. Obwohl sich diese Taten also gezielt gegen Menschen richten, ist bis heute in keinem einzigen Fall wegen versuchten Mordes ermittelt worden.

Diese Anschläge finden in einem Klima der Angst und Einschüchterung statt, zu dem auch die hohe Zahl der rechten Aufmärsche im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung beiträgt. Am Beispiel Berlins verdeutlicht das apabiz, in wie geringem Maße sich diese alltägliche Einschüchterung in den Zahlen des Bundes widerspiegelt: Während die Bundesregierung auf unsere Anfrage für das erste Quartal 2015 ganze zwei Demonstrationen mit zusammen 65 TeilnehmerInnen für Berlin auflistet, kommt das apabiz für denselben Zeitraum auf 22 weitere Naziaufmärsche in Berlin mit ca. 1.800 TeilnehmerInnen. Rechnet man die wöchentlichen »Bärgida«-Aufmärsche (der örtliche Ableger von Pegida) hinzu, wären es sogar 34 Aufmärsche mit ca. 5.000 TeilnehmerInnen.

Deutlich wird an diesen Differenzen, dass das Gesamtbild des rassistischen Klimas in Teilen der Gesellschaft noch sehr viel besorgniserregender ist, als es die ohnehin schon dramatischen Zahlen der Sicherheitsbehörden nahelegen. Höchste Zeit also, dass hier massiv gegengesteuert wird und Maßnahmen zum wirksamen Schutz der Flüchtlinge ergriffen werden.

Aus Sicht der LINKEN müssen folgende Punkte verstärkt angegangen werden:

1. Der genauere Blick auf die Täter ist für die Analyse und die Einleitung von Gegenmaßnahmen wichtig: BKA und BfV sollten bei der Frage nach rechten Tätern aufhören, immer die Frage nach möglichen bundesweiten oder regionalen Nazistrukturen hinter solchen Anschlägen in den Mittelpunkt zu stellen. Der NSU-Komplex hat gezeigt, dass wir es hier mit Strukturen jenseits klassischer Organisationsmuster zu tun haben. Die Warnungen von Innenminister de Maiziere und Verfassungsschutzchef Maaßen vor der Gefahr von Rechtsterrorismus sind berechtigt, fraglich ist nur, ob ihr analytisches Instrumentarium seit dem NSU wirklich besser geworden ist.

2. Die vermeintlich hohe Zahl von Tätern ohne pmk-rechts-Bezug zeigt noch einmal, dass das von uns kritisierte Konzept des Verfassungsschutzes tatsächlich für eine realistische Einschätzung nicht taugt. Der Extremismusblick ist einfach zu eng. Das BMI meldet uns auf unsere Anfragen aus einigen Ländern auch die vierteljährlichen Aufmarschzahlen der Gida-Märsche. Allerdings bekommt das BMI die Zahlen nur unvollständig. In Sachsen z.B. wird weder Pegida noch Legida (der eindeutig rechtsextrem beeinflusste Ableger in Leipzig) vom Landesamt für Verfassungsschutz in den Blick genommen – ‚fehlender Extremismusbezug‘, so die Begründung. Auf diese Art und Weise lässt sich kein wirksames Frühwarnsystem etablieren. Es muss hier zumindest zu einer einheitlichen Bewertung von Bund und Ländern kommen. Dazu gibt es auch Einrichtungen wie das »Gemeinsame Extremismus und Terrorismus Abwehrzentrum« (GETZ).

3. Zentral ist die Frage des konkreten Schutzes der Flüchtlinge: Hier wäre eine konsequente Strafverfolgung der Täter schon mal ein erster Schritt. Die Opferberatungen für Opfer

rechter und rassistischer Gewalt können über ungezählte verharmlosende und entpolitisierende Urteile solcher Taten berichten. Natürlich ist es Aufgabe des Staates, die Menschen zu schützen. Wir wissen, dass – auch aufgrund der Kürzungsorgien der letzten Jahre – die Polizei häufig einfach überfordert ist. Hier muss es eine klare Prioritätensetzung geben. Wir sehen es z.B. als unsinnig an, wenn die Polizei in der aktuellen Situation mit unzähligen Fällen von »illegaler Einreise« befasst wird, anstatt sich z.B. um den Schutz der Menschen kümmern zu können.

4. Schließlich muss es präventiv um das Thema Rassismus gehen: Die Projekte und Programme zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus müssen ausgebaut und verste-

tigt werden. Wie sollen eigentlich Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in der gegenwärtigen Situation den Bedarf an Beratung in einem Bundesland wie Sachsen oder Bayern abdecken können, wenn hier fünf oder sechs Beraterinnen für ein ganzes Flächenland zuständig sind?

Ulla Jelpke

Innenpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Martina Renner

Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion
DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Zum veränderten Umgang mit ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen

Im 70. Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es unzählige Publikationen und Veranstaltungen zum Gedenken an die Millionen Toten, die der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg gekostet hat. Wie in den Jahrzehnten zuvor spielte aber eine besonders große Opfergruppe dabei bis vor kurzem kaum eine Rolle: die Opfer der Sowjetunion im Allgemeinen und die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen im Speziellen. Das ist kein Zufall, sondern hat geschichtspolitische Gründe, vor allem den über Jahrzehnte staatlich sanktionierten und gesellschaftlich mehrheitsfähigen Antikommunismus sowie die langlebige Legende von der sauberen Wehrmacht. Doch in den Umgang mit dem Thema ist Bewegung gekommen.

Am 20. Mai hatten die jahrelangen Bemühungen der LINKEN im Bundestag¹, das unvorstellbare Leid der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht anzuerkennen und den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Entschädigung zukommen zu lassen, endlich gewirkt: Nachdem sowohl die DIE LINKE im Deutschen Bundestag als auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Anträge eingebracht hatten, die eine finanzielle Entschädigung und eine politische Anerkennung der Opfer verlangen,² beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages zehn Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2015 für die Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener bereitzustellen. Diesem Beschluss ging am 18. Mai 2015 eine Anhörung des Haushaltsausschusses über die Anträge der Opposition voraus, in der sich alle Sachverständigen in einem Punkt einig waren: Eine zumindest symbolische Entschädigung der noch wenigen ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen ist moralisch und sachlich unabweisbar. Im Zweiten Weltkrieg starben rund 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion. Ungefähr 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, von denen etwa 3,3 Millionen an Hunger, Kälte, Krankheiten, Zwangsarbeit zugrunde gingen oder durch massenhafte Erschießungen getötet wurden.³ Die sowjetischen Kriegsgefangenen als eine der größten Opfergruppen der NS-Vernichtungspolitik sind die größte Gruppe der »vergessenen Opfer«, die bis heute keinerlei Entschädigung erhalten haben. Die Historikerinnen und Historiker unter den Sachverständigen veranschaulichten eindrücklich die entsetzliche Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen, die von Seiten der NS-Führung bewusst herbeigeführt wurde, entsprach sie doch der ideologisch motivierten Absicht, den Krieg gegen die Sowjetunion als rassistischen Vernichtungskrieg zu führen.

Allein der von der Konrad-Adenauer-Stiftung kommende Sachverständige der Union war in seiner schriftlichen Stellungnahme darum bemüht, die alte Totalitarismustheorie zur Anwendung zu bringen und die Verantwortung für die Brutalisierung auf Hitler und Stalin gleichermaßen zu verteilen. In der Anhörung spielte das jedoch keine Rolle, da der Befund der Fachleute dieser geschichtsrevisionistischen Ansicht zu deutlich widersprach.

Nach der deutlichen Positionierung des Bundespräsidenten in seiner Rede am 6. Mai 2015 im früheren Kriegsgefangenenlager Schloss Holte-Stukenbrock war die bisherige Position der Union offenbar nicht länger haltbar. 70 Jahre nach der Befreiung musste auch die Union die moralische Verpflichtung der Bundesrepublik akzeptieren, endlich die sowjetischen Kriegsgefangenen zu entschädigen.

Damit gelang der Bundestagsfraktion DIE LINKE, gemeinsam mit vielen ehrenamtlich Aktiven, engagierten Initiativen, Historikern und Journalisten, die sich unermüdlich eingesetzt haben, nach der Rehabilitierung der so genannten »Kriegsverräter« im Jahr 2009 und der damit verbundenen Anerkennung des Widerstands der »kleinen Leute«, also der Würdigung derer, die sich der Fortsetzung des verbrecherischen Krieges mit ihren Mitteln widersetzt haben, erneut ein wichtiger parlamentarischer Erfolg auf dem Gebiet der Geschichtspolitik.

Vernichtungskrieg gegen »jüdischen Bolschewismus«

Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde als Angriffs- und Vernichtungskrieg konzipiert und geführt, der alle bis dato geltenden Rechts- und vor allem Zivilisationsregeln suspendierte. Schon vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion wurde in Befehlen und Weisungen klargemacht, dass jedwede Brutalität erlaubt und notwendig sei. Das thematisierte auch Jan Philipp Reemtsma 1995 bei der Eröffnung der »Wehrmachtsausstellung« in München: »Der Krieg der deutschen Wehrmacht im – pauschal gesprochen – (Osten) ist kein Krieg einer Armee gegen eine andere Armee gewesen, sondern er sollte der Krieg gegen eine Bevölkerung sein, von der ein Teil – die Juden – ausgerottet, der andere dezimiert und versklavt werden sollte. Kriegsverbrechen waren in diesem Kriege nicht Grenzüberschreitungen, die erklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht dieses Krieges selbst. Der

Terminus «Kriegsverbrechen» ist aus einer Ordnung entliehen, die von Deutschland außer Kraft gesetzt worden war, als dieser Krieg begann.«⁴

Der Vernichtungskrieg wurde aktiv und mit ideologischer Überzeugung von der Wehrmacht umgesetzt. Dabei gingen der in der Wehrmacht verbreitete übersteigerte Nationalismus, Antislawismus, Antisemitismus und besonders der Antikommunismus eine Verbindung ein, die alle Empathie und humane Selbstbeschränkung gegenüber dem Feind aufhob.⁵

Mit Unterstützung der Wehrmacht wüteten hinter der Front die Einsatzgruppen, die rund 2,5 Millionen Frauen, Kinder und Männer ermordeten. Damit bildete der Krieg gegen die Sowjetunion auch den Eintritt in die systematische, verwaltungsbürokratisch flankierte und arbeitsteilig organisierte Ermordung der Jüdinnen und Juden. Dass die Wehrmacht genauestens über das Wüten der SS-, Polizei- und SD-Einheiten informiert war, ist belegt. »Die Einsatzgruppe B, die mit der Heeresgruppe Mitte nach Osten vorgerückt war, hatte bis Mitte August 1941 17.000 Juden ermordet. Die Wehrmachts-Einheiten waren, wie die erhaltenen Kriegstagebücher belegen, über diese Aktion genau im Bild und beteiligten sich vielerorts an den Massakern.«⁶ Der Krieg gegen die Sowjetunion war ein entgrenzter Vernichtungskrieg, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hatte.

Die sowjetischen Opfer

Die Sowjetunion hat den höchsten Blutzoll während des Zweiten Weltkrieges entrichtet: 27 Millionen Tote, davon 14 Millionen Zivilisten. Fast jede Familie in der UdSSR hatte Opfer zu beklagen.⁷ In besonderer Art und Weise waren die sowjetischen Kriegsgefangenen betroffen, die die ersten Opfer der Vergasungen in Auschwitz waren. Den sowjetischen Gefangenen wurden alle Rechte, wie sie etwa in der Genfer Konvention festgeschrieben waren, verwehrt. Tausende wurden erschossen, die meisten starben durch Hunger, Kälte, Seuchen und Krankheiten. Die ersten Lager verliefen entlang der Grenze zur UdSSR. Später wurden immer mehr Gefangene nach Deutschland deportiert. Die Zustände in den Lagern waren dort nicht viel besser. »Die Gefangenen gruben sich Erdhöhlen, um dort Schutz vor Kälte und Regen zu finden, und aßen Gras und Baumrinde, um ihren Hunger zu stillen.«⁸

Die sowjetischen Kriegsgefangenen gehören damit zu den größten Opfergruppen des Vernichtungskrieges. Die Sterblichkeitsrate lag bei rund 60 Prozent. Zum Vergleich: Bei westlichen Kriegsgefangenen lag die Todesrate bei 3,5 Prozent. An diesem Zahlenverhältnis wird deutlich, welche verbrecherische und dehumanisierte Ideologie und Kriegsführung beim Angriff auf die UdSSR dominierte.

Warum die sowjetischen Kriegsgefangenen »vergessen« wurden

Gedenken, Entschädigung und Rehabilitierung von NS-Opfern mussten immer gesellschaftlich erkämpft werden. Dass dies hinsichtlich der sowjetischen Kriegsgefangenen immer noch nicht gelungen ist, liegt auch an einigen bis heute wirkmächtigen Komponenten einer reaktionären Geschichtspolitik.

Erstens: Der quasi zur Staatsreligion erhobene Antikommunismus prägte die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik.⁹ Der Antikommunismus legitimierte die massenhafte Rückkehr der alten Eliten aus Staat, Wirtschaft, Justiz und Militär, sprach die Wehrmacht de facto von jeder Schuld und Verantwortung frei und erlaubte der Gesellschaft, sich nicht mit der eigenen Verstrickung in den Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. In einem Klima, in dem der Kommunismus/Sozialismus für schlimmer als der Nationalsozialismus angesehen wurde, konnte der Krieg gegen die Sowjetunion noch nachträglich fast als ein legitimer Krieg erscheinen. »Der kalte Krieg und die Staatsdoktrin des Antikommunismus taten ein Übriges, den Verbrechen der Wehrmacht in Polen, in der Sowjetunion und in Jugoslawien im Nachhinein sogar den Anschein von Berechtigung zu verleihen.«¹⁰ Vor diesem Hintergrund spielten die Opfer des NS-Terrors insgesamt kaum eine Rolle, erst recht nicht das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, das überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde.

Zweitens: Einen wirklichen Durchbruch brachte erst die Wehrmachtsausstellung 1995. Mit ihr wurde erstmals öffentlichkeitswirksam an die Verbrechen und die tragende Rolle der Wehrmacht innerhalb des NS-Regimes erinnert und der verbrecherische Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion, gegen Polen und gegen Jugoslawien für breitere Teile der Bevölkerung deutlich. Bis dahin hatte die Lüge von der irgendwie sauber gebliebenen Wehrmacht den geschichtspolitischen Diskurs dominiert, der eben von jenen geprägt worden war, die willfährige und überzeugte Anhänger Hitlers gewesen waren. Ähnlich wie die »feinen Herren« im Auswärtigen Amt versicherten auch die Führungsfiguren der Wehrmacht, sie und ihre untergebenen Offiziere und Soldaten hätten nur ihre Arbeit und Pflicht getan; mit den Verbrechen des Nationalsozialismus hätten sie gar nichts zu schaffen. Die Schuldigen waren für sie – analog zu der Haupttäterthese (Hitler, Himmler, Göring) – die SS und die Einsatzgruppen. Diesen Eindruck vermittelten auch die Memoiren der Offiziere und unzählige Landserhefte, die vieles waren, nur nicht reflexiv und kritisch. Was blieb, war das Bild des heroischen Kampfes, auch und gerade gegen die Sowjetunion.

Drittens: Dass es so wenig Aufmerksamkeit für das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen gab, hat auch etwas mit dem Umgang der Sowjetunion selbst mit diesem Thema

zu tun. Unter Stalin galten die Kriegsgefangenen als Verräter und waren teilweise nach ihrer Rückkehr weiteren Repressalien ausgesetzt. Sie kamen in dem offiziellen Gedenken an die Kriegsoffer nicht vor, wurden also auch auf sowjetischer Seite »vergessen«. Erst 1995 wurde diese Gruppe endgültig und offiziell rehabilitiert.

Die «vergessenen» Opfer, die noch rund 4000 lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, verdienen endlich Anerkennung für ihr Leiden und eine rasche Entschädigung. Ihnen läuft die Zeit davon. Das Antragsverfahren zur Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener im Zweiten Weltkrieg soll nach Auskunft der Bundesregierung¹¹ im dritten Quartal dieses Jahres in Gang gesetzt werden. Unmittelbar danach könne mit den Bewilligungsverfahren begonnen werden. Gegenwärtig arbeitet die Bundesregierung nach eigener Auskunft an einer Richtlinie zu den Einzelheiten des Antragsverfahrens. Über die schlichte Auszahlung der Summe von schätzungsweise einmalig 2500 Euro hinaus ist aber auch eine Geste des Bundestages, in der das Leid der Opfer und die deutsche Schuld anerkannt werden und sich das Parlament für die Verbrechen entschuldigt, dringend von Nöten. Das Antragsverfahren muss auf jeden Fall im dritten Quartal 2015 beginnen. 70 Jahre mussten diese Menschen warten bis ihnen eine symbolische Anerkennung zugesprochen wurde, jetzt muss die Umsetzung so schnell wie irgend möglich erfolgen. Ich erwarte zudem, dass die volle Summe von zehn Millionen Euro für die Opfer genutzt wird und die Summe für den einzelnen Berechtigten aufgestockt wird, sollten weniger Opfer leben als bisher angenommen. Die Bundesregierung verweist in ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage zu Recht auf die Hoheit des Haushaltsausschusses, der das letzte Wort über die Entschädigungsrichtlinie hat. Die Regierung darf sich bei der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses aber nicht hinter dem Haushaltsausschuss verstecken. Wenn die Koalition zügig ein tragfähiges Konzept vorlegt, wird der Haushaltsausschuss schnell handeln. Mit der Umsetzung der Entschädigung wurde mittlerweile das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen betraut, dem seit 2007 bereits die Entschädigung für Ghettoarbeiter obliegt, die keine Zwangsarbeiter waren und dabei 70.000 Fälle bearbeitet hat. Derzeit ist die Regierung vorrangig damit beschäftigt, den Kreis der Anspruchsberechtigten zu identifizieren und diese zu informieren. Dazu habe man in den betroffenen Staaten Kontakt mit zuständigen Behörden aufgenommen, heißt es in der Antwort. Gesprächspartner seien dabei auch Veteranenverbände, historische Institute, der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge und private Vereine gewesen, insbesondere der Verein Kontakte-Kontakty und die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten. Gemeinsam mit dieser hat die Bundesregierung 15 Jahre lang ein äußerst erfolgreiches Projekt zur Schicksalsklärung sowjetischer Kriegsgefangener (und auch deutscher Kriegsgefangener) gefördert. Nachdem die schwarz-gelbe Vorgängerregierung dieser Auf-

gabe offenbar nicht die notwendige Bedeutung beigemessen und das Projekt zum Dezember 2014 für beendet erklärt hatte, wird es mittlerweile zumindest auf Sparflamme weitergeführt. Die viermonatige Einstellung des Projektes, die sogar die reine Auskunftstätigkeit betraf, führte in Osteuropa zu politischen Irritationen. Die inzwischen wieder aufgenommene Auskunftstätigkeit durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist jedoch kein irgendwie adäquater Ersatz für die bis 2014 geleistete Auskunftsarbeit, weder fachlich-inhaltlich noch vom Umfang und entsprechendem Personaleinsatz her. Hier bestehen weiterhin akute gravierende Probleme. Entsprechende Anträge der sächsischen Landtagsfraktion unserer Partei zur langfristigen Fortführung des Projektes fanden in der Vergangenheit leider keine parlamentarischen Mehrheiten. Um die sowjetischen Kriegsgefangenen und alle anderen Opfer des Vernichtungskrieges in Osteuropa aus dem »Erinnerungsschatten« (Bundespräsident Gauck) zu holen, in dem sie immer noch stehen, bleibt noch viel zu tun. Insbesondere wird darüber zu reden sein, wie die historischen Orte des Verbrechens und die bestehenden Gedenkstätten gestärkt und ihre Arbeit langfristig sichergestellt werden kann. Auch über die Einrichtung eines zentralen Erinnerungsortes sollte in nächster Zeit breiter debattiert werden.

DIE LINKE wird jedenfalls alles dafür tun, eine schnelle und unbürokratische Umsetzung der finanziellen Anerkennung für die wenigen noch lebenden Opfer zu ermöglichen und ein würdiges Gedenken voranzubringen.

Jan Korte,

stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

-
- 1 DIE LINKE tritt seit langem für die »vergessenen Opfer«, die im Rahmen der Entschädigung von NS-Unrecht Jahrzehnte lang leer ausgingen und zum Teil bis heute noch ausgehen, ein und hatte zuletzt durch ihren Antrag »Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene« (BT-Drs. 18/3316) das Thema wieder auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt.
 - 2 Fast gleichlautend mit dem LINKEN-Antrag, lediglich in der Höhe der Entschädigung abweichend, der Antrag der Grünen; vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen »Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages für diese Opfergruppe«, Bundestagsdrucksache 18/2694. Diesen Antrag brachten Bündnis 90/Die Grünen wortgleich bereits in der letzten Wahlperiode am 4. Juni 2013 gemeinsam mit der SPD ins Parlament ein (Bundestagsdrucksache 17/13710).
 - 3 Vgl. Boebel/Heidenreich/Wentzel: Vernichtungskrieg, S. 7; Über die genaue Zahl der von der Wehrmacht gefangen genommenen Rotarmisten besteht in der Forschung keine Einigkeit. Seriös begründete Zahlen schwanken zwischen 5,7 Millionen (Christian Streit) und 4,5 Millionen (G.F. Krivosheev). Vgl. hierzu: Streit, Christian: »Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945«, Stuttgart 1978 und Krivosheev, Grigoriy Fedotovich (Hrsg.): »Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century«. London 1997. Streit kommt bei der Zahl der Toten auf 3,3 Millionen, bei Krivosheev beträgt sie 2,5 Millionen. Die Differenz wird dadurch erklärlich, dass die Wehrmacht alle Männer im wehrfähigen Alter im Operationsgebiet und auch Zivilisten in Uniform und Krankenhauspersonal als Kriegsgefangene registrierte, worauf sich Streit bezieht. Er geht also bei seinen

- Zahlenangaben, die inzwischen auch von Keller, Nagel und Otto (Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: »Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945: Zahlen und Dimensionen«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56 (2008), S. 557–602.) bestätigt wurden, von der tatsächlichen Zahl der in deutschen Wehrmachtslagern gefangen gehaltenen Personen aus. Demgegenüber zählt die russische Forschung nur diejenigen, die dort tatsächlich Angehörige der Roten Armee waren. Entsprechend ändert sich damit auch die Zahl der Toten (58 bzw. 55 Prozent Tote in deutschem Gewahrsam).
- 4 Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1998, S. 34.
 - 5 Vgl. hierzu insgesamt Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg und Legenden, Frankfurt a.M. 2002.
 - 6 Heer, Hannes/Naumann, Klaus: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 61.
 - 7 Vgl. Quinkert, Babette/Morré, Jörg (Hrsg.): Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944, Paderborn 2014.
 - 8 Jeske, Natalja: Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939–1948. Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, Repatriierungslager, Sowjetisches Speziallager, Schwerin 2013, S. 23.
 - 9 Vgl. Korte, Jan: Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009.
 - 10 Heer, Hannes: Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Massenmord nach Plan, in: Boebel/Heidenreich/Wentzel (Hrsg.): Vernichtungskrieg, S. 55.
 - 11 Vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage »Umsetzung der symbolischen finanziellen Anerkennung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene« (18/5782).

AfD – Zwischen Etablierung und Selbstzerstörung¹

Der NRW-Landesvorsitzende der AfD Marcus Pretzell bezeichnete seine Partei beim Parteitag im Juli 2015 in Essen nicht nur als Anti-Euro sondern auch als Pegida-Partei. Frauke Petry, neue Vorsitzende der AfD bescheinigte dem Islam, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar zu sein. Die AfD, soviel scheint nach dem Parteitag festzustehen, hat sich dem Teil der Bevölkerung, der bei Pegida vorübergehend seine politische Heimat fand, als politischer Repräsentant voll und ganz geöffnet. Während die Bundesrepublik über Griechenland, Grexit und Euro debattierte, war von der AfD zu diesem ursprünglichen Kernthema der Partei nichts mehr zu hören.

Als Ergebnis des Parteitags von Essen lässt sich festhalten, dass sich der national-konservative Flügel der Partei mit Hilfe von Vertretern neurechter und modernisierter Formen der extremen Rechten gegen den national-liberalen Flügel klar durchgesetzt hat. Mit Frauke Petry und Alexander Gauland finden sich Vertreter dieses Flügels an entscheidenden Positionen. Mit Beatrix von Storch ist auch der christlich-fundamentalistische Teil eingebunden. Die bisher dominierenden aber seit Monaten in die Defensive gedrängten Nationalliberalen um Lucke und Henkel sind abgestraft und mit einem bemerkenswerten Hass auf dem Parteitag an den Rand und schließlich aus der Partei gedrängt worden. Von einer bürgerlichen Professorenpartei (so das Selbstbild) hat sich die AfD in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer rechten Stammtischpartei transformiert. Bernd Lucke hat nach kurzer Überlegung die AfD verlassen und mit der Partei ALFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch) den nächsten Versuch gestartet, den passenden Rahmen für sein politisches Ego zu gründen. Hans Olaf Henkel hat die AfD ebenso verlassen wie ca. 4.000 weitere Mitglieder, die jedoch nur zum Teil Lucke in die neue Partei gefolgt sind. Die AfD nutzte die Monate der Sommerpause nach dem Parteitag für einen Austausch des Personals in zahlreichen Landesverbänden, womit sich der Charakter der Partei noch einmal verändert hat. Sicher ist, dass sich die Hoffnungen vieler mittelständischer Unternehmer und Anhängern marktradikaler Positionen, die AfD könne zum konsequent marktradikalen Erben der FDP werden, nicht erfüllt haben. Auf der anderen Seite wird die AfD mit der Zuspitzung von Positionen, wie sie für die Landesverbände in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu beobachten sind, neue und weitere WählerInnen anziehen. Alle Einstellungsuntersuchungen der letzten Jahre zeigen, dass das WählerInnenpotenzial für solche Positionen groß genug ist, um in die Parlamente ein-

zuziehen. Ob es von der AfD in ihrer jetzigen Form mobilisiert werden kann, bleibt abzuwarten. Die Nutzung der AfD als möglicher Mehrheitsbeschaffer für die Union hat sich auf absehbare Zeit erledigt und auch der mediale Wind dürfte der Partei noch stärker ins Gesicht wehen. Das alles muss jedoch kein Nachteil für eine Partei sein, die sich als Außenseiter auf der verwaisten politisch rechten Seite positionieren will. Insofern sind alle Abgesänge auf die AfD verfrüht.

Blenden wir knapp zwei Jahre zurück:

Im September 2013 scheiterte die Alternative für Deutschland (AfD) mit 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen nur sehr knapp an der Fünfprozenthürde und verpasste damit den Einzug in den Bundestag. Für eine Partei, die erst ein knappes halbes Jahr zuvor gegründet worden war, handelte es sich um ein äußerst beachtliches Ergebnis. Fast aus dem Stand heraus wäre es einer Partei rechts der Union beinahe gelungen, ins Parlament einzuziehen. Die AfD ist damit das bisher erfolgreichste parteipolitische Projekt rechts der Union seit dem Scheitern der NPD 1969, die damals ähnlich knapp mit 4,3 Prozent den Einzug in den Bundestag verpasste. Die Parallelität der Zahlen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es mit zwei völlig unterschiedlichen Parteiprojekten der politischen Rechten zu tun haben. Ablesen ließe sich bei einem genaueren Vergleich der fundamentale Wandel der radikalen politischen Rechten, der sich seit den neunziger Jahren schon in zahlreichen europäischen Nachbarländern beobachten ließ. Parteien wie die FPÖ, die Dänische Volkspartei, der Front National, die Partei für die Freiheit aus den Niederlanden und zahlreiche andere erfolgreiche Rechtsparteien unterscheiden sich heute deutlich von einer traditionellen radikalen Rechten, die sich auf den historischen Faschismus bezieht. Trotzdem findet man bei zahlreichen der genannten Parteien auch heute noch klassische Ideologiemomente dieser älteren Form – allerdings überdeckt, verändert oder in den Hintergrund gerückt.

Ob die AfD sich in diese Reihe der modernen Rechtsparteien, die auf Elemente der extremen Rechten zurückgreifen, einreihen will, ist bis heute noch ungeklärt, auch wenn die Ergebnisse des Parteitags in Essen darauf hindeuten. Ohne Zweifel finden sich diese Elemente der extremen Rechten bei der AfD, ein heftiger Streit besteht jedoch seit Monaten darüber, welches Gewicht diesen Elementen zukommen soll. Dieser Streit ist auch mit dem Ergebnis des Parteitages von Essen nicht gelöst.

Neurechte Ideologen wie der Thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke werden versuchen, die Partei weiter auf Positionen der modernisierten extremen Rechten zu drängen und dabei auch in Auseinandersetzungen mit dem Petry/Gauland-Flügel geraten. Schien die AfD bis vor einem Jahr auf dem besten Weg, sich als Partei im politischen System der Bundesrepublik längerfristig zu verankern, ist diese Verankerung heute fraglich und die Ausrichtung der Partei ist auch nach dem Parteitag vom letzten Wochenende unklar.

Thematische Herkunft, Wendungen, Flügel

Ihren Aufstieg hat die AfD im Zuge der Euro- und Griechenlandkrise 2013 erfahren. Aus einer marktradikalen Position heraus wurde die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung kritisiert. Die der Logik des Marktes widersprechenden finanziellen Hilfen (für die Banken als Schuldner und nicht für die Griechen) machten nach Ansicht der AfD aus der EU eine Transferunion, womit das Gebot der staatlichen Zurückhaltung gegenüber der Marktlogik gebrochen würde. Die ökonomische Stabilität Deutschlands als führender Wirtschaftsmacht Europas werde durch den Euro und die hohe Staatsverschuldung der südlichen Länder der EU gefährdet. Bekämpft wurde von der AfD vor allem die (tatsächlich nie vorhanden) Gefahr, dass sich die EU von einem vor allem marktliberal fundierten Projekt zu einer Sozialunion wandeln könne. Dieser soziale Ausgleich in der EU wurde von der AfD scharf zurückgewiesen.

In dieser hauptsächlich wirtschaftsliberalen Argumentation waren eine ganze Reihe von klassischen Topoi der politischen Rechten angelegt: Die Überlegenheit der deutschen (nord-europäischen) Wirtschaft und Arbeitsmoral gegenüber dem Süden (das Schlagwort der »faulen Griechen« als Ausdruck eines Nationalismus); die Ethnisierung ökonomischer Differenzen (der Griechen/Südländer hat eine andere Arbeitsmoral), die Aufgabe deutscher Souveränität (Nationalismus). Zudem nahm die AfD mit der EU einen Akteur ins Zentrum der Kritik, der als Projektionsfläche für zahlreiche (berechtigte) Kritiken am undurchschaubaren, abgehobenen und mit den Sorgen der Menschen nicht mehr verbundenen Politikbetrieb sehr gut taugte. So sprach die AfD zur Bundestagswahl 2013 vor allem eine an den neoliberalen Glaubenssätzen orientierte bürgerliche Wählerklientel an, war aber gleichermaßen attraktiv für WählerInnen, die ihre völlig unterschiedlich begründete Unzufriedenheit mit dem etablierten Politikbetrieb mit rechten Ideologiemomenten zum Ausdruck brachten (Nationalismus: Deutschland zuerst; Ethnozentrismus: Überlegenheit der Deutschen/Nordeuropäer).

Die thematische Spannweite zwischen nationalliberalen, rechtskonservativen/neurechten und christlich-konservativ fundamentalistischen Akteuren in der AfD und die Offenheit

zu Teilen der extremen Rechten war von Anfang an angelegt und kann generell sicher eher als Vorteil denn als Nachteil für die Partei gewertet werden. Zumindest so lange, wie die AfD sich relativ glaubwürdig von der extremen Rechten in ihrer traditionellen Form abgrenzen konnte. Die AfD vermochte es von Beginn an, unterschiedliche Menschen anzusprechen, für die unterschiedliche Formen rechter, konservativer Ideologie von Bedeutung für ihre politische Präferenz sind. Autoritäre neoliberale Selbständige fanden sich hier neben ethnozentristisch orientierten männlichen Angestellten.

Enttäuschte Wähler der FDP machten ebenso ihr Kreuz bei der AfD wie ehemalige Wähler der LINKEN, für die die Frage der Zuwanderung zum Entscheidungskriterium der politischen Präferenz wurde.

Dieses Catch-all-Prinzip unter rechten Vorzeichen funktionierte so lange gut, wie die Gründungsthemen der AfD Konjunktur hatten, Bernd Lucke als Primus inter pares unbestreitbar die Führungsrolle innehatte und der immer vorhandene Teil der Partei, der Verbindungen und inhaltliche Überschneidungen zu Teilen der extremen Rechten hat, sich nicht zu laut zu Wort meldete. Spätestens nach der Europawahl im Frühjahr 2014 war diese Phase aber abgeschlossen.

Die Gegenüberstellung der sicherlich auszumachenden drei Flügel der AfD läuft Gefahr, hier eine absolute inhaltliche Differenz zu unterstellen, wo es vor allem strategische und kommunikative Unterschiede sind. Wiewohl, ich komme darauf zurück, es auch klare Brüche zwischen den Flügeln gibt. Herbert Schui und andere haben schon in den 1990er Jahren mit dem Band »Wollt ihr den totalen Markt?« verdeutlicht, wie eng zentrale Ideologiemomente des Neoliberalismus mit solchen der extremen Rechten verbunden sind. Zu nennen sind hier die Ideologie der Ungleichheit, sozialdarwinistische Vorstellungen, Demokratieabwehr, Elitenmodelle u. a. m. Im traditionellen Rechtsextremismus findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht dazugehörigen, den Ausländern, Fremden, Anderen unterschieden. Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die »Schmarotzer«, »Leistungsunwilligen« und Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. In der AfD finden sich bis heute beide Formen der Argumentation. Und dennoch lässt sich an diesem Punkt eine Differenz festmachen, die letztlich darüber entscheidet, ob eine Partei den Weg zur modernen Rechtspartei im Sinne des Front National oder der FPÖ geht oder sich im rechtskonservativen, nationalliberalen Mainstream befindet. Aus meiner Sicht lag der Bruchpunkt zwischen dem Lucke-Flügel und dem jetzt siegreichen nationalkonservativen/neurechten Flügel genau hier.

Um es am zentralen Thema der Zuwanderungspolitik zu verdeutlichen: Programmatisch stand die AfD bis jetzt dem Thema Zuwanderung offen gegenüber. Zentrales Kriterium für die Frage, ob jemand nach Deutschland einwandern dürfe, müsse die Nützlichkeit für den Wirtschaftsstandort Deutschland sein. Die Herkunft spielt keine Rolle, allein die Verwertung im kapitalistischen Interesse bildet das Kriterium. In den Debatten zu Pegida wurde diese ohnehin schon umstrittene Position von den Nationalkonservativen um Gauland zugespitzt. Jetzt waren es Zuwanderer aus einem bestimmten kulturellen Raum, deren Zuwanderung prinzipiell vermieden werden sollte. Menschen aus dem muslimischen Kulturraum seien, so Gauland, prinzipiell nicht integrierbar. Eine klassisch ethnopluralistische Position, wie sie gegenwärtig in der AfD mehrheitsfähig ist und wie sie von allen modernen Rechtsparteien in Europa vertreten wird.

Angebotslücke: Wen repräsentiert die AfD?

Ohne Zweifel beruht der bisherige Erfolg der AfD auf einer Repräsentationslücke. »Nur was im etablierten Parteienspektrum fehlt, hat eine Chance« schreiben Korte, Leggewie und Lewandowsky im Juni in ihrem AfD-Artikel in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«. Für sie war es vor allem die Besetzung von »mittenzentrierten europakritischen Themen« im Zuge der Euro-Rettungspolitik, die den Aufstieg der AfD ermöglichten. In der Tat lässt sich beobachten, dass minoritäre Teile des deutschen Kapitals kritisch zur Rettungspolitik der Union/FDP-Regierung standen und einen Akteur suchten, der ihre marktliberal begründete Kritik zum Ausdruck brachte: »Ich bin tief besorgt darüber, dass es im Bundestag keine wirtschaftsliberale Opposition mehr gibt.

Alle Parteien bewegen sich auf der gleichen sozialdemokratisch-sozialistischen Linie.«² So begründet der frühere BDI-Präsident und frühere Bundesvorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates Heinrich Weiss seine Unterstützung des AfD-Mittelstandforums, das sich im Januar 2015 mit bescheidenen 120 Mitgliedern gegründet hat. Klassenpolitisch repräsentierte die AfD zu Beginn u. a. mittelständische Kapitalfraktionen rund um den Verband der Familienunternehmer.

Doch von Beginn an repräsentierte die AfD auch einen politisch heimatlosen Teil an Bürgerinnen und Bürgern, die sich sozialstrukturell nicht auf einen Nenner bringen lassen, mehrheitlich aber nicht zum prekären oder abgehängten Teil der Bevölkerung gehören, sich aber dennoch als gefährdet wahrnehmen. In der Wissenschaft hat sich hier der Begriff der subjektiv Deprivierten eingebürgert.

Die Untersuchungen von Heitmeyer u. a. haben über zehn Jahre die »Deutschen Zustände« gezeigt und eine Form der »rohen Bürgerlichkeit« vorgestellt, die ihre politische Heimat in der AfD zu finden scheint. Die in den »deutschen Zuständen« ausgeführten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlich-

keit richten sich gegen ganz unterschiedliche schwache Gruppen. Flüchtlinge, Menschen mit muslimischem Hintergrund, Sinti und Roma finden sich hier genauso wie Langzeitarbeitslose oder Homosexuelle.² Von Anfang an fanden die Anhänger solcher Positionen sich in der AfD wieder. Legt man die Zahlen von Heitmeyer u. a. zugrunde, dann repräsentiert die AfD mit diesen Positionen potenziell einen so großen Teil der Bevölkerung, dass alle Abgesänge nach dem Ausscheiden des nationalliberalen Flügels aus meiner Sicht zu früh sind. Hinzu kommt die häufig mit dem Begriff des Rechtspopulismus bezeichnete Attitüde der AfD, außerhalb des etablierten politischen Spektrums zu stehen und in einer Gegenüberstellung des »Wir hier unten« gegen »Die da oben« das weit verbreitete Misstrauen und die offene Feindschaft gegen etablierte Politik zum Ausdruck zu bringen. Die zum Mantra erhobene Alternativlosigkeit einer neoliberal fundierten, an den Interessen des Kapitals orientierten Politik aller Bundestagsparteien außer der LINKEN dient einer Partei, die die »Alternative« im Namen führt, als Lebenselixier. Während Lucke mit seiner Ablehnung, die AfD als Pegida-Partei zu positionieren, dieses Potenzial der »rohen Bürgerlichkeit« nicht aktiv umwerben wollte, zielt der jetzt siegreiche Flügel um Petry und Gauland genau darauf. Hintergrund ihrer Entscheidung sind die für die AfD erfolgreichen Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo die Partei mit den klassischen Themen der erfolgreichen europäischen Rechten auftrat: Zuwanderungsabwehr und Kriminalitätsdiskurs und die Verknüpfung beider Thema zu einer von außen kommenden Bedrohung. Laut einer Forsa-Umfrage vom Juli 2015 halten 75 Prozent der AfD-Anhänger Asylbewerber generell für »Schmarotzer«, 76 Prozent bescheinigen den Medien einen linkslastigen »Gesinnungsterror« und 67 Prozent finden, dass Menschen die nicht arbeiten wollen zur Arbeit gezwungen werden sollen. Die Ergebnisse des Parteitags der AfD spiegeln also das Empfinden der Anhänger wieder.

Wählerbasis, Gründe für den Erfolg der AfD

Die Gründe für den bisherigen Erfolg der AfD sind vielfältig. Im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbarländern bestand das Bemerkenswerte eher darin, dass sich in Deutschland bisher kein erfolgreiches rechtes Parteiprojekt etablieren konnte. Während in zahlreichen europäischen Ländern solche Parteien inzwischen zu einem (mit)entscheidenden Faktor der Politik geworden sind, steht Deutschland diese Entwicklung möglicherweise noch bevor. Der Aufstieg des häufig als Rechtspopulismus bezeichneten Phänomens seit den neunziger Jahren hat zahlreiche Ursachen. Drei zentrale möchte ich kurz skizzieren: Der Schwenk der europäischen Sozialdemokratie hin zum neoliberalen Mainstream – beispielhaft wäre hier das Blair-Schröder-Papier von 1999 zu nennen – hat dazu geführt, dass größere Teile der abhängig Beschäftigten sich nicht mehr durch die Sozialdemokra-

tie vertreten fühlen. In zahlreichen europäischen Ländern ließ sich der Einbruch der modernisierten Rechtsparteien in ehemalige linke Wählerhochburgen nachweisen. Während die Sozialdemokratie die Schutzfunktion vor den Verheerungen des entfesselten Marktes preisgab, versprachen diese Parteien einen Schutz, der auf Zugehörigkeit, Herkunft, Nation, Ethnie, »Rasse« gründete. Gleichzeitig gelang es vielen dieser Rechtsparteien, sich als Sprachrohr der von Heitmeyer so bezeichneten »rohen Bürgerlichkeit« zu etablieren. Sich selbst als Leistungsträger sehende mittelständische Kleinunternehmer und Angestellte, die sich die Leistungsideologie des Neoliberalismus zu Eigen gemacht hatten, rebellierten gegen Minderheiten, Flüchtlinge, Arbeitslose und andere randständige Gruppen, denen vor allem der leistungslose Bezug von öffentlichen Geldern vorgeworfen wurde. Schließlich findet sich bei den Anhänger der modernen Rechtsparteien auch eine Gegenbewegung zur vermeintlich fortschreitenden Liberalisierung der europäischen Gesellschaften. Die Ausweitung der Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, die immer stärkere Auflösung traditioneller Familienvorstellungen haben zu einem Backslash geführt, der sich in Märschen für das Leben, einem militanten Antifeminismus u. ä. festmacht. Alle hier genannten Punkte lassen sich bei der AfD finden. Ihr bisheriger Erfolg ist auch ein Ausdruck massiver Krisenerscheinungen im gegenwärtigen marktradikalen Kapitalismus. Häufig wird im Zusammenhang mit Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien von Globalisierungsverlierern oder solchen, die Angst vor den Zumutungen dieser Form der Globalisierung haben gesprochen. Der niederländischen Sozialwissenschaftlers René Cuperus beschreibt die gegenwärtige Auseinandersetzung vor allem als Kampf entlang von Bildungsunterschieden. Er ließe sich aber auch als eine Form der Klassenausinandersetzung lesen. Laut Cuperus wird der europäische Populismus oftmals als ein »Phänomen der breiten unteren Mitte« aufgefasst, die »sich gegen die Einstellungen und den internationalistischen Kurs einer als abgehobenen wahrgenommenen Elite« wehre. Die »gut Ausgebildeten und die weniger gut Gebildeten« lebten zunehmend in getrennten Welten. »Vor allem Akademiker tendieren dazu, sich in ihren eigenen Kreisen abzuriegeln. Aus diesem Biotop schauen sie auf die weniger Gebildeten herab. Sie verachten deren Humor, deren Geschmack und deren politische Über-

zeugungen. (...) Die Akademiker und die weniger Gebildeten unterscheiden sich vor allem in ihren Einstellungen zu so genannten Globalisierungsfragen: zur Frage der offenen Grenzen, der Einwanderung und zum europäischen Integrationsprozess. Bei diesen Themen stehen sich beide soziokulturellen Gruppen diametral gegenüber. Die besser Gebildeten sind kosmopolitischer und universalistischer, während die weniger Gebildeten tendenziell nationalistischere und partikularistischere Auffassungen vertreten. In unserer sich ständig wandelnden Welt verfügt die erste Gruppe über weit mehr politisches Vertrauen und finanzielles sowie kulturelles Kapital als die zweite Gruppe. (...) Der Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden Gesellschaften. Insofern ist der Populismus der Kampf um ein verlorenes Paradies. (...) Provozierend kann man sagen: Die wirkliche Avantgarde sind heute die weniger Gebildeten, indem sie auf die Schattenseiten der Globalisierung hinweisen und die ungerechte und ungleiche Lastenverteilung der Globalisierung auf die politische Agenda setzen.«³

Ich teile diese Sicht nur sehr eingeschränkt, weil sie die enorme Rolle und Verankerung eines kulturell begründeten Rassismus unterschätzt und dessen Verankerung auch in den vermeintlichen Bildungs- und ökonomischen Eliten unterschätzt – Stichwort Sarrazin. Dennoch bleibt aus einer linken Perspektive die Frage, ob und wie ansprechbare Teile dieser unteren Mittelschicht erreicht werden können und die fortschreitende Ethnisierung der sozialen Fragen verhindert werden kann?

Gerd Wiegel

Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

-
- 1 Geringfügig überarbeitetes Vortragsmanuskript anlässlich des Kolloquiums zur Erinnerung an den im Jahr 2014 verstorbenen Faschismusforscher Reinhard Kühnl am 10. Juli 2015 in Marburg.
 - 2 Vgl. Handelsblatt vom 23. 1.2015
 - 3 Zitiert nach Horst Kahrs, Zerfall des Mythos von der »Mitte«, RLS-Papier (http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onl_Zerfall-Mythos-Mitte_Kahrs.pdf)

Vieles geht auf keine Kuhhaut

Über Verlauf, Zwischenergebnis und Zumutungen des »NSU«-Prozesses in München¹

Bundesweit gibt es Sturmläufe gegen Flüchtlinge und Asylsuchende, Unterkünfte brennen, Menschen, die sich für die Schutzsuchenden einsetzen, werden verfolgt. Wie müssen Gesellschaft und Politik dem entgegenwirken?

Indem »sie« – sowohl die Politik als auch die »normalen« Bürgerinnen und Bürger – nicht das tun, was sie gegenwärtig tun; mal ganz abgesehen von rassistischer Hetze, wie sie Leute wie Seehofer verbreiten, der schon vor der augenblicklichen Krise davon sprach, »unsere Sozialsysteme bis zur letzten Patrone« verteidigen zu wollen. Das sind die grauenvollen 1990er Jahre reloaded, und das macht ebenso wütend wie traurig. Denn in diesem Land leben genug RassistInnen und Nazis, die solche Sprüche wie den mit der Patrone wörtlich nehmen. Der sogenannte NSU fühlte sich in seinem »Rassenkrieg«, bei der Hinrichtung von zehn Menschen und den Nagelbombenanschlägen durch eine solche Rhetorik legitimiert. Es ist kein Zufall, dass der Bruder eines der Angeklagten im Münchener NSU-Prozess heute mit der neuen Nazi-Partei »Der Dritte Weg« zu den aggressivsten Protagonisten der Nazi-Szene gehört, die mit modernisierten Methoden und nicht ohne alarmierende Erfolge versuchen, auf den im Lande omnipräsenten rassistischen Furor großer Teile der Bevölkerung aufzusatteln.

Nichts mobilisiert die Deutschen so zuverlässig und ausdauernd wie die Ankunft von Menschen, die entlang rassistischer Bewertungskriterien als »unerwünscht« und »fremd« empfunden werden.

Dem muss eine dezidiert linke Politik eine klare antirassistische Sprache entgegensetzen und immer wieder auf die Zusammenhänge zwischen Flucht, Migration und globalisiertem Kriegskapitalismus hinweisen: Wie kam es (gern auch in langen historischen Linien) zum Bürgerkrieg in Syrien und zum beispiellosen Aufstieg des IS? Welche verheerende Politik unter anderem der Europäischen Union veranlasst Menschen überall in Afrika, unter Lebensgefahr die Flucht nach Norden anzutreten? Welche aggressive Politik der auch militärischen Sicherung der eigenen Interessen der westlichen Industrienationen ist Fluchtursache Nummer 1? Welche Chancenlosigkeit und gnadenlose rassistische Verfolgung und Benachteiligung veranlasst Menschen im – wie Seehofer das neuerdings nennt – »Westbalkan« (gemeint sind natürlich die Roma), gen Mitteleuropa aufzubrechen?

Gibt es etwas, was Hoffnung macht?

Anders als Anfang der 90er Jahre, äußern sich die meisten, auch viele konservative Politiker/innen nicht mehr offen rassistisch oder intervenieren sogar mäßigend in die schauerlichen Debatten um Flüchtlingsunterkünfte und Asyl. Auch das Heer von Zehntausenden, die sich schützend vor die Flüchtlinge stellen (im buchstäblichen Sinne), konkrete und praktische Hilfe leisten und politisch versuchen, die Stimmung positiv zu beeinflussen, gehören auf die Haben-Seite in einer im Ganzen aber doch sehr bedrückenden, regressiven Atmosphäre rassistischer Ablehnung gegenüber den ankommenden Menschen (ja nicht nur in Deutschland).

Ist es nicht in Zeiten wie diesen besonders wichtig, den NSU-Prozess erfolgreich und zügig zu beenden?

Wichtiger ist, dass der Prozess mit aller Gründlichkeit und Konsequenz weitergeführt wird, bis die vielen offenen Fragen, die auch den Strafprozess betreffen, soweit geklärt sind, dass das Panorama des Schreckens und die Zusammenhänge zwischen NSU, gesellschaftlichem und institutionellem Rassismus und der Verstrickung und Mitverantwortung der Geheimdienste sichtbar werden und es dann nicht mehr möglich ist, zur Tagesordnung überzugehen. Auf jeden Fall ist gut, dass der Prozess, aber auch die unterdessen acht (und möglicherweise noch mehr) Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse weiterlaufen und die Gesellschaft immer wieder dazu zwingen, sich mit dem bei Weitem noch nicht aufgearbeiteten NSU-Komplex zu beschäftigen und irgendwann vielleicht doch noch zu wirklichen Konsequenzen – zumal mit Blick auf die Geheimdienste – zu finden.

Nach der Sommerpause wollen sich Nebenanklagevertreter gründlicher mit der Rolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bei dessen Vertuschungsversuchen, kümmern. Sehen Sie da eine realistische Chance auf Wahrheitsfindung?

Am vorletzten Prozesstag vor der Sommerpause haben an die 30 Nebenanklagevertreter/innen einen fulminanten Beweisanspruch in das Verfahren eingebracht. Er formuliert nicht nur die Rechte und Ansprüche der vom NSU Betroffenen, also der

Hinterbliebenen der Ermordeten und der Opfer der Anschläge und Raubüberfälle, nochmals in aller Deutlichkeit und Dringlichkeit – gestützt unter anderem auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Der Antrag holt auch die bereits wieder in Vergessenheit geratene Vernichtung großer Mengen hochbrisanten Beweismaterials durch staatliche Stellen, insbesondere im Bundesamt für Verfassungsschutz, hoch und fordert die Aufklärung dieser rechtswidrigen Vertuschung und die Vernehmung der Verantwortlichen, die bisher nicht zur Verantwortung gezogen worden sind. Ein Ermittlungsverfahren gegen den amtlichen »Hauptschredder« mit dem Decknamen Lothar Lingen wurde eingestellt. Er steht für zahlreiche Versuche, staatliche Verantwortung und Verstrickung im NSU-Komplex – Stichwort V-Leute-System – zu vertuschen. Der Antrag übernimmt hierfür aus der englischsprachigen Debatte den Begriff der »Collusion«, der das, was wir vage als »Verstrickung« bezeichnen, konkretisiert und mit illegalen Handlungen staatlicher AkteurInnen in Verbindung bringt. Ein Begriff, den wir uns für die deutsche Debatte erst noch fruchtbar machen müssen. Ehrlich: Ich glaube nicht, dass die Wirkung des Antrages groß über den politischen Akt, dass er gestellt wurde, hinausgehen wird. Denn obwohl die Nebenklage-Vertreter/innen ein zwingendes »Muss« für den Vorsitzenden Richter in München aus der europäischen Rechtsprechung ableiten, wird er sich – obgleich er sich diesen Ansinnen der Nebenklage durchaus nicht vollends abgeneigt gezeigt hat in den zurückliegenden zwei Jahren – wohl nicht darauf einlassen. Er will ein revisionsicheres Verfahren entlang der Maßgaben der Strafprozessordnung und wird »Abwege« vermeiden. Und an diesem Ziel arbeitet er trotz des allfälligen Zschäpe'schen Theaterdonners unbeirrt und mit bewundernswerter Akribie.

Politische Einflussnahme auf juristische Verfahren, wie jüngst im Fall von »Netzpolitik.org«, scheint immer salonfähiger zu werden. Wie stark war oder ist die politische und institutionelle Einflussnahme auf das NSU-Verfahren?

Der Versuch, das Verfahren im Sinne von Schadensbegrenzung für den Staat zu beeinflussen, sitzt personifiziert in der Bundesanwaltschaft (BAW) im Prozess. Besonders zu Beginn grätschte die Bundesanwaltschaft immer wieder lautstark ins Verfahren, wenn sie die Gefahr sah, dass unangenehme Fragen nach staatlicher Verstrickung gestellt werden könnten, was im Falle des NSU-Komplexes im Grunde unvermeidlich und zwingend ist. Die BAW ist nicht nur Staatsanwaltschaft im Verfahren, sondern auch Hüterin der Staatsräson, so könnte man sagen.

Allerdings haben die Sitzungsvertreter/innen des Generalbundesanwaltes im Prozess ihre Rechnung etwas ohne den Vorsitzenden Richter Götzl gemacht: Er hat durchaus über die Anklage hinausgehende Fragen und Beweisanträge zuge-

lassen, wo die Ungereimtheiten zu krass waren und nach wie vor sind, wie im Fall des hessischen Verfassungsschützers Andreas Temme, der am 6. April 2006 bei der Ermordung des Kasseler Internetcafé-Betreibers Halit Yozgat am Tatort anwesend war. Hier haben schon damals übergeordnete Stellen, vor allem der damalige Innenminister Hessens und heutige Ministerpräsident, Volker Bouffier (CDU), massiv Einfluss genommen auf die Ermittlungen. Und Götzl hat hierzu sehr zum Leidwesen der Bundesanwaltschaft umfangreich Verfassungsschützer/innen als Zeugen gehört, zum Teil parallel zu den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. Trotzdem, das nur nebenbei, bleibt bis heute unklar, was da wirklich geschehen ist und ob staatliche Stellen nicht doch schon vorher von der bevorstehenden Ermordung Yozgats wussten. Das Hauptproblem ist aber, und das wurde selten so deutlich wie bei der bizarren Vernehmung des voll verummumt erscheinenden brandenburgischen Verfassungsschützers Reinhard Görlitz, dass es einen weitgehend unkontrollierten und mindestens gefährlich agierenden Inlandsgeheimdienst gibt, der sich hinter Quellenschutz und Staatsgeheimnissen verschanzen und sich so der Verantwortung entziehen kann. Nach allem, was wir aus dem NSU-Komplex wissen, müssen diese 17 Inlandsgeheimdienste im Lande und Geheimdienste in der bekannten Form überhaupt wenn schon nicht abgeschafft, dann unschädlich gemacht und effektiver Kontrolle unterworfen werden. Die Kriminalgeschichte der deutschen Nachkriegs-Geheimdienste muss ein Ende haben.

Es ist wichtig, nicht aus den Augen zu verlieren, worum es in diesem Prozess wirklich geht, nämlich um die Aufklärung von Straftaten. Inwieweit wird der Prozess da erfolgreich sein?

Der Münchener Strafsenat hat in mehreren Beschlüssen in Beantwortung ziemlich dreister Haftverschonungsanträge der Verteidigung des Angeklagten Wohlleben sehr deutlich gemacht, dass die Beweisaufnahme die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft bisher sehr weitgehend bestätigt hat. Also, um die Verurteilung der Angeklagten mache ich mir keine sehr großen Sorgen, da wird am Schluss nur das Strafmaß interessant werden.

Aber die zahlreichen Ungereimtheiten und offenen Fragen, die es schon zu Prozessbeginn gegeben hat und die natürlich auch Anlass für Spekulationen (und auch für zum Teil wilde und hoch gefährliche Verschwörungstheorien) sind, sind bis heute ungeklärt oder haben sich in ihrer Fragwürdigkeit noch verschärft. Zu nennen ist der gesamte Komplex Heilbronn um die Ermordung der Polizistin Kiese Wetter und der lebensgefährlichen Verletzung ihres Kollegen – hier ist die Version der BAW die wohl unwahrscheinlichste und wird im Prozess dennoch stoisch behauptet. Zu nennen sind der Stollendosen-Anschlag in Köln, der Kasseler Mord und nicht zuletzt das Ende des NSU in Eisenach am 4.11.2011.

Der Frage, wie groß das Netzwerk rund um das NSU-Kerntrio war und wie stark es von V-Leuten durchsetzt war, kann zwar unterdessen kaum noch ein Journalist aus dem Weg gehen. Vieles ist allerdings auch noch nicht geklärt. Ob wir je etwas erfahren, was der Wahrheit nahekommt, ist eher unwahrscheinlich – es sei denn, es gelingt in einer Zusammenschau der Ergebnisse vor Gericht, der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, von unabhängiger journalistischer und Antifa-Recherche sowie der Aussagen der lang herbeigesehnten Whistleblower aus dem Apparat irgendwann, ein mehr oder minder scharfes Gesamtbild zu gewinnen.

Seit Beginn des Prozesses rücken die Schicksale der Opfer weiter in den Hintergrund. Wie kann es sein, dass die Hoffnungen auf Aufklärung der Leidtragenden dermaßen enttäuscht werden?

Es liegt tatsächlich ein bisschen in der Natur des Strafverfahrens, dass der oder die Täter/innen im Fokus der Verhandlung stehen. Für die Angehörigen ist und bleibt der Prozess jedoch eine Zumutung schon einer Angeklagten wegen, die ungerührt, schweigend und ohne Anteilnahme ihre Tage dort absitzt und es zuletzt ja auch mit einem ziemlichen Zirkus um ihre Verteidigung erneut geschafft hat, sich in den Vordergrund und in den Fokus einer sensationsgeilen Presse zu drängen. Was sich Angehörige der Opfer, wenn sie noch im Gerichtssaal erscheinen, an unwidersprochen geäußerter Nazi-Propaganda seitens der zahllosen Zeuginnen aus der bundesweiten Nazi-Szene – inzwischen etwa 60 – anhören müssen oder an so nebenbei von Zeuginnen geäußerten oder aus den Akten zitierten rassistischen Ungeheuerlichkeiten, geht auf keine Kuhhaut. Auch das mehrfache Abspielen des Bekennervideos etwa ist schon für Nicht-Betroffene kaum auszuhalten. Die Frage ist, ob ein hochoffizielles, starres Strafverfahren wie der Münchener Prozess wirklich das richtige Medium ist, um den Bedürfnissen und Ansprüchen der Opfer und Opferhinterbliebenen gerecht zu werden, oder ob nicht besser ein öffentliches Tribunal ihre Perspektive und ihre Erzählung in den Vordergrund zu rücken geeignet wäre. Vom regierungsamtlichen Versprechen »lückenloser Aufklärung« und der Rehabilitation der Opfer des NSU sind wir derzeit sowohl im Gerichtssaal als auch in den Untersuchungsausschüssen und der »gesellschaftlichen Debatte«, sofern man davon überhaupt reden kann, noch himmelweit entfernt.

Sie verfolgen nicht nur den NSU-Prozess, sondern das gesamte Thema schon seit Anbeginn. Stellen Sie einen Wandel in der Berichterstattung oder gesellschaftlichen Wahrnehmung fest? Erkennen Sie Unterschiede zwischen den Medienvertretern?

Selbstverständlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den großen »Leit- und Qualitätsmedien«, deren Berichterstattung für das, was über den Prozess geredet wird, monopolartige Bedeutung hat, und kleineren und Off-Medien, deren Berichte nur von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen wahrgenommen und diskutiert werden. Trotzdem: Die Arbeit etwa von NSU-Watch und einigen wirklich unabhängigen JournalistInnen hat dazu beigetragen, dass kein Mensch mehr der in Stein gemeißelten These der Bundesanwaltschaft folgen kann, es habe sich um eine »isolierte Dreier-Terrorzelle« mit einer Handvoll Unterstützer/innen gehandelt. Das Bild eines viele Dutzend, wenn nicht hunderte Unterstützer/innen und Mitwisser/innen umfassenden Netzwerkes rund um etwas, was als »Kerntrio« bezeichnet werden kann, hat sich definitiv durchgesetzt, auch wenn die Bundesanwaltschaft das nicht wahrhaben will. Wenn aber der »Tagesspiegel« nach dem erwähnten Beweisantrag der Nebenklage staatstreudoof fragt, ob »brisante Unterlagen bewusst vernichtet« wurden (4.3.2015), kann man sich vor Lachen nur noch ins Eck schmeißen, so klar ist es, dass bewusst, gezielt und mit hoher krimineller Energie Akten dutzendweise nach dem Auffliegen des NSU vernichtet worden sind, um »Staatsgeheimnisse« und eben die »Collusion« zu verschleiern und zu vertuschen.

Während ich mich verdächtigen lassen muss, ein Agent der LINKEN im Prozess zu sein, können sich die Vertreter/innen des Mainstreams dennoch fast jeden Blödsinn unter dem Deckmantel ihrer Unabhängigkeit erlauben. Ich sage mal so: Wirklich unabhängig sind recherchierende, vor allem Antifa-Strukturen, die die Arbeit der Behörden massiv infrage stellen, wie etwa NSU-Watch, und das sind die kleinen Bürgermedien wie mein Radio Lotte in Weimar, wie Radio FSK in Hamburg, Radio Corax in Halle und viele, viele andere, die keinem Mainstream und keiner Staatsräson verpflichtet sind.

Welcher Moment während des Prozesses hat Sie besonders aufgewühlt, aufgeregt, ratlos gemacht?

Als der Ex-V-Mann des bayerischen Verfassungsschutzes Kai Dalek verumumt im Prozess auftrat im zeitlichen Zusammenhang mit den Vernehmungen weiterer V-Leute und ihrer verbeamteten V-Mann-Führer aus Thüringen und Sachsen, wurde mir schlagartig die Monstrosität dieses Systems bewusst, das in seinem Personal zwischen Loriot, Stromberg und allmachtsfantastischen 007-Stoffen changierte. Wer diese Leute im Prozess mitbekommt, weiß, welche Herkulesaufgabe es sein wird, diesen gefährlichen Saustall auszumisten und die Gefahren, die von ihm ausgehen, zu bannen.

Und dann sind es immer wieder die Leiden der Betroffenen, wenn sie denn im Prozess thematisiert werden, die mich fassungslos machen – zuletzt als im Januar die Opfer des Nagelbombenanschlages in Köln am 9. Juni 2004 im Prozess aussagen.

Der Stadtsender Lotte hatte Losglück bei der Entscheidung über die Medienakkreditierungen beim Prozess. Wie und wie oft berichten Sie, welche Reaktionen gibt es von Zuhörenden?

Radio Lotte ist mit mir oder, wenn ich verhindert bin, mit Kollegen in jeder Prozesswoche auf Sendung – ich habe gerade meinen 78. Bericht abgeliefert. Pro Halbjahr machen wir auch immer einen Sondersendetag zum Thema, zum Teil mit unserer schicken Fahrrad-Sende-Rikscha vor dem Oberlandesgericht in München. Wir sehen an den Klicks im Internet und an Kontaktaufnahmen von sehr genau zuhörenden HörerInnen und anderen MedienvertreterInnen, dass unsere Berichterstattung wahrgenommen wird und ihren Weg in andere Bürgermedien im deutschsprachigen Raum findet.

Friedrich Burschel

ist Referent zu Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Für den nicht-kommerziellen Lokalsender »Radio Lotte Weimar« berichtet er vom NSU-Prozess in München.

1 Das Interview mit Fritz Burschel wurde zuerst in Disput 8/2015 veröffentlicht.

Der Eurabien-Komplex.

Anmerkungen zu den Angstphantasien der muslimfeindlichen Bewegung

Eine bessere Werbung für seinen neues Buch hätte Houellebecq kaum bekommen können. Parallel zur Veröffentlichung des neuen Werks erschüttert ein brutaler islamistischer Terroranschlag Frankreich. Und zufälligerweise beschreibt Houellebecqs neuer Roman »Unterwerfung« die Islamisierung Frankreichs in naher Zukunft. Diese nimmt ihren Anfang damit, dass die etablierten französischen Parteien aus Furcht vor dem erstarkenden Front National unter Marine le Pen gemeinsam einen vordergründig gemäßigten Muslim ins Präsidentenamt hieven. Gestützt auf reiche Spenden aus den Golfstaaten setzt der neue Präsident ein umfassendes Islamisierungsprogramm in Gang. Ähnlich wie den Muslimbrüdern in Ägypten, gelingt es ihm, mit großzügigen Sozialprogrammen die Unterstützung oder zumindest stillschweigende Akzeptanz breiter Teile der unter den Folgen neoliberaler Strukturreformen leidenden französischen Bevölkerung zu erkaufen.

Das ökonomisch, kulturell und politisch danieder liegende Frankreich ist weder Willens, noch in der Lage, sich der Islamisierung zu widersetzen. So ist es denn auch weniger der Islam selbst, den Houellebecq hier kritisiert, sondern die vermeintliche Passivität und Identitätslosigkeit seiner Landsleute.

»Unterwerfung« ist Houellebecqs eigenwillige Interpretation einer dystopischen Angstphantasie, die mit dem Begriff »Eurabien« verbunden ist. Zugleich ist es seine Antwort auf die Frage, wie der einfache Europäer auf die Krise des globalisierten Kapitalismus und der westlichen Welt reagieren soll – mit der Rückkehr zur (christlichen) Religion. Die Philosophie der Aufklärung lehnt Houellebecq in Interviews als rein destruktiv und sinnentleert ab, die Revitalisierung der Religion in Europa ist für ihn eine ausgemachte Sache.

Houellebecq weiß selbst, dass seine Dystopie reichlich unwahrscheinlich ist. Dennoch dürfte das Buch einen Nerv treffen, denn die Furcht vor einer vermeintlichen Islamisierung des Abendlandes und das Unbehagen gegenüber den wachsenden muslimischen Gemeinschaften ist in vielen Staaten Europas weit verbreitet. Sie äußert sich nicht nur darin, dass die Furcht vor Muslimen von rechtspopulistischen und -radikalen Gruppen in den vergangenen 15-20 Jahren zunehmend stärker geschürt wurde, sondern auch im Anwachsen antimuslimischer Gewalt. Es sei hier daran erinnert, dass der norwegische Terrorist Anders B. Breivik maßgeblich von muslimfeindlichen Motiven getrieben war.

Der Eurabien-Komplex

Der Begriff »Eurabien« fasst die Vision eines islamisch dominierten Europas zusammen. Geprägt wurde der Begriff von der Publizistin Gisèle Littman, die unter dem Pseudonym Bat Ye'or in den vergangenen Jahrzehnten mehrere antimuslimische Bücher verfasst hat. In ihren Büchern wirft sie den politischen Eliten Europas vor, seit der Ölkrise 1973 auf die Verschmelzung Europas mit der arabischen Staatenwelt hinzuarbeiten und die Islamisierung Europas voranzutreiben. Neben Littman zählen die verstorbene italienische Autorin Oriana Fallaci und der kanadische rechtsaußen-Publizist Mark Steyn zu den geistigen Vorreitern der Muslimfeindlichkeit, die in Deutschland vor allem durch den Blog »Politically Incorrect« und der »Achse des Guten« ihre publizistischen Sprachrohre finden. Mit der Pegida-Bewegung ist in der Bundesrepublik erstmals eine medial wirksame Massenbewegung unter dem Banner der Muslimfeindlichkeit in Erscheinung getreten. Die rechtspopulistische Partei AfD setzt bei ihrer Stimmungsmache zunehmend auf muslimfeindliche Ressentiments. Angesichts der weit verbreiteten antimuslimischen Paranoia lässt sich inzwischen von einem regelrechten Eurabien-Komplex sprechen.

Als Beweise für die Islamisierung Europas führen die Vertreter des Eurabien-Komplexes die Zunahme des muslimischen Bevölkerungsanteils und den Bau immer größerer Moscheen in zahlreichen europäischen Ländern an. Durch massenhafte Einwanderung aus muslimischen Ländern, die hohen Geburtenraten in muslimischen Familien und die Konversion von Europäern zum Islam werde der Bevölkerungsanteil der Muslime in vielen Ländern in einigen Jahrzehnten bald den nicht-muslimischen Bevölkerungsanteil übertreffen. Mark Steyn schreibt in seinem Buch »America Alone«, dass die Islamisierung Europas kaum mehr zu verhindern sei und lediglich die USA der islamischen Welt noch an kultureller Strahlkraft und militärischer Stärke Paroli bieten könne.

»Die Linken sind schuld!«

Als Ursache für die Kraftlosigkeit Europas sehen muslimfeindliche Autoren, die in der Regel auch neoliberale Positionen vertreten und dem US-amerikanischen Neokonservatismus nahe stehen, den »Kulturmarxismus« der Linken. Dieser

habe zur Zerstörung der christlich-abendländischen Kultur und zur angeblichen kulturellen Schwäche Europas entscheidend beigetragen. Linke »Gutmenschen« betrieben »dem Islam« gegenüber eine unterwürfige »Appeasement-Politik« und würden so Stück für Stück die Werte des Abendlandes preisgeben. Da ist es logisch, dass die Islamisierung Europas auch für deutsche Autoren wie Henryk M. Broder eine beschlossene Sache ist. In die gleiche Kerbe hauen Autoren wie Thilo Sarrazin und Udo Ulfkotte, der inzwischen mehrfach bei den Pegida-Demonstrationen aufgetreten ist.

Das Denken muslimfeindlicher Autoren ist geprägt von antimuslimischen Verschwörungstheorien. Die islamisch geprägte Welt wird als homogener Block aggressiver Glaubenskämpfer präsentiert, Immigration und hohe Fertilität als Kampfaffen gegen die westliche Welt interpretiert. Da fällt es nicht schwer, in jeder Moschee einen Vorposten des internationalen Dschihadismus zu sehen.

Gerade Broder ist ein Meister darin, aus Fernseh- und Nachrichtenschnipseln über demonstrierende Islamisten und islamistische Gewalttaten das Bild eines durch und durch totalitären und aggressiven Islams zusammen zu basteln.

Alte Horrorvisionen

Der Journalist Doug Saunders beschreibt in seinem Buch »Mythos Überfremdung« anschaulich, dass die kulturellen Überfremdungsängste, die gegenüber den Muslimen gehegt werden, in historischer Kontinuität zu ähnlichen Phänomenen aus der Vergangenheit stehen. Ein Blick in die Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zeigt, dass ähnliche Horrorvisionen im weißen, protestantischen Bürgertum Englands und der USA weit verbreitet waren. Nur fürchtete man damals keine Muslime, sondern katholische Iren und Italiener, Juden aus Osteuropa und natürlich die ungeliebten Mitbürger afrikanischer Herkunft. Man fürchtete sich vor den fremdartig wirkenden Bräuchen der Neuankömmlinge, ihrem andersartigen Glauben, ihrer Armut und ihrer hohen Geburtenrate, einige hielten sie geistig und rassistisch für minderwertig. Wer einen Blick in die Geschichten des berühmten Horror-Schriftstellers

H. P. Lovecraft wirft, wird dieser Form der Fremdenangst immer wieder begegnen.

Saunders weist nach, dass die Geburtenrate sowohl bei muslimischen Immigranten, als auch in vielen islamisch geprägten Ländern stark im Sinken begriffen ist. Zwar wird der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Europa in den kommenden Jahrzehnten auf ca. 10–12 Prozent steigen, islamisieren lässt Europa sich damit jedoch ganz gewiss nicht. Zudem sollte bedacht werden, dass bei weitem nicht jeder statistische »Muslim« tatsächlich einer ist. Eurabien, das ist die große Überfremdungsdystopie des weißen, bürgerlichen Europas unserer Zeit. Ein Wahngewilde, das mit der Realität so gut wie nichts zu tun hat und sich aus überkommen geglaubten rassistischen und kulturchauvinistischen Stereotypen speist.

Der Hass vereint

Die muslimfeindlichen Akteure präsentieren sich gerne als radikalliberal, proisraelisch und proamerikanisch, vom »braunen Sozialismus« in Tradition der NSDAP distanzieren sie sich scharf. Das wiederum hält sie nicht davon ab, mit kulturterministischen Stereotypen um sich zu schmeißen. Muslime werden kriminalisiert, faschisiert, dämonisiert und ihre Kultur auf einen dschihadistischen Islam reduziert. Viele Texte der selbsternannten Verteidiger des Abendlandes sind pure Hass-Propaganda. Da verwundert es nicht, dass auch Vertreter des neonazistischen Spektrums bei den Muslimhassern gerne mitmarschieren, wie bei den Pegida-Demonstrationen. Dass einige Akteure dieser Bewegung jüdischer oder muslimischer Herkunft sind, scheint in den Augen ihrer nationalsozialistisch orientierten Verbündeten keine Rolle zu spielen. Auf den muslimfeindlichen Blogs ist der Übergang von kulturdeterministischen zu rassistischen Auslassungen fließend. Allzu groß scheinen die Unterschiede zwischen dem Kulturterminismus, wie er von den Muslimhassern propagiert wird, und dem rassistischen Biodeterminismus der Neonazis auf der praktischen Ebene nicht zu sein. Der Hass vereint.

Philipp Schaab

Kolonialideologie und Sozialdemagogie. Notizen zu Hans Grimms Roman »Volk ohne Raum«.¹

Wir haben heute in der Öffentlichkeit unseres Landes mit abstrusen Ideen zu tun, mit denen Ängste geschürt und Scheinlösungen propagiert werden, um von den anstehenden sozialen und politischen Veränderungen abzulenken. Wir müssen solche Ideen ernstnehmen, nach den Tatsachen und gesellschaftlichen Erfahrungen fragen, die ihrer Wirkung zugrunde liegen. Mein Vortrag soll auf einen Fragenkomplex verweisen, der vor achtzig Jahren eine ähnliche Rolle spielte, freilich mit weit verheerenderen Folgen, als wir sie heute abzusehen vermögen, einen Fragenkomplex, der durch das Schlagwort vom »Volk ohne Raum« bezeichnet wird.

»Volk ohne Raum« ist in den endzwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein vielzitiertes Schlagwort im rechten politischen Spektrum. Diese Wortprägung war eine der wirkungsmächtigsten innerhalb der revanchistischen Strömungen nach der Niederlage des wilhelminischen Kaiserreiches im ersten Weltkrieg. Nicht zuletzt deshalb wurde der Roman von Hans Grimm auch zu einem der »Klassiker« des Neukonservatismus und neuen Nationalismus der Nachkriegszeit, einer politischen Richtung, die schließlich in die Errichtung der faschistischen Diktatur mündete.

Dieser dickleibige Kolonialroman über Südafrika ist in den Jahren zwischen 1919 und 1925 geschrieben worden und 1926 erschienen.² Sein Autor Hans Grimm (1875–1959) stammte aus einem nationalliberalen Professorenhaus, kam früh mit Kolonialideen in Berührung und hat dreizehn Jahre lang als Kaufmann in Südafrika gelebt. Im ersten Weltkrieg war er in der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung beschäftigt und hat dort auftragsgemäß über seine Afrika-Erfahrungen geschrieben. Hier traf er mit jungkonservativen Intellektuellen zusammen und war eingebunden in ihre Debatten über einen »neuen Nationalismus«, der mit einer konservativen Revolution den wilhelminischen Konservatismus und den bürgerlichen Liberalismus überwinden wollte, um die marxistische Arbeiterbewegung zerschlagen und ein Drittes Reich etablieren zu können. Nach dem Krieg ist Grimm einer der prominentesten Vertreter der nationalistischen Opposition gegen die Weimarer Demokratie geworden.

Seinen Roman »Volk ohne Raum« hat Grimm als ein Programm- und Bekenntnisbuch aufgefaßt, es ging ihm um po-

litische Wirkungen mit den Mitteln eines Erzählers. Den losungshaften Titel seines Buches hat er aus diesem Grunde sehr bewußt gewählt, als eine Art Markenzeichen für sein politisches Konzept.³ Ein wichtiger Bestandteil dieses Ansatzes ist, daß sich der Autor selbst zu einer der Figuren seines Romans macht: Er wird als handelnde Person – mit seinen tatsächlichen Ansichten und mit seiner realen Biographie – mit den Vorgängen um die fiktive Hauptfigur Cornelius Friebott verknüpft. Was für den Romanhelden Friebott als Konsequenz einer Sinnsuche in einem umtriebigen Leben erscheint, wird für den Autor Gegenstand seines Schaffens und mündet in die gemeinsame Propagierung der Idee vom »Volk ohne Raum« durch die fiktive und die reale Person im Nachkriegsdeutschland. In der Sache ist diese Idee eine ideologische Konstruktion, mit der behauptet wird, die Übervölkerung Deutschlands verlange eine territoriale Ausdehnung des deutschen Siedlungsgebietes und damit zugleich auch die Vergrößerung der Rohstoffressourcen und Marktchancen des Deutschen Reiches. Was Friebott am Schluß des Buches als ein nationalistischer Wanderröhrer ohne Parteibindung vielerorts unter die einfachen Leuten zu bringen versucht, wird vom Autor mit seinem Buch zum Entwurf eines konservativ getönten rechtsradikalen Kolonial-Programms in Form einer exemplarischen Lebensbeschreibung gemacht: Der Lebensweg seines Helden wird als die Allegorie des deutschen Volksschicksals aus der Sicht des neuen Nationalismus begriffen.⁴

Das macht auch verständlich, warum Grimm nach Erscheinen seines Buches immer wieder heftig auf seiner Urheberschaft des griffigen und schlagkräftigen Titels »Volk ohne Raum« besteht.⁵ Denn die Gedankengänge und Argumentationen, die er propagiert, sind nichts weniger als neu, sie gehören – in der oder jener Form – zum Standard des politischen Denkens von den Alldeutschen bis zu den Jungkonservativen und den Nationalsozialisten, der Partei Hitlers.⁶ Letztere, das sei vorweggenommen, hat Hans Grimm schon seit Beginn der zwanziger Jahre in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik politisch unterstützt, ohne jemals Mitglied der NSDAP zu werden. Den Münchner Hitlerputsch von 1923 hat er bejaht und ist später – im entscheidenden Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1932 – für die Sammlung der politischen Rechten um Hitler eingetreten. Seine Formel lautete, er unterstütze

die Bewegung des Nationalsozialismus, aber nicht so sehr die nationalsozialistische Partei. Tatsächlich hat er später im Nazireich Distanz zu einigen Erscheinungsformen des faschistischen Terrors gewahrt und ist dem außenpolitischen Kurs Hitlers nicht bedingungslos gefolgt. Denn er plädierte dafür, die Großmachtstellung des Deutschen Reiches ohne Krieg durch den Ausgleich mit Großbritannien wiederherzustellen und zu festigen. Dafür war ihm die Errichtung der Nazidiktatur und Hitlers Rüstungspolitik willkommen, und so hat er auch die Grundlagen des Dritten Reiches nie in Frage gestellt. Indem Grimm auf der Urheberschaft seiner Formel vom »Volk ohne Raum« besteht, will er das Besondere seiner Position herausstellen, will er jedoch auch seiner eigenen Interpretation der Formel Verbindlichkeit verleihen. Denn in der Öffentlichkeit hatte sich längst eine viel umfassendere Bedeutung durchgesetzt.

Der Slogan vom »Volk ohne Raum« ist in der Regel als Ausdruck eines Konzepts imperialer Eroberungskriege des Deutschen Reiches verstanden worden, wie es von den Alldeutschen bis hin zu Hitlers »Mein Kampf« propagiert wurde, vor allem was die Eroberung von »Lebensraum im Osten« anging.⁷ Doch Hans Grimm zielte mit seinem Roman nicht in erster Linie auf eine territoriale Ausweitung des Reiches in Europa, sondern setzte auf die Gewinnung von deutschen Kolonien in Afrika, wie sie seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts betrieben worden war. Natürlich fordert er, wie alle nationalistischen und revanchistischen Strömungen in der Weimarer Republik, die Rückgabe aller durch den Vertrag von Versailles verlorenen Gebiete des Reiches. Aber Hitlers Konzept einer »Ostpolitik«, das heißt das Konzept der Eroberung von »Lebensraum im Osten«, war ihm offenbar nicht geheuer, weil ihm das Risiko eines neuen Weltkrieges zu groß schien.⁸ Ihm ging es erklärtermaßen nicht um eine deutsche Weltherrschaft, sondern vielmehr um einen Ausgleich mit der Weltmacht Großbritannien, der damaligen Vormacht in Europa und der größten Kolonialmacht der Welt. Sein Ziel war, dazu beizutragen, ein deutsches Kolonialreich in Mittelfrika vom Atlantik bis zum Indischen Ozean zu schaffen.⁹ Um das Erreichen zu können, propagierte er eine enge Partnerschaft der Deutschen mit den Engländern, eine einvernehmliche Aufteilung der Macht in den kolonial ausbeutbaren Gebieten. Denn er betrachtete die Engländer als ein »Herrenvolk« Europas und wollte seine deutschen Landsleute ermuntern, sich als das zweite »Herrenvolk« Europas zu erkennen und – ohne Krieg – die Anerkennung der Forderungen der politischen Rechten nach einer Wiedergewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien durchzusetzen. Auf längere Sicht hoffte er, auf diesem Wege auch ein erweitertes geschlossenes Siedlungsgebiet für Deutsche in Afrika schaffen zu können.¹⁰ Dafür – meint er – müsse freilich der Wille in jedem deutschen Menschen geweckt werden, das jahrhundertlang unterdrückte »Herrentum seiner Rasse« innen- und außenpolitisch fruchtbar zu machen.¹¹

Das ist ein extrem nationalistisches und auch deutlich rassistisch geprägtes Programm. Daß er die schwarzen Einwohner des begehrten afrikanischen »Raumes« nur als dankbare Sklaven der »Herrenvölker« oder aber als finstere Zerstörer einer heilsamen weißen Kolonial-Ordnung begreift, versteht sich für den Kolonialideologen Grimm von selbst. Dennoch ist dieses Programm – in seinem Verständnis – kein eigentlich aggressives, so sehr es in der Substanz ein imperialistisches ist und letzten Endes ebenfalls auf einen Expansionismus im Interesse von Großindustrie, Großagrariern und Hochfinanz hinausläuft.

Das Buch »Volk ohne Raum« – heißt es in einer späten Bemerkung des Autors – habe »zwei junge Männer zu Helden, beide aus Verbitterung zur SPD gehörig«. Während der eine sich als Folge eigener Erfahrung von dieser Partei getrennt habe, sei der andere im Transvaal für seine sozialistische Überzeugung gestorben, »als Smuts« – der Staatschef der Republik Südafrika – »beim großen Johannesburger Streik die weißen Arbeiterführer verhaften ließ«. ¹² Diese Akzentsetzung überrascht zunächst bei einem Buch, das sich so dezidiert der kolonialen Thematik zuwendet. Sie belegt jedoch aus der Rückschau, wie eng für den Verfasser die Kolonialideologie mit der Sozialdemagogie verknüpft war.

Dem Kleinbauernsohn Cornelius Friebott, die Zentrafigur des Romans, bleiben in seiner Heimat alle Aufstiegs-Chancen verwehrt, und so treiben ihn seine materielle Lage und sein Gerechtigkeitsgefühl in die Nähe der Sozialdemokratie. Als einer, der gegen sozialen Druck aufbegehrt, gerät er in Konflikte mit der offiziellen Gesellschaft im Kaiserreich und landet als ein politischer Aktivist im Gefängnis. Weil er seine Fähigkeiten in der Heimat nicht bewähren kann, sucht er schließlich ein Betätigungsfeld im Ausland und gerät so – nach allerlei Verwicklungen – nach Südafrika.

Dem liegt die Überzeugung des Autors zugrunde, im übervölkerten Deutschen Reich werde der bäuerliche Besitz so stark aufgeteilt, daß er die Familien nicht mehr ernähren kann. Das aber treibe die überschüssige bäuerliche Bevölkerung in die Fabriken und in die »Lohnsklaverei«. Bäuerliche wie städtische Bevölkerung werde so gleichermaßen seelisch verkrüppelt (Bd. II, S. 608). Dem liegen als Sozialerfahrung die Probleme des Übergangs von der Agrargesellschaft zur modernen Industriegesellschaft in Deutschland zugrunde, gesehen freilich aus der Perspektive einer agrarisch geprägten Provinz, nicht der Industriearbeiterschaft. Leitbild ist in dieser Sicht ein bäuerlicher Eigentümer, der sich aufgrund seines Besitzes als freier Mann fühlen und sein Selbstgefühl entwickeln kann. Geht dieser Besitz verloren, sucht er nach Wegen, der Proletarisierung zu entkommen. Auch im Dunstkreis der Sozialdemokratie verliert Friebott deshalb nicht seine Überzeugung, er wolle »Gott, Kaiser und Eigentum nicht abschaffen« (Bd. I, S. 168).

In einem programmatischen Aufsatz von 1920 unter dem Titel »Übervölkerung und Kolonialproblem«¹³ hat Hans Grimm seine grundlegende These entwickelt, das zentrale soziale Problem in Deutschland ergebe sich nicht aus der kapitalistischen Struktur der herrschenden Gesellschaft mit ihren Ausbeutungsverhältnissen. Vielmehr erwachse es aus dem Umstand, daß große Teile der Bevölkerung, die nach Bauernland verlangen, nicht mehr Bauer werden können und nicht Landarbeiter werden wollen. So würden sie als industrielle Lohnarbeiter in den Klassenkampf gestoßen und für die internationalistische sozialistische Agitation der Marxisten zugänglich, obwohl es ihnen doch in der Sache nicht um eine sozialistische Vergesellschaftung gehe, sondern nur darum, sich auf dem Umweg über industrielle Lohnarbeiterschaft letztendlich Bauernland zu verschaffen.¹⁴ Wenn Grimm vom »Problem des dritten Mannes«¹⁵ spricht, also davon, daß in Deutschland jeder dritte deutsche Mann zu viel sei, bezieht sich das auf nichts anderes als die Möglichkeit, bäuerlichen Besitz zu erwerben. Darum geht es ihm bei dem »Raum«, der dem deutschen Volk angeblich fehlen soll, um seine Forderung nach Neuland in Afrika. Wie fragwürdig diese Konstruktion selbst im Rahmen ihrer eigenen Voraussetzungen ist, zeigt sich in der ausdrücklichen Ablehnung einer Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes,¹⁶ und nur am Rande sei auch erwähnt, daß um die Jahrhundertwende die Zahl der deutschen Siedler in den Kolonialgebieten des Reiches nur einen winzigen Bruchteil der deutschen Auswanderer in den vorangegangenen Jahrzehnten ausmache.

Der Roman »Volk ohne Raum« soll – wie es im Eingangsabschnitt heißt – das »gemeinsame deutsche Schicksal in der Geschichte eines einfachen Mannes« zeigen, eines Mannes, der versucht, aus der »Sklavennot der Enge« (Bd. I, S. 10f.) auszubrechen und zurückzufinden zum »Herrentum des freien Mannes« (Bd. I, S. 26), das er verwurzelt sieht in der germanischen Vorzeit. Sein Lebensweg ist verworren, nach der Dienstzeit als Freiwilliger der deutschen Kriegsmarine sucht der gelernte Modelltischler Friebott Arbeit in der heimischen Industrie und kommt in Verbindung zu den Sozialdemokraten. Als Roter verliert er seine Arbeit, findet eine Stelle unter Tage, wird jedoch, weil er die Gewinnsucht der Grubeneigner anklagt, als Unruhestifter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der ehemalige Häftling sucht nun sein Glück außer Landes, im von den Engländern dominierten Südafrika. Dort begegnet er massiven antideutschen Vorurteilen und vermisst schmerzlich die moralische Stütze durch ein selbstbewußtes deutsches Reich, das sich um das Schicksal seiner auslandsdeutschen Landsleute sorgt. Friebotts Erfahrung ist: »Es ist ein Unglück, als Deutscher geboren zu sein« (Bd. I, S. 399).

Im Krieg zwischen der britischen Kolonialmacht in Südafrika und der kleinen Burenrepublik Transvaal verläßt er seine Geliebte, um auf Seiten der Buren zu kämpfen. Doch kommt er nach der Niederlage als Gefangener der Engländer auf Sankt Helena zur Einsicht, sein bisheriger Weg sei ein »Irregang« ge-

wesen (Bd. I, S. 550). Freilich verschafft ihm nun die Hinterlassenschaft seiner – im Krieg umgekommenen – Freundin einigen finanziellen Spielraum. Jetzt erst gewinnt auch der zweite Held des Buches, der Sozialdemokrat Martin Wessel, innerhalb der verzweigten Handlung an Profil. Als gewerkschaftlicher Aktivist wird er zu einem Führer der international orientierten Sozialisten, überzeugt, das Proletariat hege nie feindliche Gefühle gegen ein anderes Volk (Bd. I, S. 551). Im sozialdemokratischen Verein, den er gründet, dem »Independent Club«, sind die Mehrzahl seiner Mitglieder Engländer (Bd. I, S. 581). Es herrscht allerdings Rassentrennung, Farbige bleiben ausgeschlossen. Aber auch Deutsche, auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, sind nur spärlich vertreten.

Mit diesem Handlungsstrang betont der Autor, welches Gewicht er in seinem Roman der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie zuweist. Denn – so wird er nicht müde zu erklären – mit ihrer marxistischen Orientierung auf Klassenkampf und Internationalismus, auf Lohnkämpfe und die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel hindere die Sozialdemokratie die Arbeitermassen daran, ihre wahren Interessen zu erkennen. Denn in seiner Lesart ist es die Raum-Enge der Heimat, welche soziale Reibungen, steigende Schmähsucht und seelische Verkrüppelungen hervorruft.¹⁷ Um wirklich soziale Politik zu betreiben, heißt es deshalb im Programmaufsatz von 1920, müsse die Sozialdemokratie aller Länder dafür eintreten, daß jedem Volk ausreichendes Land bereit gestellt wird.¹⁸ Diese Vorstellung hat Grimm auch veranlaßt, den Chemnitzer Parteitag der SPD von 1912 in seinem Roman ausführlich zu kommentieren. Friebott erlebt bei einem Besuch in der Heimat mit, wie Gerhard Hildebrand aus der Partei Bebels ausgeschlossen wird, weil er – im Gegensatz zur politischen Programmatik der Partei – die nationale Kolonialpolitik und Flottenrüstung des Reiches bejaht und verteidigt. Der Mann aus Afrika, der sich mit dem Ausgeschlossenen einig weiß, bricht nun endgültig mit der Sozialdemokratie, weil er sich nach dieser Entscheidung von ihr keine Sinnesänderung nach seiner Vorstellung mehr erhoffen kann (Bd. II, S. 324 ff.).

Grimm sieht es als ein schmähhches Versagen der Führungsschichten des Kaiserreichs an, daß sie die Massen des Volkes nicht an sich und das Reich zu binden vermochten. Adel wie Bürgertum seien durch die deutsche Zersplitterung zu Fürstendienst und Unterwürfigkeit verkommen, unfähig, ihr Volk zu verstehen, seine Interessen zu erkennen und innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen zu vertreten. Nur deshalb – meint er – habe es den Sozialisten gelingen können, große Teile der Arbeitermassen hinter sich zu scharen und der nationalen Gemeinschaft zu entfremden. Weil ihr politisches Wirken bei den Klassen statt bei den Völkern angefangen hätte, habe die internationale Sozialdemokratie »die Völker zu gering geachtet, vielleicht, weil ihr Begründer ein Jude war« (Bd. I, S. 595.)¹⁹

Wir sehen hier: Unter den Verantwortlichen für die Übel der Welt darf der Jude nicht fehlen. Antisemitische Motive ziehen sich durch den ganzen Roman, und es wird deutlich, daß für Grimm nicht religiöse, sondern rassische Vorurteile bestimmend sind. Für ihn sind die Juden »Fremdblütige«, ohne daß darüber viel zu reden wäre. Sie werden als skrupellose Geldleute und dubiose Händler verächtlich gemacht, im Großen als internationale »Geldsäcke«, aber auch im Kleinen als Geschäftemacher, wie die zwielichtige Figur des Schaustellers Karfunkelstein zeigt. Eine reflektierte Rassenlehre ist dabei freilich nicht erkennbar, und es bleibt anzumerken, daß sich Grimm persönlich nicht als Antisemit verstanden hat²⁰ und das Vorgehen der Nazis gegen die deutschen Juden schon im Jahr 1933 ausdrücklich mißbilligte.²¹

Doch kehren wir zurück zur Handlung um die Freunde Martin Wessel und Cornelius Friebott. Der eine gerät als Sachwalter seiner Organisation in Konflikt mit den »Geldsäcken«, welche chinesische Kulis als billige Arbeitskräfte für die Goldminen anheuern, und wird – obwohl inzwischen britischer Untertan – als deutscher Sozialist vor Gericht gezerzt und beschuldigt, Unzufriedenheit im Lande erregen zu wollen. Der andere aber beschließt, seinen »Irrgang« im »fremden Raum« zu beenden und künftig eine Farm im deutschen »Schutzgebiet«, in Deutsch-Südwestafrika zu bewirtschaften.

Diese Gegenüberstellung der beiden Lebensläufe entspricht der programmatischen Anlage des epischen Erzählwerks. Das erste Buch ist »Heimat und Enge« überschrieben und beschreibt die Beschränktheit der Entwicklungsmöglichkeiten der Zentralfigur Friebott in seiner deutschen Heimat, die nur durch seine Militärzeit bei der Marine und seine Afrika-Fahrten ein wenig aufgebrochen wird. Das zweite Buch mit dem Titel »Fremder Raum und Irrgang« beschreibt den Lernprozeß des Helden in Südafrika an der Seite seines Freundes Martin, aber auch in Abgrenzung von ihm. Im zweiten Band mit den beiden Büchern »Deutscher Raum« und »Das Volk ohne Raum« wird das Auf und Ab der Geschichte um Cornelius Friebotts Ansiedlung in Deutsch-Südwest und seine Vertreibung nach dem Weltkrieg erzählt. Während er jedoch nach der Rückkehr in die Heimat seine Bestimmung als Propagandist des Kolonialgedankens zu finden meint, scheitert Martin Wessels Versuch, in Südafrika Arbeiterinteressen zu verteidigen. Beide besiegen ihre Überzeugungen mit dem Tod.

Kompositorisch gesehen ist in diesem Aufbau des Buches die lockere Struktur des klassischen Typus eines deutschen Entwicklungsromans erkennbar. Freilich wirkt das Ganze recht ungefüge, weitschweifig und zuweilen ungeformt, die Erzählkomplexe ufern aus und verselbständigen sich sogar. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Verfasser keineswegs bemüht ist, seine Geschichte stringent zu erzählen. Der Leser gewinnt eher den Eindruck, die Erzählung solle dem Autor vor allem Gelegenheit bieten, ihn, den Leser, über

den Sinn des erzählten Geschehens zu belehren. Tatsächlich wird zuerst und vor allem eine These illustriert, in nichtendenden Gesprächen und Kommentaren trägt der Autor seine politische Intention in vielen Variationen diskursiv vor – sie scheint ihm letzten Endes wichtiger zu sein als die Handlung des Romans selbst.²²

Charakteristisch ist, daß der Autor Grimm diese kommentierende Element sogar betont herausstellt und in seiner autobiographischen Figur des Kaufmanns und Schriftstellers Hans Grimm gleichsam erzählerisch vergegenständlicht und personifiziert. Dessen Erfahrungen in Afrika bekräftigen und objektivieren die des Helden, zugleich aber weist er, der Intellektuelle, dem Mann aus dem Volke seine überindividuelle, seine exemplarische Rolle zu. Sein distanzierter Blick aus dem britischen Herrschaftsbereich heraus auf die Kluft zwischen werktätigem Volk und wilhelminischem Establishment hat ihn dessen Versagen als Führungselite erkennen lassen. Wer die Volksnöte nicht durchlebt habe, meint er, besitze kein Führerwissen mehr. Aus dem Blickwinkel des Hofes, des Adels und des Besitzes sei es unmöglich geworden, die unsagbar schwere Geschichte des deutschen Volkes richtig wahrzunehmen und zu verstehen. Deshalb könne eine Erlösung nur aus dem Leben der kleinen Leute kommen (Bd. I, S. 662).

In diesem Sinne legt der Autor Grimm nun seinen Helden Friebott – einen Mann aus dieser Sphäre der »kleinen Leute« – die Einsicht in den Mund, das deutsche Schicksal sei noch ganz unfertig und jung. Die alte Führerschicht habe vor lauter Fürstendienst und Ehrenhoffen die »oberste Majestät der Volksgemeinschaft« (Bd. I, S. 683) vergessen und lasse das Volk in der Verwirrung allein. So seien Deutschland – gemeint ist natürlich die herrschende Gesellschaft im Kaiserreich – schließlich seine Massen, die kleinen Leute verloren gegangen. Das Vaterland biete ihnen zwar gute Schulen, eine entwickelte Gesundheitspflege und eine soziale Gesetzgebung, die der äußersten Not steuert. Aber mit Militärdienst, Steuern und durch einen verkehrten öffentlichen Ton werde ihnen auch außerordentlich viel abverlangt. Sollen – heißt es weiter – die Leute den Nutzen und Vorteil der Nationalität gegenüber der Internationalität handgreiflich erleben, müsse das »viel handgreiflicher (geschehen), als er das heute bei uns ist. Das Ideal ist eine Folge des Nutzens, die Vergeistigung ist (erst) der zweite Schritt« (Bd. I, S. 683). Nationalität ist hier zu übersetzen als nationalstaatlich organisierte kapitalistische Gesellschaft, die sich als Volksgemeinschaft begreift – Internationalität dagegen bedeutet nichts anderes als Sozialismus und marxistisch geprägte Arbeiterbewegung.

Was hier vorgestellt wird, ist ein pragmatischer Nationalismus, der um die Bedeutung der sozialen Probleme für ein nationales Engagement der Massen weiß. Soll nationalistische Ideologie in die Massen getragen werden, müssen – nach diesem Konzept – die kleinen Leute deren Nutzen für sie selbst

am eigenen Leibe erfahren. Deshalb sei es nötig, die sozialen Verkrustungen des wilhelminischen Reiches zu sprengen, um die Massen für die imperialen Ansprüche des Deutschen Reiches mobilisieren zu können. Drehpunkt seines Romans ist für Grimm die These, das soziale Problem müsse als das deutsche Problem schlechthin begriffen werden, aber er definiert dieses soziale Problem als ein Problem des Raumes und der Ansiedlungsart (Bd. II, S. 163). Damit macht er die Kolonialideologie zu einem konzeptionellen Gegenentwurf gegenüber der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratischen Ablehnung der wilhelminischen Flotten- und Kolonialpolitik stellt er sein Programm kolonialer Ausdehnung als Lösung der sozialen Spannungen im deutschen Volk entgegen. Eine solche koloniale Perspektive schließt jedoch in seiner Sicht auch eine Umschichtung der Führungseliten ein, die Entwicklung von Führerfiguren aus dem Volk, Männern, welche die Massen anzusprechen und mitzureißen verstehen und damit das Deutsche Reich befähigen, seine imperialen Herrschaftsansprüche in der Welt anzumelden und durchzusetzen. Die rassische Überlegenheit der Deutschen und der Weißen insgesamt über farbige Völker bedarf bei solcher Kolonialherren-Mentalität keiner Debatte, denn diese Völker sind für Grimm fraglos nur Objekte im Spiel der imperialen Herrenrasse bei der Aufteilung ihrer Macht.

Dazu paßt es gut, daß der Leser von den Aufständen der Hereros und Nama²³ in Deutsch-Südwest wenig und von den Massenmorden der deutschen Schutztruppe an den rebellierenden Eingeborenen nahezu nichts erfährt. Dagegen beginnt der zweite Band des Romans mit einer Hymne auf die Gefallenen einer Expedition von deutschen Schutztrupplern unter der Führung des Hauptmanns Erckert gegen einen der letzten Führer der aufständischen Stämme im März 1908 (Bd. II, S. 8).²⁴ Der Zug wird gepriesen als »ein Dienst am eigenen Volk und am großen, zu klein gewordenen Land (Bd. II, S. 66), und in eben dieser Militäraktion erwirbt sich Friebott – als Unteroffizier der Schutztruppe – das Recht, eine »Kriegsfarm« zu erwerben. Der Gegner, die Truppe des »Hottentottenkapitäns Simon Kopper«, ist in dieser Darstellung natürlich nichts als eine Bande von Mördern, während Erckert und seine Leute den Frieden und die Sicherheit für das neue deutsche Land erstritten hätten (Bd. II, S. 85). Daß dieses erstrittene Land vor dem Aufstand den einheimischen Stämmen gehörte, ist weder für den Schreiber noch für seinen Helden ein Problem – von irgendwelchem Schuldbewußtsein wegen solch gewaltsamer Landnahme ist nichts zu spüren. Die Regierung, heißt es, hatte bisher nur wenig Land zur Verfügung für Menschen, die aus Deutschland heraus wollten. Durch den Aufstand könne sie nun neuen Platz anbieten (Bd. II, S. 159) – auf Kosten der Schwarzen.

Die folgende Handlung des Romans kreist um Friebotts Versuch, sich als Farmer niederzulassen. Dieser Versuch ist eingebettet in die Wirren um Diamantenfunde in Deutsch-

Südwest, denen der Autor einen eigenen Handlungsstrang widmet. Darin wird vom bitteren Schicksal des Farmers Rosch erzählt, einem Freund und Mitkämpfer Friebotts beim Erckert-Zug. Er, der die Fundstelle entdeckt hat, kommt nicht an gegen Spekulanten, Aufkäufer und Betrüger, und die undurchschaubare Gesetzgebung zugunsten der großen Diamanten-Gesellschaften bringt ihn schließlich ins Gefängnis.

Die Farm, die Friebott zur Siedlung zugewiesen wird, nennt er »Gute Hoffnung«, weil er sie als eine Hoffnung für Deutschland (Bd. II, S. 217) betrachtet. Ganz am Rande erfährt der aufmerksame Leser, daß ihm mit dieser Farm auch Eingeborene zugewiesen werden, abzuholen auf der zuständigen Polizeistation (Bd. II, S. 218). Es handelt sich also um Zwangsarbeiter, die den Anspruch auf ihnen ursprünglich gehörendes Land eingebüßt haben. Der Autor verliert über diesen Skandal kein Wort, und auch sein Held hat offenbar keinerlei Probleme damit. Sein Dilemma ist ein ganz anderes. Als Siedler hat er Land gewonnen, das seinen ganzen Einsatz fordert. Aber er kann sich ihm nicht vorbehaltlos widmen, er kann nicht zur Ruhe kommen, weil er im dem Gefühl lebt, sein Lebensziel noch nicht gefunden, seinen Ruf noch nicht gehört zu haben (Bd. II, S. 367). Der Autor beschreibt Friebott als einen Suchenden, eine Art modernen Parzifal. Sein unstetes Leben ist als eine Figuration der »deutschen Unruhe« (Bd. II, S. 607) entworfen, soll aber auch als vorbereitende Phase für eine – dem Helden selbst noch unbewußte – Aufgabe verstanden werden. Was seine Romanfigur noch nicht versteht, will der Autor seinen Lesern einhämmern: Dieser Friebott verkörpere einen neuen Führertyp, einen, der von unten kommt, und einen, der mit den Massen in Kontakt geblieben ist und sich den Sinn für deren Bedürfnisse bewahrt hat.

Da für Grimm – wie wir sahen – die soziale Frage nur durch neuen »Raum«, durch koloniale Expansion, gelöst werden kann (Bd. II, S. 163), liegt es nahe, daß er das Reservoir für neue Führungsfiguren besonders unter denen sucht, welche die ehemaligen Kolonien kennen. Anders als die monarchistische Führungsschicht im Reich seien die deutschen kolonialen Menschen Demokraten, dann nämlich, wenn Demokrat sein heiße: der Tüchtigste solle vorangehen, keine Klasse dürfe Sonderrechte behaupten, und der Nutzen des Volkes gelte mehr als das Einzelschicksal (Bd. II, S. 222). Der Begriff der Demokratie, den Grimm hier propagiert, setzt sich also auf der einen Seite schroff von den Vorrechten der bisherigen wilhelminischen Eliten ab, hat aber andererseits nichts mit realen demokratischen Strukturen zu tun. Er ist vielmehr ganz auf autoritäre Führung und die Unterordnung des Einzelschicksals unter ein angebliches Volksinteresse gestellt, das sich bei näherem Zusehen in der Forderung nach kolonialer Expansion und Aufstiegsmöglichkeiten der »Tüchtigen« erschöpft. Eine solcher, willkürlich uminterpretierter Demokratie-Begriff entspricht inhaltlich weitgehend den zeitgenössischen jungkonservativen und faschistischen Gesellschaft-

entwürfen und ist als ein Gegenbild zu demokratischen wie zu sozialistischen Modellen zu verstehen – nicht zuletzt natürlich zum verhaßten Parlamentarismus der Weimarer Republik. Wer so dachte, mußte den Nationalsozialismus als eine Massenbewegung und seinen Führerkult unterstützen, selbst wenn er im Detail auf eigenständigen Vorstellungen beharrte.

Neuen Anstoß erhält die Zielsuche Friebotts durch seine Reise nach Deutschland im Jahr 1912. Seine endgültige Abkehr von der Sozialdemokratie bestätigt nur, daß in seinen Vorstellungen der Bestand der Gesellschaft letztlich auf dem Bauerntum beruht.²⁵ Während der Jahre in Deutsch-Südwest versteht er sich niemals als Lohnarbeiter und für Lohnerhöhungen zu kämpfen ist deshalb auch nicht seine Sache. Sofern er nicht als selbständiger Farmer auftritt, erscheint er als Handwerker oder Teilhaber eines handwerklichen Unternehmens. Die Grundannahme, der »freie Mann« definiere sich durch Besitz, durch Privateigentum, durchzieht das ganze Buch. Freilich: Der Held wird vom Autor auch immer wieder in die Lage versetzt, das nötige Kleingeld aufzubringen – bei seiner Reise nach Deutschland verfügt er über 250.000 Mark (Bd. II, S. 292) und ist demnach für deutsche Verhältnisse ein recht wohlhabender Mann. Die Interessen des »gemeinen Mannes« werden mit der Möglichkeit gleichgesetzt, Land zu erwerben, wenn nicht zu Hause, dann in Übersee. Alles läuft darauf hinaus, es sei vornehmste Aufgabe der deutschen Politik, die Bedingungen dafür zu schaffen – auch wenn den proletarischen und proletarisierten Massen in Deutschland nur selten die nötigen Summen für den Erwerb in den Schoß gefallen sein dürften.

Der Beginn des letzten Buches mit dem Titel »Das Volk ohne Raum« zeigt Deutsch-Südafrika von seinen Nachbarn bedroht und im Weltkrieg stellen sich die Buren gegen die Deutschen im Nachbarland und führen einen »Feldzug kalter Berechnung und niedersten Undanks« (Bd. II, S. 391) gegen sie. Die Engländer landen an der Küste und das Schutzgebiet – ohne Unterstützung des Reiches geblieben – wird von einer englisch-burischen Übermacht nach zehn Monaten eingenommen.

Ausführlich schildert Grimm nun die Repressalien der Besatzungsbehörden gegen die deutschen Farmer, die aus dem Land gedrängt, zumindest aber von den Farbigen isoliert werden sollen. So wird Friebott des Mordes angeklagt, weil er in Selbstverteidigung einen gesuchten Verbrecher getötet hat. So bleibt ihm nur die Flucht nach Angola und nach dem Friedensschluß die Rückkehr nach Deutschland. Den Weltkrieg hat er in der Überzeugung bejaht, es sei ein »Krieg um Raum« (Bd. II, S. 437), und er beharrt auch weiterhin darauf, den Kampf um eine Neuverteilung der Welt unter den führenden imperialistischen Industriemächten in einen Krieg um Siedlungsraum für die kleinen Leute umzuinterpretieren. Nur hätte – wie er meint – der kleine deutsche Mann noch nicht begriffen, daß gerade er die nationale Macht braucht, um

selbst etwas darzustellen. Fürsten und Geldleute seien ohnehin schon etwas und hätten keine Nationalität nötig (Bd. II, S. 503). So erscheint der Nationalismus als eine Oppositionsbewegung in zweierlei Richtung, zum einen als Verteidigung der Volksinteressen gegen Geldleute und Fürsten und zum andern gegen die Erfüllungspolitik der Weimarer Koalition, das heißt gegen die Anerkennung der Versailler Vertragsbedingungen durch deutsche Politiker und Parteien.

Zur gleichen Zeit – um 1922 – vollendet sich nun auch das Schicksal seines Freundes Martin Wessel in Südafrika. Als Streikführer weißer Goldminenarbeiter gerät er in Konfrontation mit Schwarzen, die von den Grubeneignern als Lohndrücker und Streikbrecher geheuert worden sind. Es gelingt ihm nicht, eine Eskalation der Zusammenstöße zu verhindern, und so wird er als Rädelsführer von der Polizei erschossen. Gescheitert ist nicht nur sein Versuch, sich als Deutscher in eine fremde Umgebung einzugliedern, sondern auch sein Bemühen, in der rassistisch gegliederten Gesellschaft als Sozialist zu wirken. Daß er gar nicht erst versucht hat, Schwarze und Weiße gemeinsam zu organisieren, ist für den Autor selbstverständlich kein Gegenstand der Erörterung.

Damit schließt die eigentliche Handlung des Romans ab. Was folgt, ist ein autobiographischer Bericht Hans Grimms über sein schriftstellerisches und politisches Programm sowie seine zweite Begegnung mit Cornelius Friebott im Deutschland der mitzwanziger Jahre. Dieser Teil des Roman trägt über weite Strecken eher den Charakter eines politischen Pamphlets als einer biographisch angelegten Erzählung. Die Novemberrevolution ist in den Augen Hans Grimms nur eine »sogenannte deutsche Revolution« (Bd. II, S. 489), in der »die lange Saat der marxistischen Lehre und der fremden (also jüdischen! D.S.) geistigen Gängelung aufging« (Bd. II, S. 517). Er versteht sie als das »Novemberunglück am deutschen Volk«, als seine »Selbstverstümmelung« (Bd. II, S. 617). Sie demonstriert freilich auch, daß ein Bruch mit der alten, unfähigen Führungsschicht des Kaiserreichs unvermeidlich geworden ist, weil sie nicht verstanden habe, den Massen des Volkes ein »deutsches Ziel derben, handgreiflichen Gewinns« zu zeigen (Bd. II, S. 610).

Man sieht, daß der Autor hier auf grobe Wirkungen zielt, deren demagogische Züge unverkennbar sind. Den Nachkriegsdeutschen soll etwas geboten werden. Nicht weniger als ein »wirklicher Sozialismus« wird ihnen verhieß, in dem die Massen ihres Daseins froh werden sollen, weil jeder Fleißige und Tüchtige sich Besitz zu verschaffen vermag und unabhängig ist von den Besitzenden (Bd. II, S. 615). Freilich verkündet der Autor zugleich sehr entschieden, es sei kein Ausweg aus der drückenden Not der Massen und keine Erlösung aus dem Fluch der Lohnknechtschaft (Bd. II, S. 620), einer kleinen Klasse der Besitzenden und Bürger ihr Eigentum wegzunehmen (Bd. II, S. 626). Die bestehenden Eigentums-

verhältnisse anzutasten, steht also nicht auf dieser Tagesordnung. Seine Berufung als Schriftsteller sieht Grimm vielmehr darin – verwundern kann das nun nicht mehr – ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß Deutschland zu wenig Land für zu viele Menschen habe (Bd. II, S. 629). Was er unermüdlich als Lösung aller Lebensfragen der Deutschen propagiert hat, heißt jetzt nationaler Sozialismus. Genau besehen reduziert sich dessen Inhalt auf die Forderung: Das heranwachsende Geschlecht müsse wählen können, ob es hinter dem Pfluge gehen oder in Werkstatt und Fabrik arbeiten will (Bd. II, S. 613).

In diesen letzten, ganz und gar aufs Programmatische reduzierten Tendenzpassagen des Buches läßt der Autor sein autobiographisches Ich dem heimgekehrten Cornelius Friebott begegnen, der als Wanderredner sein Credo verkündet, die besitzlose Klasse entstehe durch Landmangel, und Landmangel in Deutschland sei Ursache, daß die besitzlosen Leute überwiegen (Bd. II, S. 640). Sozialer Unfriede und der Haß auf den Staat sei in Deutschland aus der Sehnsucht nach Selbständigkeit, nach Besitz und Freiheit entstanden (Bd. II, S. 641, 652). Solange hier zu viele Menschen in einem zu kleinen Lande leben müssen, könnten die Deutschen weder untereinander, noch das deutsche Volk mit andern Völkern wirklich in Eintracht zusammen leben, ganz gleich, wer herrscht oder regiert oder welche Verträge gelten (Bd. II, S. 641).

Kein Zweifel, im Sinne des Autors Hans Grimm hat Cornelius Friebott jetzt, als Fünfundvierzigjähriger, seinen »Ruf« gehört und kann nun dank seiner »Deutschheit« eine neue Führerschaft beanspruchen. »Ich muß aussprechen, was ich draußen lernte,« sagt er im Gespräch mit dem Schriftsteller, »das ist meine Berufung und sonst nichts« (Bd. II, S. 649). Als Feinde sieht er zum einen die Besitzenden, denen es vor allen Dingen um Ruhe zu tun ist, und zum andern die deutsche Sozialdemokratie, die das Volk hindere, seinen eigenen Willen zu wollen (Bd. II, S. 661). Darum will er sich mit seiner »Lehre von der deutschen Erlösung durch deutschen Raum« (Bd. II, S. 671) vor allem an Proletarier wenden. Symbolträchtig wird Friebott kurz vor dem Münchner Hitlerputsch im Spätherbst 1923 von einem sächsischen Arbeiter erschlagen.

»Volk ohne Raum« ist ein Gegenwartsroman, seine Handlung führt in die unmittelbare Erfahrungswirklichkeit seiner zeitgenössischen Leser hinein. Der entscheidende Kunstgriff des Schriftstellers Hans Grimm ist es, die ganz aufs Exemplarische hin konstruierte fiktive Handlung um Cornelius Friebott als eine reale Biographie erscheinen zu lassen. Indem sich der Autor Grimm darüberhinaus selbst unverhüllt zur autobiographischen Romanfigur macht, aus der Anonymität als Erzähler-Medium heraustritt, um mit der Figur seines Helden zu kommunizieren, gibt er diesem das Flair der Unmittelbarkeit, der Authentizität. Er rückt ihn damit sei-

nen Lesern emotional nahe und lädt sie zur Identifikation ein. Damit korrespondiert auch die charakteristische Beziehung zwischen Handlung, Reflexion und Kommentar innerhalb des Romans. Wer sich einläßt auf das Buch, hat wenig Spielraum zur Interpretation der Handlungsvorgänge – ihre Deutung ist durch Figurenrede und Autorenkommentar vorgegeben, meist sogar mehrfach. Das gibt dem Buch einen überredenden, fast bedrängenden Gestus. Bekenntnis und Programm des Autors sind auf Wirkung angelegt, ja, auf die Einvernahme des Lesers, der in die Argumentation des Buches hineingezogen werden und sich politisch wie gedanklich identifizieren soll. Er soll eingefangen werden in das Netz der suggestiven gedanklichen Konstruktion des Autors. Man könnte auch sagen, er soll sich lesend integrieren in eine »Volksgemeinschaft« von Autor, Figur und Lesern. Kritische Distanz wird dabei weitgehend ausgeschaltet, der Autor etabliert sich sehr entschieden als Herr seines künstlerisch-propagandistischen Verfahrens.

Ich breche an dieser Stelle ab, um nicht ins Uferlose zu geraten. Doch sei mir noch ein abschließendes Wort zu Grimms Haltung im Dritten Reich gestattet. Daß er die nationalsozialistische Bewegung seit ihren Anfängen leidenschaftlich gewollt²⁶ und öffentlich literarisch und intellektuell unterstützt habe, hat er nie bestritten. Denn sie hatte sich als die einzige der rechten Gruppierungen erwiesen, die Masseneinfluß gewonnen hatte, mit welchen Mitteln auch immer. Doch so sehr er seine nationalsozialistische Neigung betonte, so nachdrücklich bestand er immer darauf, kein Nationalsozialist gewesen zu sein²⁷ und der NSDAP nie angegehört zu haben.

Als konservativ eingestellter Mann hatte er freilich keine Sympathie mit dem nationalrevolutionären Flügel der Nazi-Partei, sondern beschwor die Parteiführung um Hitler im Jahr 1932, sich nicht auf eine klassenkämpferische Arbeiter-Front abdrängen zu lassen und am Legalitätskurs Hitlers festzuhalten.²⁸ Sozialist zu sein, wies er von sich und betonte sein Selbstverständnis als ein Nationalist schlechthin.²⁹ Wenn er in späteren Jahren erklärte, die Programmforderung der frühen NSDAP, Juden müßten unter Fremdenrecht gestellt werden, nicht gebilligt zu haben,³⁰ dürfte das begründet gewesen sein. Denn die antijüdische Pogrompolitik im Dritten Reich hat er in zeitgenössischen Briefen tatsächlich kritisch kommentiert.³¹ Auch daß er kriegerische Konflikte mit England und Polen vermieden sehen wollte, ist gewiß keine taktische Position, sondern entsprach seinem politischen Konzept. Schon 1930 hat er seine Überzeugung öffentlich gemacht, der deutsche Aufstieg werde an dem Tag beginnen, an dem »wir« – das heißt: die politische Rechte in Deutschland – uns mit England vertragen und verstanden haben.³² Und er hat diese Position noch 1934 bekräftigt, als er schrieb, eine Zukunft werde Deutschland nur im Einverständnis mit England haben.³³

Nach dem 30. Juni 1934, der Ermordung von Röhm, Schleicher und Jung, fühlte er sich in »Gewissensnot«.³⁴ Zur Nazibewegung bekannte er sich weiterhin, hielt aber das System, das von der Nazi-Partei geschaffen worden war, für ein menschliches und nationales Unglück.³⁵ In einem Brief an den Reichsminister des Innern zur Abstimmung im März 1936 – es handelte sich um die Reichstagswahl nach der Rheinlandbesetzung durch die Wehrmacht – sprach er offen aus, er werde mit Ja stimmen, weil es um einen Vorstoß gegen das Versailler Diktat gehe. Doch bedeute dieses Ja keine Vertrauenskundgabe für die Parteimethoden der letzten drei Jahre und die Zerstörung des Volksgewissens durch falsche Propaganda und die Angst um Brot und Stellung.³⁶ Das war durchaus kühn und zeugt von Selbstbewußtsein, aber Widerstand oder auch nur grundsätzliche Opposition war es nicht – es war Enttäuschung, was hier die Feder führte. Grimm selbst hat das nicht anders gesehen, als er in den fünfziger Jahren seine Nein-Stimme zur Abstimmung über die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers von 1934 begründete. Das sei keine Stimme gegen den damaligen Kanzler Hitler gewesen, betonte er ausdrücklich. Ihm sei es um die Überzeugung gegangen, die Führergestalt müsse durch einen absetzbaren Kanzler vor unnötigen Belastungen und übler Nachrede geschützt werden, einen Kanzler, der begründete Kritik, etwa am System der Partei, auf sich ziehen könne.³⁷

Man mag bei den Parteigrößen der Nazis Hans Grimms Buch nicht immer sonderlich geschätzt und seinen Autor zuweilen als einen Querulanten betrachtet haben. Das ändert nichts daran, daß dieses Buch zu den wirksamsten literarischen Wegbereitern des deutschen Faschismus gehörte. Seine Kolonial-Ideologie deckte sich nicht mit dem Konzept Hitlers und seiner Partei von der Ostpolitik, aber sie ist ein wichtiges Bindeglied zwischen völkischem Konservatismus, neukonservativen Gruppen und dem Nationalsozialismus. Man muß die hier entwickelten Vorstellungen wohl – bei allem Vorbehalt – als eine eigenständige Variante im rechtsradikalen Denken der Zwischenkriegszeit werten, die letztlich direkt in den Faschismus überleitete.

Dieter Schiller

- 1 Siehe: Vortrag im Bildungsverein »Helle Panke e.V.« am 3.11.2012.
- 2 Hans Grimm: Volk ohne Raum. Zwei Bände. München 1926. – Zitate aus dem Roman werden im Folgenden im Text nachgewiesen.
- 3 Genauer zur politischen Position Hans Grimms siehe Günter Hartung: »Volk ohne Raum« von Hans Grimm. In: Günter Hartung: Deutschfaschistische Literatur und Ästhetik. Gesammelte Studien. Leipzig 2001.
- 4 Uwe-K. Ketelsen: Literatur und Drittes Reich. SH-Verlag 1992, S. 200.
- 5 Zur Entstehung von »Volk ohne Raum«. In: H. Grimm: Über mich selbst und über meine Arbeit (Gesamtausgabe). Lippoldsberg 1975, S. 68 ff.
- 6 Zum Mythos des Kampfes um Lebensraum vgl. Peter Zimmermann: Kampf um Lebensraum. Ein Mythos der Kolonial- und der Blut-und-Boden-Literatur. In: Horst Denkler u. Karl Prümm (Hg.): Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Stuttgart 1976, S. 165 ff.
- 7 Vgl. Adolf Hitler: Mein Kampf. München 1935, S. 742.
- 8 Vgl. Hans Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit. Aufsätze, Zeitungsantworten, politische Briefe (Gesamtausgabe). Lippoldsberg 1980, S. 166.
- 9 Übervölkerung und Kolonialproblem (Sommer 1920). In: H. Grimm: Der Schriftsteller und die Zeit. München 1931, S. 93. Auch in H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 57.
- 10 Vgl. dazu: An einen Leser 12.4.34. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit (Gesamtausgabe). Lippoldsberg 1980, S. 166.
- 11 »Herrenmoral«? – Herrenmoral! (Mai 1934. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 34 f.
- 12 Leserbrief an den Berliner Tagesspiegel v. 16. XII. 1956. In: H. Grimm: Über mich selbst, S. 72 f.
- 13 In: Hans Grimm: Der Schriftsteller und die Zeit. Bekenntnis. München 1931, S. 68 ff.; sowie in: Hans Grimm: Englisch-deutsche Probleme im Wandel unserer Zeit (Gesamtausgabe). Lippoldsberg 1974, S. 22 ff.
- 14 Hans Grimm: Englisch-deutsche Probleme, S. 46.
- 15 Hans Grimm: Englisch-deutsche Probleme, S. 48.
- 16 Hans Grimm: Englisch-deutsche Probleme, S. 51.
- 17 Hans Grimm: Englisch-deutsche Probleme, S. 37.
- 18 Hans Grimm: Englisch-deutsche Probleme, S. 52.
- 19 Gemeint ist sicher Karl Marx, obwohl auch Ferdinand Lassalle gemeint sein könnte.
- 20 Hans Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 150. – Im Brief an einen Amerikaner vom 14.6.1933 schreibt er: »Ich persönlich bin niemals Antisemit gewesen. Ich bin durch meine Erfahrungen als Deutscher draußen und drinnen zunehmend Asemit geworden. Ich habe mich aber nicht gescheut zu äußern, daß ich wenn ich nicht Deutscher wäre, wegen der nationalen Leidenschaft und auch Leistung nur als Engländer oder Jude mich denken könnte«. Die Aussage trifft, wie viele Belege zeigen, nur sehr bedingt zu, muß aber – verglichen mit dem rabiaten und letztlich eliminatorischen Antisemitismus der Nazis – ernst genommen werden.
- 21 An eine Leserin 10.5.33. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 146.
- 22 Vgl. Uwe-K. Ketelsen: Literatur und Drittes Reich, S. 205.
- 23 Vgl. Gisela Graichen/Horst Gründer: Deutsche Kolonien. Traum und Trauma. Berlin 2005, S. 133 ff.
- 24 Vgl. dazu auch Hans Grimm: Zum Erkertzug (1934). In: H. Grimm: Über mich selbst, S. 74 ff.
- 25 Hans Grimm: Über mich selbst, S. 72.
- 26 An einen Arzt 20.12.34. In: Hans Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 180.
- 27 Vgl. An eine Leserin 19.8.32. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 140. – Ähnliche Äußerungen finden sich während der Zeit der Naziherrschaft und danach immer wieder.
- 28 Hans Grimm/August Winnig: Bitte an den Nationalsozialismus (22. September 1932). In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 21 ff.
- 29 An eine Leserin 19.8.32. In: Hans Grimm. Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 140.
- 30 Hans Grimm antwortet (1946). In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 217.
- 31 An eine Leserin 10.5.33; Hans Grimm an einen Amerikaner 14.6.33. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 146, 150.
- 32 An das Wiesbadner Tageblatt 10.12.1930. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 130.
- 33 An einen Medizinstudenten 5.11.34. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 172.
- 34 An einen Leser 15.11.34. In: Hans Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 175.
- 35 An einen Arzt 20.12.34; An einen Leser 15.11.34. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 180, 175.
- 36 An den Reichsminister des Inneren 28.3.1936. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 196 f.
- 37 An die Zeitschrift »Nation Europa«, Coburg 2.12.1954. In: H. Grimm: Der Schriftsteller und seine Zeit, S. 258.

Der Opelstreik 1936 und der Ausbau des Werkschutzes als betriebliches Terrororgan

In einer Arbeitsbesprechung im Reichswirtschaftsministerium 1936, stellte Ministerialdirigent »Pg. Stiehler« in Anwesenheit von Angehörigen der DAF und des SD besorgt fest, dass es in dem Jahr in Deutschland zu einer Zunahme von »Streiks und streikähnlichen Arbeitsauseinandersetzungen« gekommen war. Diese von den Faschisten gefürchtete Kampfform der Arbeiterklasse wurde gegenüber 1934 und 1935 nicht nur vermehrt registriert, sie rührte auch an der ideologischen Wurzel des Nazi-Regimes, der illusionären Klassenzusammenarbeit.¹ Besonders der Streik in einem der größten Rüstungskonzerne, der Opel AG in Rüsselsheim, bewegte die Nazibonzen. Dort hatten im Juni 1936 260 Arbeiter, darunter SA-Leute und NSDAP-Mitglieder, vor dem Verwaltungsbüro gegen eine Lohnkürzung protestiert und für 20 Minuten die Arbeit ruhen lassen. Nach der Meldung eines zufällig anwesenden Polizisten, griff die Gestapo sofort zu. Alle Streikenden wurden erfasst und daraufhin entlassen. Sieben Arbeiter, darunter zwei »alte Kämpfer« wurden in KZ-Haft genommen.² Die Konzernleitung, die auch während der Zeit des deutschen Faschismus faktisch bei General Motors lag, und die Gestapo zogen aus diesem Ereignis ihre »Lehren für die Zukunft«. In einer Besprechung der Gestapo in Berlin im Januar 1937 wurde von den Beteiligten noch einmal die »fristlose Entlassung« aller Streikenden und die »Inschutzhafnahme der Rädelsführer« gebilligt. Jedoch stieß ihnen offensichtlich der Streik an sich, hinter dem die Kommunisten vermutet wurden, und die Beteiligung kleinerer »Pg's« immer noch übel auf und warnte sie für die Zukunft vor ähnlichen Aktionen der Arbeiterschaft. Vor allem wurde die Unfähigkeit der faschistischen Geheimpolizei kritisiert auf solche Vorgänge adäquat zu reagieren. So wurde bemängelt, dass es, »kein Netz von Vertrauensleuten«, also Nazi-Spitzeln im Werk gab, so dass die Gestapo in Frankfurt/M. »rechtzeitig von der Stimmung, der Streikabsicht und über die ... Drahtzieher informiert gewesen wäre.« Es sei daher notwendig, dass die Staatspolizeistellen »in allen derartigen Werken« ein derartiges Netz aufziehen. Dabei sollte auf die Verwendung von bekannten »Nationalsozialisten und Parteigenossen« verzichtet werden. In Zukunft sollte so ein V-Leute-Netz »noch größere Bedeutung erhalten«, wenn durch die Arbeiter »unsichtbare« Streiks organisiert werden die auf ein langsames Arbeiten abzielten. Ob auch immer diese Taktik »kommunistischerseits« geplant war, stand diese Aussage doch mit der generellen Steigerung des Arbeitsdrucks auf die Belegschaft in der Rüstungsindustrie im Zusammenhang. Mit dem Vorwurf des »unsichtbaren Streiks«

konnte jede Arbeitsverzögerung aus welchem Grund auch immer durch die Gestapo und ihre Handlanger in den Betrieben verfolgt werden, die Arbeiter zu noch größerer Arbeitshetze angetrieben werden³

Die Gestapo wollte sich zudem »ein genaues Bild über die politische Zusammensetzung der Belegschaft« verschaffen. Dazu sollte insbesondere »eine Kartei aller politisch unzuverlässigen« Arbeiter aufgebaut werden. Die faschistische Geheimpolizei sah sich so bei einem Arbeitskampf in die Lage versetzt, die durch die Kartei erfassten politischen Verdächtigen »sofort festzunehmen.« Die Streiksolidarität sollte damit erschüttert und die »Festnahme aller am Streik nicht böswillig Beteiligten« verhindert werden. Nach Ansicht der Gestapo hatte eben die wahllose Festnahme aller Streikenden dem Streik »erst eine erhebliche politische Bedeutung gegeben die er vorher in dem Maße nicht gehabt« habe, er schaffte somit eine »Märtyrerstimmung« und förderte den »Solidaritätsgeist« der am Streik noch nicht Beteiligten. Für die nun geforderte Forcierung des faschistischen Terrors in den Opelwerken setzte die Gestapo auf den Werkschutz.⁴

»Rein SD-mäßig« – Der Werkschutz der Opel AG

Der Besprechung in Berlin folgten in Rüsselsheim rasch Taten. Der Werkschutz der Opel AG wurde im Einvernehmen mit der Betriebsführung »rein SD-mässig« aufgebaut. Am 16. Februar 1937 wurde er dem ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des SD-Oberabschnitt Rhein, dem »Werksicherheitsdirektor« SS-Hauptsturmführer Heinz Riller unterstellt.⁵ Riller wurde 1891 in Hannover geboren. Er wuchs in einer bildungsbürgerlichen Familie auf. Sein Vater Professor Otto Riller war seit 1899 Konzertmeister am Opernhaus Hannover.⁶ Riller legte das Abitur am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium ab und wurde Offizier im kaiserlichen Heer. Im 1. Weltkrieg kämpfte er als Kompanie-Führer und Bataillons-Führer. 1918 diente er im Generalkommando des X. Armeekorps. 1919 war er im Kriegsministerium in Berlin als Adjutant tätig. 1920 schied er als Hauptmann aus der Armee aus und trat zur Schutzpolizei über. Bis 1929 gehörte er der Schutzpolizei Bremen an. Riller führte eine »besondere Kraftwagenformation«, war Fahrlehrer der Polizeidirektion Bremen und Leiter der Ausbildung für die Unterführer der »Infanterie-Bereitschaften«. 1929 trat er aus »politischen Gründen in den Ruhestand« und wurde Sachverständiger für Kraftfahrwesen. Von 1933 bis zum 1. Januar

1935 war Riller Leiter der Abteilung V der Direktion der Adlerwerke in Frankfurt am Main, einem Automobilkonzern der von der Dresdner Bank, der sogenannten »SS-Bank« beherrscht wurde.⁷ Am 1. Mai 1935 wurde er hauptamtlicher Mitarbeiter im SD-Oberabschnitt Rhein. Er besuchte den »Sonderlehrgang für Abwehrleiter in der SD-Schule« und war folgend Referent der Abteilung »A«. 1936 erfolgte die Beförderung zum SS-Untersturmführer. Am 1.6.1936 wurde er Abteilungsleiter der III, Abwehr, des SD-Oberabschnitts Rhein. 1937 wurde er Hauptabteilungsleiter III im SD-Oberabschnitt Fulda Werra. »Durch seine zielbewusste Arbeit« hatte Riller »es verstanden, die Abteilung »Abwehr« aufzubauen.« »Während seiner Tätigkeit im SD« erwies sich Riller »stets als unermüdlicher, aktiver und zielstrebigem Mitarbeiter ... der für Abwehrfragen großes Interesse und gute Veranlagung« besaß. Er hatte »als ehemaliger Offizier ein sicheres und gewandtes und sehr korrektes Auftreten, so dass er aus Sicht des SD »besonders zu Verhandlungen mit höheren Stellen der Wehrmacht« eignete. Seine »Führung in und außer Dienst« war tadellos. »Weltanschaulich und charakterlich« war er »völlig einwandfrei«. Riller galt durch sein eloquentes Auftreten, seinen bürgerlichen Habitus und seine militärische Prägung als Offizier als die geeignete Person für die Position bei der Opel AG, die in der Rüstungsproduktion für die Wehrmacht eine wesentliche Rolle spielte.⁸ Mit der Betriebsführung verstand er sich offensichtlich gut. Nach einer Absprache Rillers mit dem Betriebsführer der Opel AG, Dr. Fleischer, war er nur ihm »allein unterstellt«. Er konnte nach eigenem »Ermessen in SS-Uniform oder in Zivil« seinen Dienst ausüben. Er war »selbstständig in der Ausübung« seiner Tätigkeit. Riller übernahm »in allen Fragen der Werksicherheit ...« die Verbindung zum SD, zur Gestapo und zur Wehrmacht. Riller hatte mit Fleischer ein »gutes Zusammenarbeitsverhältnis«. Nach ihm hatte Fleischer »durchaus begriffen, was der Sinn des Werkschutzes als eines Teiles der Sicherheitspolizei« sein sollte. Er stand den »werksicherheitsmäßigen Bestrebungen bejahend gegenüber«. »Fleischer achtete« in ihm »den Vertrauensmann und Beauftragten der Sicherheitspolizei«. Betriebsführung und Gestapo arbeiteten in der Unterdrückung der Arbeiterklasse offensichtlich Hand in Hand.

1939 wurde Riller in einer Beurteilung des Sicherheitshauptamtes »nachrichtenmäßig sehr gut beurteilt« da er »sich in verschiedenen schwierigen Sonderaufträgen für den Chef des SD-Hauptamtes (Heydrich d. A.) bewährt« habe.⁹ Trotz dieser »Erfolge« Rillers im Sinne der Profitmaximierung begann sein Stern bei der Opel AG nach der Absetzung des Betriebsführers Fleischer zu sinken. Im Kontext des Konfliktes zwischen dem US-Imperialismus und dem deutschen Imperialismus, insbesondere der »Morgan-Gruppe« und den Interessen der »Alldeutschen« geriet er zwischen die Fronten. Riller mußte 1939 gehen. Als Belohnung für seine Tätigkeit wurde er im selben Jahr zum SS-Sturmbannführer befördert. Bis Ende 1944 war er SS-Führer im SD-Hauptamt und »ukgestellt«.¹⁰

Die Erfassung der Arbeiter durch »die Karteik«

Die politisch unzuverlässigen Arbeiter der Opel AG wurden in einem Karteisystem erfasst. Zunächst überprüfte der Werkschutz die Arbeiter in der Abteilung K-14, einer sogenannten »geschützten Abteilung«. Die Beurteilungen der Arbeiter hatten laut Weisung der Gestapo nach dem »System« des OKW zu erfolgen.¹¹ Bei der Erfassung von »Überprüfungsergebnissen« bedienten sich demnach der Werkschutz der »Bewertungsbuchstaben A-D« die nach »folgenden Gesichtspunkten« systematisiert waren: Für die Arbeiter der Kategorie »A« ergaben sich »keine Bedenken«, sie galten als »völlig einwandfrei.« Für die Arbeiter der Kategorie »B« bestanden »keine Bedenken.« »Gewisse Vorgänge« waren bei ihnen zwar vorhanden, »jedoch zu geringfügig«, so dass eine »Weiterbeschäftigung verantwortet werden« konnte. Für die Arbeiter der Kategorie »C« bestanden »Bedenken.« »Bei der Möglichkeit« eines »begrenzten Einblicks und gewisser Beobachtung sowie Fernhaltung von besonders wichtigen Fertigungsstellen« wurde einer »Einstellung« bzw. »Weiterbeschäftigung zugestimmt.« Die Arbeiter der Kategorie »D« galten als »schwerwiegende Vorgänge«, so »dass die Einstellung« bzw. »Weiterbeschäftigung in einem geschützten Betriebe grundsätzlich nicht erfolgen« konnte.¹² In der Praxis agierten der Werkschutz der Opel AG mit dem SD-Oberabschnitt Rhein einvernehmlich zusammen. Am 26. September 1939 übersandte Riller dem SD-Oberabschnitt Rhein die Personalfragebögen »Nr.001039 bis 001046 von Werksangehörigen« der Abteilung K-14 »zur Überprüfung«.¹³

Am 4. Dezember 1939 veranlasste der SD-Abschnitt Darmstadt, im Fall des Arbeiters Karl Bauer, den SD-Leitabschnitt Stuttgart, zur politischen Überprüfung der Person. Bauer wurde am 29. April 1899 in Esslingen geboren und wohnte dort. Er war als Monteur »in einer geschützten Abteilung beschäftigt«. ¹⁴ Der SD-Abschnitt Darmstadt bat »um Feststellung und Mitteilung ... was dort über den Ruf und Lebenswandel sowie Erwerbs- und Familienverhältnisse« bekannt war. »Eine kurze karteimässige Überprüfung« genügte. Am 11. Dezember 1939 informierte die Auskunftstelle des SD-Leitabschnittes Stuttgart den SD-Abschnitt Darmstadt das zur Person Bauer nichts vorlag. »Sollten die angestellten Ermittlungen zweckdienliches Tatsachenmaterial ergeben«, erfolge ein Nachbericht. Zu Bauer wurde in Stuttgart eine Karteikarte angelegt. Am 20. Dezember 1939 sendete der SD-Abschnitt Darmstadt Riller »die Personalfragebogen 000013,001059 und 001057 nach Überprüfung« mit der Bemerkung »die Genannten haben hier keine Vorgänge« zurück. Es gab auch Vorgänge zu Arbeitern die mit Beurteilungen zum »Ruf und Lebenswandel« sowie zu den »Erwerbs- und Familienverhältnissen« versehen waren. In den Beurteilungen wurden die politischen und sozialen Aktivitäten vor und nach der Machtübergabe an die deutschen Faschisten analysiert. Im Oktober 1939 schrieb der SD-Abschnitt Darmstadt an die SD-Außenstelle Mainz, dass der Arbeiter »T. ... als eifriger Gegner der NSDAP vor der Machtübernahme bekannt«

war. Er war Mitglied der DAF und des NSV. Er gehörte jedoch nicht zu den »Märzgefallenen«.¹⁵ »Charakterlich« war über T. »nichts nachteiliges bekannt«. Es bestanden »keine Strafen der ordentlichen Gerichte«. Die wirtschaftlichen und soziale Verhältnisse waren »geordnet«. Die politische Zuverlässigkeit betrachtete der SD daher als »gegeben«. Der Arbeiter N. gehörte vor dem Januar 1933 der SPD an. Seit der »Machtübernahme« hatte er »sich gut geführt«. Gegen die Verwendung in einem »geschützten Betrieb« bestanden beim SD »keine Bedenken«. Ein »neutrales« bis opportunistisches Verhalten der Arbeiter nach 1933 wurde durch den SD entsprechend gewürdigt. Geringste Verdachtsmomente von Verhaltensweisen die nicht der faschistischen Ideologie und deren politischen Ritualen entsprachen wurden registriert und hatten Einfluss auf die Beurteilung durch die Geheimpolizei. Der Arbeiter N. war vor der Machtübergabe »KPD-Mitglied« und hatte sich »öffentlich betätigt«. Er war wegen »Hochverrats zu 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt« worden. Seit der Strafverbüßung war »nichts nachteiliges bekannt« geworden. Bei Spendensammlungen schloss sich N. jedoch »ab und zu aus«. »Wegen seiner heutigen politischen Einstellung« war er mit »Vorsicht zu behandeln«. Für eine »Verwendung in einem wehrwirtschaftlichen Betrieb« galt er »als schlecht geeignet.«¹⁶

Das »V-Leute-Netz« der Opel AG

Neben der Erfassung der Arbeiterschaft durch »die Kartei« und ihre Überprüfung in den geheimpolizeilichen Akten, wurde zu ihrer Überwachung und Disziplinierung ein Spitzelsystem aufgebaut. Der SD konnte dabei auf den Erfahrungen der Wehrmacht aufbauen. In den Richtlinien des OKW von 1935 wurde die »Arbeit mit V-Leuten« vor allem in den für die Ausrüstung wichtigen Großbetriebe als »notwendig« deklariert. Der Auswahl der Personen zur Mitarbeit als Spitzel galt es besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Anforderungen für den Einsatz von »V-Leuten« waren an bestimmte »Örtlichkeiten« und »gefährdete Punkte« gebunden. Für die Identität der »V-Leute« galt eine »strenge Geheimhaltung«. »Grundsätzlich« sollte keine Liste mit Namen angefertigt werden. Erwies sich »trotzdem eine Liste als notwendig«, sollte sie »gesondert und getarnt unter strengem Verschluss gehalten werden.«¹⁷ Der SD nutzte für die Rekrutierung und die Belehrung der »V-Leute« in den Betrieben das Lehrmaterial des OKW. Dem SD-Oberabschnitt Rhein sollten seine Gliederungen 1937 berichten, ob das entsprechende »Material bei der Belehrung von V-Männern herangezogen« wurde und »wenn ja, wie es sich hierbei bewährt« hatte. Vorschläge zur Aktualisierung der Lehrmaterialien waren einzusenden, um sie auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen. »Der weitere Ausbau des V-Männer-Netzwerkes in den Betrieben« erfolgte streng nach den OKW-Richtlinien, »mit besonderer Sorgfalt« und »unter Wahrung der notwendigen Vorsicht und unter jeweiliger Berücksichtigung der örtliche Verhältnisse«.¹⁸

In einem Schreiben Rillers an den SD-Oberabschnitt Fulda Werra wurde die Struktur des »V-Leute-Netzes« von Opel zum Teil offen gelegt. Es umfasste Personen die in irgendeiner Beziehung mit der Opel AG standen. Offenbar hatte Riller in Abhängigkeit des Aufgabengebietes Probleme mit der Gewinnung von nützlichen Spitzeln vor Ort. Er war darauf angewiesen, dass sich »ein großer Teil« seines »V-Männer-Stabes« aus »früher in den Opel-Werken tätigen, heute aber in anderen Werken beschäftigten Personen« zusammensetzte, die ihm »auf Grund ihrer früheren Tätigkeit ... heute außerordentlich wichtige Angaben machen« konnten. Riller griff auf diese Personen zurück, da er »im Hause selbst nur wenig erfahren« konnte, »weil dort die qualifizierten Sachbearbeiter im Verkehr mit« ihm »stark gehemmt« agierten. So waren »Dienstreisen« zu »V-Leuten« »in weiter entfernt gelegene Orte, wie z. B. Stuttgart, Braunschweig, Berlin erforderlich.«¹⁹

Der Werkschutz als »Arbeiterschreck«

Der Werkschutz, als das »betriebliche Terrororgan« hatte letztendlich eine die Arbeiterklasse unterdrückende Funktion.²⁰ Es gelang den Herrschenden jedoch diese Gewalt im Sinne des Kapitals bis zu einem gewissen Grade ideologisch zu verschleiern. Bei der Aufklärung und der Verhinderung von Sabotage und Spionage, von Streiks und Aufständen der Arbeiterschaft bis hin zum militärischen Einsatz des Werkschutzes wurde von der Betriebsführung oft das demagogische »Argument« vorgebracht, dass diese Maßnahmen der nationale Sache dienten, die »Volksgemeinschaft« davon profitierte, in dem die Kriegsproduktion gesichert wurde. So meinte der Werkschutzangehörige der Opel AG SS-Sturmmann Kirchberg, dass der seinen Dienst zum Schutz des Werkes leiste. Seine Aufgabe sah er darin »es politisch sauber zu halten und jeden Schaden und sonstige Ursachen innerhalb des Werks zu unterbinden oder alles weitere zu veranlassen.«²¹

Der Alltag sah jedoch anders aus. Der Werkschutz wurde vor allem durch seinen Terror gegenüber den Arbeitern als »Arbeiterschreck« wahr genommen. Die Überwachung der Arbeitsleistung und der Pausenzeiten im Sinne der Profitmaximierung wiesen ihn eindeutig als Büttel des Kapitals aus. Dieses Vorgehen stand dann auch in einem unauflösbaren Widerspruch zur faschistischen Ideologie der Klassenzusammenarbeit, und führte zu ideologischen Konflikten innerhalb des Werkschutzes der Opel AG. Bei manchen Werkschutzmännern tauchten Zweifel über den Sinn ihrer Tätigkeit auf und einige beschwerten sich bei ihren Vorgesetzten. Die daraus resultierenden Untersuchungsberichte des SD sind wichtige Quellen über die wahre Funktion des Werkschutzes. Der SS-Sturmmann Kirchberg der in einigen Tagen Dienst im Werkschutz mit der Realität konfrontiert wurde, stellte konsterniert fest, »statt dass man uns genügend aufklärte, jagte man uns hinter die Arbeiter her, wenn sie, wie es in diesem Sommer der Fall war, sich eine Flasche Wasser oder sonst

was Trinkbares holen wollten. Dieses ging gegen meine Gesinnung und auch viele, ja die meisten Kameraden, nahmen hieran Anstoß.«²² Seit dem brachte er nur Meldungen »über tatsächliche Schäden im Werk, Diebstahl und sonstige Sachen.« »Nie« habe er »derartige Meldungen gebracht ...« wie etwa »... gegen einen Arbeiter welcher zur Kantine ging und sich etwas zu essen oder trinken holen wollte.« Er »habe diesen Leuten höchstens im anständigen Ton gesagt, dass sie nach Möglichkeit ihre Sache während der Pausen holen sollten.« »Das ging diesen Sommer aber schlecht zu machen, da es sehr heiß war« und er sagte sich, »wenn die Leute an den Schweissapparaten so schwer arbeiten müssen, haben sie ein Recht, ihren Durst zu löschen.«²³

Kirchberg stellte zwei »Parteien innerhalb des Werkschutzes fest.« Er hatte durch sein Vorgehen »nie im Werk mit einem Arbeiter Unannehmlichkeiten bekommen.« Die »meisten Arbeiter und verschiedene Abteilungsleiter« beurteilten ihn als »gerecht.« »Verschiedene Kameraden« die dagegen nach dem »Willen der Leitung des Werkschutzes arbeiteten,« hatten »dauernd Krach« mit den Arbeitern. Bei seinen Vorgesetzten fand Kirchberg nur bei seinem Streifenführer, SS-Obersturmführer Ditt Unterstützung. »Werksicherheitsdirektor« Riller sprach Kirchberg dagegen die Eignung für den Werkschutz ab. Er bekam von ihm mitgeteilt, dass er »nicht genügend Aufmerksamkeit besitze um das Werk zu schützen« und wurde kurze Zeit später entlassen. Gegen Ditt legte Riller beim SS-Oberabschnitt Rhein eine Beschwerde ein.²⁴

Über ähnliche Widersprüche innerhalb des Werkschutzes berichtete der SS-Sturmmann Otto Libbach. Er hatte sich den »Dienst als Werkschutzmann ganz anders« vorgestellt. »In SS-Uniform« tat er jedoch folgendes: »Wenn ein Auto oder sonstiges Fuhrwerk das Werk passierte« hatte er »die Schranken zu öffnen oder zu schließen.« Wenn dagegen »ein Arbeiter fünf Minuten vor der Zeit in den Waschraum« kam, so hatte er »denselben zur Bestrafung zu melden.« Traf er einen »Arbeiter ... außer den Pausen in der Kantine« an, »um ein Fläschchen Wasser zu trinken,« so hatte er ihn »ebenfalls zu melden.« Libbach fühlte sich »überhaupt mehr als Arbeiterschreck verwandt« als zu Aufgaben »um das Werk tatsächlich zu schützen.« »Die Kameradschaft innerhalb des SS- Werkschutzes« wurde demnach durch diese Konflikte untergraben. Bei der Werkschutzführung war »man nur angesehen, wenn man eigene SS-Kameraden« denunzierte, die »sich einen Fehler zu Schulden kommen ließen« in Bezug auf eine »Dienstvorschrift, die überhaupt nicht vorhanden« war.²⁵

Besser konnte die faschistische Phrase von der sogenannten »Volksgemeinschaft« kaum widerlegt werden. Diese »ungeschriebene Dienstvorschrift« des Werkschutzes schrieb die Gewalt gegenüber der Arbeiterschaft im Interesse der Profitmaximierung vor. So führte der Tätigkeitsbericht des Werkschutzes für den September 1939 12 Fälle von unberechtigten Kantinenaufenthalt, 2 Fälle von unberechtigten Aufenthalt in den Waschräumen, 9 Fälle von Schlafen während der Arbeitszeit, 33 Fälle von Rauchen an verbotenen

Stellen und 82 Fälle von allgemeinen Vorkommnissen auf. Der Untersuchungsführer des Werkschutzes gab für diesen Monat 8 Anzeigen wegen Übertretung der Betriebsordnung an, von denen 8 geklärt wurden, und 3 Arbeiter dem SD gemeldet wurden.²⁶ Der Druck auf die Werkschutzleute im Sinne des Kapitals zu handeln wurde dadurch erhöht, dass die Denunziation von »Kameraden« zur Pflicht gemacht wurde. »Der Ton und das Verhalten im Werkschutz« waren laut Libbach »zum großen Teil ... nicht kameradschaftlich.« »Jede ... Kleinigkeit« wurde »sofort als Wachvergehen geahndet.« Jeder war verpflichtet, »dass Wachvergehen eines andern zu melden.« So »wurden die Männer dazu erzogen, sich gegenseitig nicht nur nicht zu helfen, sondern vielmehr zu überwachen bzw. zu beobachten.« Es war nicht erlaubt, »einmal nachsichtig zu sein, wenn ein Arbeiter irgendeine kleine in keiner Weise gefährliche Unkorrektheit beging, deren Regeln« nach Libbachs Vorstellungen ausschließlich Sache des Vorarbeiters bzw. Meisters waren. Er »mußte in jedem Fall Meldung machen und wurde selbst bestraft, wenn man es wegen der Geringfügigkeit des Vergehens einmal zu unterlassen können glaubte.«²⁷ Riller machte es zur Regel, dass sich die Werkschutzleute gegenseitig »hinsichtlich ihrer Pflichterfüllung« überwachten. So beschwerte sich Libbach, »dass die Werkschutzleute in Zivil ihren wachhabenden Kameraden während einer ganzen Zeit heimlich nach schlichen.« Mit Libbachs Verhalten war die Werkschutzleitung verständlicherweise »nicht zufrieden.« Er verließ die Opel AG, »freiwillig, da ihm durch »solche und ähnliche Dinge« der Dienst »verleidet« wurde.²⁸

Im SD-Hauptamt wurden diese Vorgänge bei der Opel AG mit Besorgnis registriert, insbesondere nach dem gegen Riller wegen der Beschwerden ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde. Man kritisierte natürlich nicht die Funktion des Werkschutzes als »Arbeiterschreck«, sondern ein Versagen Rillers als SS-Führer. Ihm gelang es offensichtlich nicht den Werkschutz im Sinne des Imperialismus zu formieren, »seine Männer zu einem einheitlichen Korps zusammen zu schweißen.« Der SD sah jedoch »keinen Anlass zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens« gegen Riller. Er habe zwar »vielleicht ... sachlich nicht richtig gehandelt ..., als er sich um die ihm unterstellten Männer ... nicht in genügenden Maße gekümmert hat.« Er habe aber »keinesfalls bewußt oder gewollt unkameradschaftlich« gehandelt.²⁹

Der Werkschutzes als ein Mittel zur Bekämpfung des bewaffneten Aufstandes

Mit Beginn des 2. Weltkrieges spielte zunehmend die militärische Ausbildung des Werkschutzes eine Rolle. Dabei wurde vor allem an seinen Einsatz als »innere Wehrmacht«, insbesondere bei einem Aufstand der Arbeiterschaft gedacht. Ein 1918 sollte sich nicht wiederholen.³⁰ Diese Planungen der Gestapo führten zur Werkschutzordnung vom Februar 1945, wo-

bei auch die Opel AG ein gewichtiges Wort mit sprach.³¹ Jeder »schutzbedürftige Betrieb« hatte demnach eine Werkschutzgruppe aufzubauen. Darüber hinaus bildeten mehrere örtlich benachbarte Werkschutzgruppen einen Werkschutzring. Der Führer der Werkschutzgruppe war der Werkschutzleiter. Der Werkschutzleiter unterstand dem Abwehrbeauftragten und war an dessen Weisungen gebunden. Der Abwehrbeauftragte war »in allen Sicherheitsfragen des Betriebes« der faschistischen Geheimpolizei verantwortlich. Der Führer des Werkschutzringes war der Werkschutzringleiter. Er hatte die »militärische Ausbildung, Bewaffnung und Uniformierung der Werkschutzgruppen seines Ringes zu überwachen« und übernahm »in allen Fällen des überbetrieblichen Einsatzes des Werkschutzes die Befehlsgewalt.« Der überbetriebliche Einsatz wurde dem Werkschutzringleiter von der Gestapo »besonders befohlen.« Sollte die militärische Situation sich jedoch rasch ändern hatte der Werkschutzringleiter den »überbetrieblichen Einsatz nach eigenem Ermessen unter sofortiger Meldung an die Staatspolizei« anzuordnen. Der Aufgabenbereich jeder einzelnen Werkschutzgruppe und die zu treffenden Maßnahmen mußten »der örtlichen Lage, den Einrichtungen des Betriebes und der Zusammensetzung« der Arbeiterschaft angepasst werden. Es hatten »eingehende Belehrung aller Werkschutzangehörigen« und Arbeiter über »die drohenden Gefahren« und ihre Verpflichtung zu erfolgen, »alle auffälligen Erscheinungen sofort dem Werkschutzleiter zu melden«, ohne Rücksicht darauf, ob sie zunächst nebensächlich erschienen oder bereits Verdachtsmomente in eine bestimmte Richtung ergaben. Es war »Vorsorge für jederzeitige Einsatzbereitschaft« des Werkschutzes zu treffen. Eine Kasernierung war zu prüfen. Als Ergänzung waren Alarmtrupps aus »Kreisen der deutschen Gefolgschaftsmitglieder« zu bilden. Dabei mußte »möglichst« darauf geachtet werden, dass die Zusammenfassung der betreffenden Arbeiter aus der »gleichen Werkstatt, Halle oder Betriebsraum« erfolgte, gegebenenfalls aus »benachbarten Betriebsräumen«. Für die Befehlsgewalt über die Alarmtrupps waren »zuverlässige erfahrene und bewährte« Faschisten vorgesehen. Es sollten »energische Männer sein«, von denen erwartet werden konnte, dass sie sich durchsetzten und entschlossen handeln konnten. Neben der Absicherung und dem Schutz »sabotageempfindlicher Betriebsteile«, wurde die »rücksichtslose Niederschlagung ... entstehender Unruhen« angeordnet. »Jeder Mann« sollte wissen, »welche Waffe und welches Werkzeug zu seinem Schutz oder zur Niederschlagung des Widerstandes benutzt werden« konnte. Zusätzlich war »durch ein lückenlos und zuverlässig arbeitendes Meldesystem« sicher zu stellen, dass die Gestapo über alle Vorkommnisse »unverzüglich Kenntnis« erhielt. Weiterhin konnten die Ringführer und benachbarten Betriebe »rechtzeitig unterrichtet und gewarnt werden« damit sie »nicht nur die erforderlichen innerbetrieblichen Massnahmen, sondern darüber hinaus auch die geeigneten Vorbereitungen« für die gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung treffen konnten.³²

Auch der Werkschutz der Opel AG war ausreichend gerüstet, dafür zu sorgen die »Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg« zu verhindern. Das zeigte ein Besuch von Vertretern eines Rüstungs-Kommandos beim Werkschutz am 15. Dezember 1939. Im Laufe des Tages fand eine Besprechung zwischen Major Dr. Mussert, Hauptmann Betz, dem militärischen Abwehrbeauftragten Lachmann und dem »Werksicherheitsdirektor« Riller statt. Die Herren besprachen die militärische Organisation des Werkschutzes. Sie vereinbarten seine »schnellste« Verstärkung »von 70 auf 130 Mann«. Der »Kampfwert« wurde durch die Wehrmacht höher eingeschätzt als die der vorhandenen Polizeireserve Rüsselsheim. Er wurde von der Wehrmacht sogar als »Truppenkörper« eingeplant, der in der Lage war »auch den Schutz des Vorgeländes, vor allem in südwestlicher Richtung, z. B. im Fall feindlicher Fallschirmschützenlandung bis zum Eintreffen militärischer Verstärkung, in Zusammenarbeit mit der Flak zu übernehmen«. Es sollten daher später »zwei Drittel des Werkschutzes kaserniert werden.« Major Mussert lies Riller wissen »dass die Männer ... ihm einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hätten.«³³ Im Februar 1944 verfügte die Opel AG in Rüsselsheim über 165 Mann hauptamtlichen Werkschutz und 690 Mann nebenamtlichen Werkschutz. Die Bewaffnung bestand aus 98 Karabinern, 205 Pistolen, 12 Maschinengewehren und 9 Maschinenpistolen mit insgesamt 36.000 Schuss Munition.³⁴

Der Werkschutz der Opel AG war ein Garant, dass bis Kriegsende die Produktion in Rüsselsheim für General Motors ein profitables Geschäft blieb. Zwar wurde das Werk 1944 durch die Royal Air Force bombardiert, jedoch kann angenommen werden, dass die Produktionsanlagen wie im Werk in Brandenburg durch die forcierte Rüstungsproduktion bereits heruntergewirtschaftet und abgeschrieben waren. Zudem gab es das Gerücht, dass die US-Regierung General Motors das Werk in Rüsselsheim vor einem Luftangriff gegebenenfalls abkaufen wollte. Eine Konfiszierung durch die deutschen Faschisten erfolgte nach der Kriegserklärung Deutschlands an die USA jedenfalls nicht. Die Kriegsdividende konnte General Motors somit 1951 einstreichen.³⁵

Stephan Jegielka

-
- 1 Lenin kritisierte »das Experiment der Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital« das 1917 von den Menschewiki in einem »den ganzen Staat umfassenden Maßstab durchgeführt« wurde. »Um so nützlicher werden« daher »die Lehren für das Volk sein, wenn es sich« ... »davon überzeugen wird, daß eine solche Zusammenarbeit ein unhaltbare hoffnungsloses Beginnen ist.« Lenin: Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital oder Klassenkampf gegen das Kapital? LW 32, Berlin 1961, S. 354.
 - 2 Schumann, Heinz: SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1964, S. 100. Turner, Ashby Henry: General Motors und die Nazis, Berlin 2006, S.48–49.
 - 3 Schumann, SS, S. 104. Turner, Ashby Henry: General Motors und die Nazis, Berlin 2006, S. 196–229. Turner versucht dem Leser einen Kontrollverlust von

- General Motors über die Opel AG ab 1933 zu erklären. Das der Eigentümer der Opel AG, was GM zwischen 1933 und 1945 blieb, die Kontrolle über seine Produktionsmittel verliert ist natürlich absurd.
- 4 Schumann, SS, S. 104–105.
 - 5 BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller. BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller, Aktennotiz für SS-Standartenführer Potzelt 26.1.1937.
 - 6 Sievres, Heinrich: Die Musik in Hannover, Hannover 1961, S. 95.
 - 7 BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller, Lebenslauf. Henke, Klaus-Dietmar, Die Dresdner Bank im Dritten Reich, Oldenbourg 2006, S. 477.
 - 8 Turner, Nazis, S. 75.
 - 9 BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller, Aktennotiz für SS-Standartenführer Potzelt 26.1.1937. BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller SD-Führer SS-Oberabschnitt Fulda/Werra an Sicherheitshauptamt-RFSS, 31.5.1939. BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller. Chef der Sipo an SD-Führer SS-Oberabschnitt Fulda/Werra, 13.4.1939.
 - 10 BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller. SD-Führer SS-Oberabschnitt Fulda/Werra an Sicherheitshauptamt-RFSS, 31.5.1939. BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller, Persönlicher Stab Reichsführer SS an Frau Riller, 19.3.1945. Turner, General Motors, S. 50 Gossweiler, Kurt: Röhmer-Affäre. Der Putsch, der keiner war, Köln 2009, 231–237.
 - 11 Die Abwehr der Wehrmacht übernahm zunächst in den Rüstungsbetrieben heimpolizeiliche Aufgaben. 1937 erließ das OKW in einer Richtlinie Kategorien wonach die politischen und sozialen »Beurteilungen der Überprüfungen« der Arbeiterschaft zu erfolgen hatten. Später gingen ihre Kompetenzen sukzessive an die Gestapo über. Auf diese Konkurrenz gingen die Bezeichnungen für Positionen im Werkschutz, wie militärischer Abwehrbeauftragter (OKW) und politisch-polizeilicher Abwehrbeauftragter (Gestapo) zurück. Mit der Vereinigung beider Positionen unter der Führung der Gestapo hieß es Abwehrbeauftragter. BA Lichterfelde R58/797 Bl. 101–102, Betrifft: Vereinigung des militärischen und politisch-polizeilichen Abwehrschutzes – Ernennung von Abwehrbeauftragten, 1944. HStAD G12B 13/2, Geheime Abschrift Beurteilungen und Überprüfungen, 15.1.1937.
 - 12 HStAD G12B 13/2, Geheime Abschrift Beurteilungen und Überprüfungen, 15.1.1937.
 - 13 HStAD G12B 13/2, Adam Opel Aktiengesellschaft Rüsselsheim am Main an den SD-Oberabschnitt Rhein, 26.9.1939.
 - 14 HStAD G12B 13/2, Betrifft: Beurteilung von Arbeitern bei der Firma Opel A.G./Rüsselsheim in geschützten Abteilungen, 4.12.1939. HStAD G12B 13/2, Betrifft: Politische Auskunft über Bauer, Karl, geb. am 29.4.99 in Esslingen, wohnh. Esslingen, Uhländstr. 20, beschäftigt bei der Firma Opel AG als Monteur., 11.12.1939.
 - 15 »Märzgefallene« war ein spöttische und verächtliche Bezeichnung für Mitglieder die nach 1933 in die NSDAP drängten. Pätzold, Kurtl Weißbecker Manfred: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981, S. 217.
 - 16 HStAD G12B 13/2, Betrifft: Beurteilung von Arbeitern bei der Firma Opel A.G./Rüsselsheim in geschützten Abteilungen, 4.12.1939.
 - 17 BA Lichterfelde R 58/797 Bl. 10–15, Dienstanweisung: Der Abwehrbeauftragte (Abwb.) bei Rüstungsbetrieben 1935.
 - 18 Mallmann, Klaus-Michael: Die V-Leute der Gestapo, in: in: Paul, Gerhard/Mallmann, Michael: Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 271–275. HStAD G12 B 12/4, Betrifft: Belehrungsmaterial für Abwehrbeauftragte in Rüstungsbetrieben, 18.3.1937.
 - 19 BA Lichterfelde BDC SSO Heinz Riller. Vernehmungsniederschrift Hauptsturmführer Riller, 26.5.1939.
 - 20 Drobisch, Klaus: Der Werkschutz – betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Berlin 1965 S. 217–239.
 - 21 BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller. Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Kirchberg, 30.6.1939.
 - 22 BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller. Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Kirchberg, 30.6.1939.
 - 23 BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller. Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Kirchberg, 30.6.1939. BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller, Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Libbach, 30.6.1939.
 - 24 BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller. Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Kirchberg, 30.6.1939.
 - 25 BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller, Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Libbach, 30.6.1939.
 - 26 HStAD G12B 12/4, Monatsbericht September 1939, 5.10.1939.
 - 27 BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller, Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Libbach, 30.6.1939.
 - 28 BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller, Vernehmungsniederschrift SS-Sturmann Libbach, 30.6.1939.
 - 29 Riller beschwerte sich dagegen beim SD-Hauptamt, dass die Männer die durch die Allgemeine SS zur Verfügung gestellt wurden, »nicht immer gerade das beste Menschenmaterial« waren. Er sei »schliesslich gezwungen« gewesen »selbst heranzureisen und sich die einzustellenden Männer vorher persönlich anzusehen, damit weitere Fehlschläge vermieden würden«. BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller. Vernehmungsniederschrift SS-Hauptsturmführer, 26.5.1939. BA Lichterfelde, BDC SSO, Heinz Riller, Untersuchungsführer an SS-Oberabschnitt Fulda-Werra, 16.3.1940.
 - 30 Drobisch, Klaus: »Kriegsschauplatz Innerdeutschland« Sicherheitspolitische Vorbereitungen und Einübungen seit 1935/36, in: Pätzold, Kurt: Der Weg in den Krieg, Köln 1989, S. 41.
 - 31 Siehe die Verhandlungen zwischen der Gestapo und dem Abwehrbeauftragten der Opel AG Lachmann über den militärischen Einsatz des Werkschutzes, wobei die Gestapo auf die Vorschläge der Opel AG einging. HStAD G 12 B 44/4, Betrifft: Heranziehung des hauptamtlichen und nebenamtlichen Werkschutzes zum Deutschen Volksturm, 29.11.1944. 306 HStAD G 12 B 44/4, Stapo Darmstadt, 17.1.1945. HStAD G12B44/13, Betrifft: Werkschutzordnung, 8.2.1945.
 - 32 Im Bereich der Staatspolizeistelle gab es den Werkschutzring Darmstadt West, bestehend aus den Firmen Göbel AG., Gebr. Röder und Gustav Göckel, Mach. Fabr., den Werkschutzring Darmstadt Nord-West, bestehend aus den Firmen Röhm u. Hass GmbH., Demag-Motorenwerke AG., Donges – Stahlbau GmbH., Noll, Monnard u. Co. KG., Venuleth u. Ellenberg A.G. und den Werkschutzring Darmstadt Nord, bestehend aus den Firmen Schenck GmbH., Konzelmann GmbH., MAD, Bahnbedarf Rodberg, Tewa GmbH. HStAD G12B44/13, Werkschutzordnung, 8.2.1945. Wie entscheidend die Informationsübermittlung in politisch angespannten Situationen ist zeigte auch die ungenügende Nachrichtenorganisation in der KPD im Kontext des Hamburger Aufstandes und der Reichsexekution der Reichswehr in Sachsen. Czichon, Eberhard/Marohn, Heinz: Thälmann. Ein Report, Berlin 2010, S. 160–161.
 - 33 Lenin: Lage und Aufgabe der sozialistischen Internationale, in: LW 21, Berlin 1960, S. 26–28. HStAD G12B 15/6, Betrifft: Besuch von Vertretern des Rükommandos bei Werkschutz Opel, 15.12.1939.
 - 34 HStAD G 12 B45/6, Adam Opel, 9.2.1944.
 - 35 Wehler, Hans Ulrich: Notizen zu deutschen Geschichte, München 2007, S. 241. Reilling, Johannes: Deutschland, safe for democracy? Deutsch-amerikanische Beziehungen aus dem Tätigkeitsbericht Heinrich F. Alberts, kaiserlicher Geheimrat in Amerika, Stuttgart 1997, S. 410. Erker, Paul: Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten, München 1999, S. 38.

Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland

In Griechenland kam es an über 100 Orten zu Gräueltaten an der Bevölkerung. Diese wurden in der *Liste der Märtyrer-Dörfer und -Städte Griechenlands und Kretas* aufgearbeitet. Unter diesem Begriff (transkribiert: Martyrika choria ke polis tis El-ladas) werden in Griechenland Gedenkorte bezeichnet, in denen zwischen 1941 und 1945, während der Jahre der Fremdbesetzung Griechenlands durch die deutsche Wehrmacht, im größeren Ausmaß Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung durchgeführt wurden. Diese Liste umfasst nur jene Orte, deren Gräueltaten durch ein wissenschaftliches Gremium historisch aufgearbeitet wurden und berücksichtigt keine Einzelschicksale.

Nachdem im Oktober 1940 zunächst italienische, im späteren Verlauf dann auch deutsche und bulgarische Truppen, Griechenland angriffen, kapitulierten am 23. April 1941 die griechischen Streitkräfte; und das Land wurde von den drei Fremdmächten besetzt. Deutschland beanspruchte zwar das geringste territoriale Gebiet, sicherte sich aber durch einen entsprechenden Vertrag das Vorrecht der wirtschaftlichen Ausbeutung in ganz Griechenland auch in den besetzten Zonen der Bulgaren und der Italiener. Durch die systematische Ausbeutung der Region setzte in der Bevölkerung eine große Hungersnot ein. Zudem verübten besonders die deutschen Besatzer mehrere Kriegsverbrechen und Massaker an der zivilen Bevölkerung.

Ende 2014 umfasste die Liste 99 Orte; und sie ist noch nicht komplett. Auch konnten bis heute noch nicht alle Massaker vollständig wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

Peloponnes und Nordwestgriechenland (Auszüge von Orten aus dieser Liste nachf.):

Auch deutsche Gebirgsjäger waren an Kriegsverbrechen beteiligt, so die 1. Gebirgs-Division an der Erschießung von italienischen Kriegsgefangenen der Division »Acqui« auf Kefallonia und auf Korfu. Nach der Kapitulation Italiens vor den Alliierten Anfang September 1943 besetzten deutsche Gebirgsjäger die Inseln. 155 Offiziere und 4.750 einfache italienische Soldaten, die sich den deutschen Truppen ergeben hatten, wurden nach ihrer Gefangennahme, den Befehlen des Oberkommandos der Wehrmacht folgend und allen Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts widersprechend, getötet. Dies geschah zwischen dem 21.–24. September 1943. Dies war eines der schwersten Kriegsverbrechen mit direkter Beteiligung von deutschen Wehrmachtseinheiten im Mittelmeerraum über-

haupt. Darüber hinaus unterstützten Gebirgsjäger die Geheime Feldpolizei bei der Deportation der jüdischen Bevölkerung in Griechenland. Als die Division im Frühjahr 1943 nach Montenegro verlegt wurde, hatte sie im bisherigen Kriegsverlauf bereits über 19.000 Mann verloren. Anfang Juli 1943 wurde die 1. Gebirgs-Division nach Westgriechenland in den Epirus, nach Nordwestgriechenland, verlegt. Die militärischen Erfolge der griechischen Widerstandsorganisation »ELAS« hatten eine Verstärkung der deutschen Besatzungstruppen notwendig gemacht, und als Antwort darauf sollte der Terror intensiviert werden. Auch für sie galt Hitlers Befehl vom 16. Dezember 1942: »[...] Wenn dieser Kampf gegen die Banden sowohl im Osten wie auf dem Balkan nicht mit den allerbrutalsten Mitteln geführt wird, so reichen in absehbarer Zeit die verfügbaren Kräfte nicht mehr aus, um dieser Pest Herr zu werden. Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkungen auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt ...« (Auszug aus dem Befehl). Allein in den drei Monaten, zwischen Anfang Juli und Anfang Oktober 1943, wurden rund 207 Ortschaften mit 4.500 Häusern zerstört und über 2.000 Griechen und Albaner, darunter Frauen, Alte und Kinder getötet. Ein Indiz dafür, dass es höchst selten zu Gefechten mit Partisanen kam, ist die Tatsache, dass »nur« 23 Gebirgsjäger in diesem Zeitraum gefallen sind.

Dorf Komeno Region Epirus, Bezirk Arta (16. August 1943, 317 Einwohner ermordet):

In Komeno wurden am 16. August 1943 von der Wehrmacht 317 Einwohner ermordet. Es handelte sich um 172 Frauen und 145 Männer. 97 der Ermordeten waren jünger als 15 Jahre, 14 älter als 65 Jahre und 13 Personen waren gerade ein Jahr alt. Die Aktion einer Kompanie der 1. Gebirgsjäger-Division unter dem Kommando von Leutnant Willibald Röser war, nicht wie üblich, eine Vergeltungsaktion für einen Guerillaangriff bzw. Partisanenangriff. Anlass dafür war, dass am 14. August 1943 einige griechische Widerstandskämpfer im Dorf Nahrungsmittel eingesammelt hatten. Bei diesem Massenmord hatte Major der Wehrmacht, Reinhold Klebe, die operative Leitung inne. Des weiteren daran beteiligt war Oberstleutnant Josef Salminger.

Dorf Lingiades im Epirus, 20 km Umkreis von Kefallonia (3. Oktober 1943, 83 Tote):

Während der Besetzung Griechenlands durch die deutsche Wehrmacht wurde am 1. Oktober 1943 der Wehrmachtsoberstleutnant Josef Salminger von Mitgliedern der griechi-

schen »EDES«-Widerstandsgruppe ermordet. Dies führte zu Vergeltungsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung in der weiteren Umgebung. Der Kommandeur der 1. Gebirgs-Division der Wehrmacht, Hubert Lanz, forderte im Korps-Tagesbefehl »... eine schonungslose Vergeltungsaktion in 20 km Umkreis der Mordstelle ...«. Das Dorf wurde am 3. Oktober 1943 zunächst aus Artilleriestellungen auf der Ioannina-Insel und aus Perama unter Beschuss genommen. Beim folgenden Massaker wurden 82 Bewohner getötet, darunter 34 Kinder bis 11 Jahren. Nahezu alle Häuser und Hütten, außer der Kirche und dem Schulgebäude, wurden zerstört. Anlässlich seines Staatsbesuches in Griechenland besuchte der jetzige Bundespräsident Joachim Gauck gemeinsam mit dem griechischen Staatspräsidenten Karolos Papoulias Lingiades am 7. März 2014, den Ort »um dort der Opfer eines grausamen Massakers zu gedenken.« Gleichzeitig bat Gauck im Namen Deutschlands die Familien der Ermordeten um Verzeihung.

Dorf Kalavrita in Westgriechenland, Bezirk Achaia

(13. Dezember 1943, über 650 Tote):

Während der deutschen Besetzung Griechenlands kam es Mitte Oktober 1943 zur Gefangennahme von rund 80 deutschen Soldaten durch Partisanen der sog. Griechischen Volksbefreiungsarmee »ELAS«. Die Partisanen hatten im Raum Kalavrita eine starke Position, obwohl die überwiegend konservativ eingestellte Bevölkerung ihnen gegenüber als distanziert galt. Es ist aus den zahlreich vorhandenen Dokumenten der Wehrmacht nicht feststellbar, ob die Forderung der Partisanen nach Austausch der gefangenen Soldaten gegen in deutscher Hand befindliche griechische Geiseln ernsthaft erwogen wurde. Ende November 1943 war der Befehl für das »Unternehmen Kalavryta« (Vernichtung der »Banden« – meint: Partisanen – und eine Vergeltungsaktion) schon ergangen. Die folgenden vermehrten Truppenbewegungen in das Gebiet von Kalavrita konnten den Partisanen nicht entgegen sein. Am 7. Dezember, rund zwei Monate nach der Gefangennahme, wurden die deutschen Soldaten getötet und am 8. Dezember 1943 von den deutschen Besatzern ermordet aufgefunden.

Daraufhin erging der Befehl zur »schärfsten Form der Sühnemaßnahmen«. Die unter dem Kommando des Generalmajors Karl von Le Suire stehende 117. Jäger-Division begann am folgenden Tag, dem 9. Dezember 1943, mit der Zerstörung von Kalavrita und weiteren 25 kleineren Dörfern. Auch das griechische Nationalheiligtum Kloster Agía Lávra wurde völlig zerstört (was die Empörung der Griechen noch steigerte und bis heute nachwirkt). Am

13. Dezember 1943 wurden alle Dorfbewohner zur Schule befohlen. Alle Frauen und Mädchen des Ortes sowie alle Jungen unter zwölf Jahren wurden im Schulgebäude eingeschlossen, dann wurde das Gebäude in Brand gesetzt. Ein österreichischer oder deutscher Soldat öffnete allerdings wieder mit seinem Gewehrkolben die verschlossene Hintertür der bereits lichterloh brennenden Schule, um den Eingeschlossenen die Flucht zu ermöglichen. Er wurde tags darauf von seinen eigenen Leuten standrechtlich erschossen (!). Ihm wurde in Kalavrita ein Denkmal errichtet. Alle Männer wurden oberhalb des Ortes geführt und dort mit Maschinengewehrfeuer hingerichtet. 13 Männer überlebten das Massaker, weil sie von den Deutschen für tot gehalten wurden oder sich tot stellten. Der Ort wurde in Schutt und Asche gelegt.

1956 besuchten 33 griechische Kriegs-Waisen aus Kalavrita Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im Palais Schaumburg in Bonn. Als »kompensatorische Maßnahme« erhielten sie eine Berufsausbildung im damaligen West-Deutschland. Oberhalb des Ortes Kalavrita wurde damals eine Gedenkstätte errichtet. In hohe Betonwände waren die Namen aller Ermordeten eingegossen und es wurde ein fünf Meter hohes weißes Kreuz errichtet, das von jeder Position des Tals und des Ortes aus sichtbar ist. In der Mitte der Gedenkstätte steht eine Betonskulptur, die eine trauernde Mutter zeigt. Auf dem Gelände sind mit großen weißen Steinlettern die Inschriften »OXI ΠΙΑ ΠΟΛΕΜΟ!« (Nie wieder Krieg) und »ΕΙΡΗΝΗ!« (Frieden) gelegt. Auf dem Ziffernblatt der Turmuhr der Kirche blieben seit dem Massaker die Zeiger auf 13:34 Uhr stehen. In den Räumen der alten Grundschule befindet sich jetzt das Museum »Haus unserer Helden«. Jedes Jahr, am 13. Dezember, versammeln sich die Einwohner Kalavritas unterhalb des Kreuzes. Der 477 Opfer wird durch das Verlesen ihrer Namen gedacht. Am 4. April 2000 besuchte der damalige deutsche Bundespräsident Johannes Rau Kalavrita und legte am Mahnmal einen Kranz nieder.

Dorf Distomo in Mittelgriechenland, Bezirk Bötien

(10. Juni 1944, 218 Tote):

Distomo in Mittelgriechenland war Schauplatz des »Massakers von Distomo«. Bei dieser Vergeltungsmaßnahme am 10. Juni 1944 erschossen Angehörige eines Regimentes der 4. SS-Polizei-Panzergranadier-Division sämtliche 218 im Dorf zurückgebliebene der 1.800 Bewohner. Heute erinnert eine Gedenkstätte an die Opfer.

Roger Lecucq

REZENSIONEN

Eine neofaschistische Gefahr aus Italien

Heiko Koch, Casa Pound Italia. Münster, 2013, Unrast-Verlag, 145 Seiten.

Dem Autor kommt das große Verdienst zu, die neofaschistische Bewegung *Casa Pound Italia* (CPI) endlich einmal in deutscher Sprache umfassend beschrieben und in den Kontext der extremen Rechten Europas eingeordnet zu haben. Die Erfolgsstory von CPI muss für alle Antifaschist/-innen Grund zur Sorge sein. Diese Bewegung, die 2014 über mehr als 50 Stützpunkte – Wohnprojekte, Buchläden, Kneipen, Kultur- und Veranstaltungszentren – in ganz Italien verfügte, mehrere tausend aktive Mitglieder hatte und im Herbst 2012 aus eigener Kraft etwa 6.000 Menschen zu einer Großdemonstration in Rom mobilisieren konnte, hat sich längst zu einem Modellprojekt der europäischen extremen Rechten entwickelt. Sie ist ein Labor faschistischer Politik geworden, dessen Aktionsformen und Methoden auch in Deutschland von Neonazis und intellektuellen Salonfaschisten wie der Clique um das »Institut für Staatspolitik« (IfS) und die Zeitschrift »Sezession« eifrig studiert und kopiert werden. Vieles, was deutsche Ultrarechte mit mehr oder weniger Erfolg ausprobieren, etwa die »Unsterblichen«-Kampagne Brandenburger Neonazi-Kameradschaften mit ihren konspirativ vorbereiteten nächtlichen Fackelzügen unter weißen Masken, wurde von CPI vorexerziert oder angeregt.

Besonders besticht am Buch von Heiko Koch, dass es die bisher nur verstreut und teilweise schwer zugänglichen Informationen zu CPI übersichtlich und knapp zusammenfasst. Die reiche Illustration mit Beispielen der CPI-Propaganda wie Wandparolen, *screenshots* von Internetseiten, Plakaten und Fotos von Straßenaktionen vermittelt einen vorzüglichen Eindruck von der Selbstinszenierung dieser italienischen Faschisten. Auf der Grundlage des Buches lassen sich die Ursachen des Erfolgs von CPI gut skizzieren:

Diese Bewegung vermarktet sich auf höchst professionelle Weise, wobei sie durchgängig moderne Gestaltungsmöglichkeiten einsetzt und die heutigen Gewohnheiten des Medienkonsums bedient. Es werden alle denkbaren Kanäle der Agitation genutzt, auch die Neuen Medien, Aktionen im Stile einer Kommunikationsguerilla und *street art* (Plakate und Plakatbanderolen, Wandbilder, Wandslogans). Oft gelingt es CPI, die Berichterstattung der weitgehend unkritischen Mainstream-Medien zu instrumentalisieren. Die Führungsgruppe hat eine eigene *corporate identity* unter straffer zentraler Regie entwickelt. Es gelingt ihr, den Eindruck stetiger ungebrochener Dynamik zu erwecken und sich so einen eigenen *hype*

zu erschaffen. CPI betreibt ein geschicktes diskursives Spiel der Zeichen und Symbole, in dem Elemente der Jugend- und Populärkultur, der linken Ikonographie sowie der extrem rechten Tradition zu einem ästhetisch ansprechenden, zeitgemäßen Gewebe, einem neofaschistischen politisch-kulturellen Narrativ verarbeitet werden.

Für aktive Mitglieder und Sympathisant/-innen hält CPI eine eigene Lebenswelt bereit, die politische Aktion und Schulung ebenso umfasst wie Sport, bildende Kunst, Musik, subkulturelle Freizeitgestaltung oder Angebote zum gemeinsamen Wohnen und Arbeiten. Dabei werden Ökonomie und Politik so verbunden, dass sie sich gegenseitig stützen und verstärken, was sich im Betrieb von Ladengeschäften und Bekleidungsmarken, in der Organisation lukrativer Groß-Veranstaltungen wie Kampfsport-Turnieren und Rock-Konzerten ebenso ausdrückt wie in kriminellen Aktivitäten.¹

CPI betreibt eine interventionistische Bewegungspolitik, die immer wieder auf aktuelle kapitalistische Krisenerscheinungen und chronische soziale Missstände in Italien wie die Wohnungsnot oder die Umweltzerstörung Bezug nimmt. Dabei werden Themen und Aktionszyklen linker Proteste aufgenommen und mit nationalrevolutionären, völkisch und antisemitisch geprägten Parolen verbunden, wie sie aus der Früh- und der Spätphase des historischen Faschismus in Italien bekannt sind, als dieser sich sozialreformerisch und antikapitalistisch gab. Zur Bewegungspolitik gehören auch öffentlichkeitswirksame soziale und karitative Aktivitäten im Geiste einer nationalistischen, den häufig ineffektiven italienischen Staat blamierenden Solidarität, etwa nach Erdbeben-Katastrophen.

Genau wie Mussolinis *squadrisimo* der Jahre 1919 bis 1922 spielt CPI permanent die Rolle der rebellischen und militanten Kraft voll jugendlich-männlichen Schwungs. Das heroische und gewalttätige Selbstbild wird liebevoll gepflegt, was das strategisch gewollte Anknüpfen an die Fußball-Subkulturen der Hooligans und Ultras erleichtert.

Intern ist CPI durch eine arbeitsteilige Organisation mit unterschiedlichen Projekten und Sektionen bei gleichwohl autoritärer, zentraler Führung gekennzeichnet; so gab es 2013 Studierenden- und Schüler/-innen-Organisationen, Künstler/-innen-Vereinigungen, Radio und Internetprojekte

und vieles mehr. Nach außen betreibt CPI ein intensives Netzwerk in die italienische und europäische Rechte hinein, wobei Arbeitskontakte zu sehr verschiedenen und miteinander zerstrittenen Strömungen unterhalten werden – von selbst für dieses Milieu extremen russischen Neonazis über französische »Identitäre« bis hin zu rechtspopulistischen Akteuren.

Diese ganze Charakterisierung lässt sich aus dem Buch gewinnen, und das macht die Lektüre so lohnend. Schade hingegen ist, dass Vieles nur angerissen wird, so dass sich Leser/-innen ohne entsprechende historische, zeitgeschichtliche, literarische oder cineastische Kenntnisse manchmal etwas allein gelassen fühlen könnten. Insbesondere gilt dies für die Geschichte des italienischen Faschismus und zahlreiche der von CPI zu Ikonen stilisierten Persönlichkeiten. Hier hätten Verlag und Autor ruhig ein paar mehr informative Exkurse einbauen können, so wie den dankenswerterweise vorhandenen zu Ezra Pound, dem antisemitischen US-Poeten und Namensgeber von CPI. Ärgerlich sind auch die ziemlich vielen Fehler bei Satz, Grammatik und Ausdruck, die ein gründlicheres Lektorat erfordert hätten.

Sehr verdienstvoll ist, dass Heiko Koch den Werdegang von CPI in einen größeren historischen Zusammenhang einbettet: Diese Erfolgsstory wäre nicht denkbar ohne die Krise der parlamentarischen Demokratie in Italien seit Anfang der 1990-er Jahre, und die seither von Berlusconi und seinen Gefolgsleuten, von der rassistisch-regionalistischen *Lega Nord* und der nur oberflächlich entfaschisierten Rechtspartei *Alleanza Nazionale* betriebene Enttabuisierung und Rehabilitierung faschistischer und rassistischer Positionen. Wichtig ist auch der Hinweis auf die Kollaboration verantwortlicher Politiker und Beamter der Stadt Rom, die das Verwurzeln und Anwachsen von CPI entscheidend begünstigte.

Mathias Wörsching

1 Nur knapp wird in Kochs Buch angerissen, dass CPI ihre – auch medial groß als internationale Solidarität mit Freiheitskämpfer/-innen herausgestellten – Kontakte zur burmanesischen Guerilla-Bewegung *Karen Freedom Fighters* für den Handel mit Opium bzw. dessen Folgeprodukten und Waffen nutzt.

Antifa in der Krise?!

Susann Witt-Stahl, Michael Sommer (Hrsg.), »Antifa heißt Luftangriff!« Regression einer revolutionären Bewegung, LAIKA Verlag, Hamburg 2014, 212 Seiten.

Es steht schlecht, ganz schlecht um die Antifa-Bewegung hierzulande. Der Begriff des Antifaschismus ist entleert und pervertiert. »[E]in falsches Bewusstsein vom Antifaschismus« (S. 11) greift Raum in einer geschichtslosen radikalen Linken. Da geben »[f]renetische Bejubler des »War on Terror«« (S. 12) und bellizistische Freunde Israels den Ton an. Von einem revolutionären Antikapitalismus ist die Antifa-Bewegung, die es sich in der Berliner Republik gemütlich gemacht hat, weit entfernt. Die radikale Linke ist nicht mehr Sand im Getriebe, sondern Schmiermittel im kapitalistischen Motor.

In ihrem Vorwort des von ihnen »Antifa heißt Luftangriff!« genannten Sammelbandes zeichnen Susann Witt-Stahl und Michael Sommer ein düsteres Bild vom Zustand der linksradikalen Antifa-Bewegung. Die Sammlung von Streitschriften geht hart ins Gericht mit jener Bewegung, die seit den 1980er Jahren die wohl mobilisierungsstärkste und richtungsweisendste Strömung innerhalb der bundesrepublikanischen radikalen Linken war. In neun Beiträgen treten die Autor_innen den Nachweis an, dass mit *dieser* Antifa kein Staat mehr zu sabotieren ist.

Den Anfang macht die Mitherausgeberin Witt-Stahl: Einem Parforceritt durch die Totalitarismustheorien Hayekscher und Lippmannscher Prägung folgt die durchaus treffende, aber keineswegs neue Erkenntnis einer neoliberalen Durchsetzung aller gesellschaftlichen Bereiche. Tatsächlich ist die totalitarismustheoretische Ideologiekonstruktion eine antikommunistische, die Faschismus und Nationalsozialismus lediglich als reaktionäre Antwort auf den Sozialismus bagatellisiert. In dieser Lesart ist der Kollektivismus die größte Gefahr bürgerlicher Freiheit, also der Freiheit des Marktes. Die neoliberale Ideologie der Marktradikalen gedeihe am besten in der »bürgerlichen Kälte« (Adorno anführend) des »autoritären Staates« – und das autoritärste aller Systeme ist nunmal der Faschismus. Gleichwohl: »Neoliberalismus mit Faschismus zu identifizieren, wäre allerdings falsch (es gibt erhebliche Unterschiede) und käme einer Relativierung von letzterem gleich.« (S. 29). Opposition gegen den neoliberalen Wahnsinn? Fehlanzeige! Eine »neoliberal gewendete »Antifa«« (S. 32) hat längst kapituliert und dient sich dem Markt an. Mit der seit der Jahrtausendwende vorherrschenden Generation einer »Antifa 2.0« (S. 35) sei, so Witt-Stahl, die Perspektive eines revolutionären Antifaschismus und Antikapitalismus »von der Agenda der Linken« (S. 34) verschwunden. Glaubt

man der Autorin, so ist die Faschismus-Analyse der Antifa-Bewegung völlig auf den Hund gekommen. Statt den Faschismus ökonomiekritisch als bourgeoise Herrschaftsform zu begreifen, gehen Faschismustheoretiker wie Roger Griffin oder Zeev Sternhell der faschistischen Ideologie auf den Leim, indem sie diese für bare Münze nähmen. Tatsächlich ist es um eine historisch-materialistische Geschichtswissenschaft derzeit nicht gut bestellt. Und es stimmt: Griffins auf die Idee der »nationalen Neugeburt« (Palingenese) ausgerichteter Versuch einer Faschismustheorie hat bereits den Widerspruch vieler Kolleg_innen der historischen Zunft hervorgerufen. Zu unspezifisch sei sein Modell, zu wenig Beachtung fände der exkludierende, rassistische Charakter des Faschismus. Derweil zielt Witt-Stahls Argumentation immernoch auf die »Antifa 2.0«: Ihr wirft die Autorin nicht nur ihr Handeln, sondern auch ihr Nicht-Handeln vor, schließlich habe sie sich im aktuellen Konflikt in der Ukraine so gar nicht verhalten. Dabei ist der Konflikt nicht so eindimensional, wie uns die Herausgeber_innen weis machen mögen, stehen doch auf der einen Seite – der falschen? – nicht einfach nur Faschist_innen und Neoliberale und auf der anderen – der richtigen? – nicht einfach nur heroische Antifaschist_innen. Und wer sagt eigentlich, dass ausgerechnet diese beiden Parteien es sind, zu denen wir als Linke in Deutschland Stellung beziehen müssten. Aber um halbwegs ernst gemeinte Kritik geht es Witt-Stahl sowieso nicht: Diverse antideutsche Entgleisungen aufzählend, wird folgend alles mit *der* Antifa in einen Topf geworfen, was nicht passt, ganz so als hätten wir 2005 und nicht 2015. Tatsächlich nämlich tobte in der Antifa- und linksradikalen Bewegung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie im Zuge der globalisierungskritischen Mobilisierungen gegen die WTO-Konferenz in Seattle 1999 und den G8-Gipfel von Genua 2001 in den Folgejahren ein erbitterter Streit zwischen sog. Antideutschen und antinationalen oder antiimperialistischen Linken. Die Auseinandersetzungen um Deutungshoheit haben die »Szene« nachhaltig gespalten, doch das Gros der Antifa-Gruppen ist in den vergangenen Jahren durchaus wieder zur Tagesordnung übergegangen und beteiligt sich wieder vermehrt an kapitalismuskritischen Interventionen, wovon die bundesweiten Organisations- und Bündnisprozesse *Interventionistische Linke* (IL) und ... *ums Ganze!* zeugen. Witt-Stahl nimmt das gar nicht erst zur Kenntnis. Sie wirft ihren Gegnern »ideologische Grabschändung am kommunistischen Widerstand« (S. 53) gegen das NS-Regime vor und begehrt,

möchte man meinen, diesen selbst, wenn sie die verfolgten Antifaschist_innen für ihre Predigt in Beschlag nimmt.

Da ist der sachliche Aufsatz von Mitherausgeber Michael Sommer eine ganz willkommene Abwechslung. Sommer befasst sich kritisch mit dem besonders in der antideutschen Linken beliebten Aufsatz *Antisemitismus und Nationalsozialismus* (1979) von Moishe Postone. Der heute an der University of Chicago lehrende Historiker kritisiert darin die marxistische Faschismusanalyse und stellt stattdessen »den modernen Antisemitismus« ins Zentrum der Analyse des deutschen Faschismus, interpretiert ihn als Hass auf eine in »den Juden« falsch personifizierte »abstrakte Wertdimension« der kapitalistischen Gesellschaft und wertet ihn daher als Revolte eines »verkürzten Antikapitalismus.« (S. 58) Postones Dichotomisierung in »abstrakt« und »konkret« resultiere aus einem falschen Marx-Verständnis, so Sommer, und führe bei seinen Adepten schließlich zu einer bloßen Einteilung der Gesellschaft in »gut« und »böse«, erkläre aber mitnichten, was Antisemitismus nun sei. Stattdessen verhindere Postones Ansatz berechnete Kapitalismuskritik, da sie »jeden sozialen Protest in »eigentlichen« Antisemitismus« (S. 88) umlüge.¹

Antifaschismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus bilden »aus guten historischen Gründen eine untrennbare Trinität« (S. 105), so Matthias Rude in seinem Beitrag. Der Autor erläutert ebenso einfach wie einleuchtend: »Faschismus bedeutet Militarismus und letztlich Krieg, weshalb die antifaschistische Bewegung antimilitaristisch sein muss und das Bündnis mit der Friedensbewegung und pazifistischen Kräften suchen muss. Und Antifaschisten müssen dies auch nach außen umsetzen, also jedwede imperialistische Kriegspolitik ablehnen, weshalb antiimperialistische Solidarität Bestandteil der antifaschistischen Ausrichtung sein muss: Antifaschismus bedeutet auch Antiimperialismus.« (S. 106) Was aber, wenn die Rechnung in einer von komplexen kriegerischen Konflikten geprägten Welt nicht aufgeht? Was, wenn die Antwort auf den von den Antideutschen herbeigesehnten US-geführten »War On Terror« nicht die Unterstützung des »irakischen Widerstands« sein soll, sein kann? Man kann der Vereinfachung nicht durch die andere Dichotomisierung begegnen. Richtig ist zwar, dass es noch nie in Ordnung war, heutige Kriegseinsätze von USA und NATO mit historischen Parallelisierungen und Rückbezügen zu rechtfertigen oder gar herbeizuwünschen. Doch ebenso falsch ist es, alle irgendwie »israelsolidarischen« Linken per se in eine rechte, neokonservative Ecke zu stellen, einfach weil nicht links sein kann, nicht darf, was tradierten linken Weis- und Gewissheiten entsagt. Stattdessen hätten sich die Autor_innen vielleicht besser auch kritisch mit den noch immer unkritisch positiven Bezügen auf irgendwelche »Befreiungsbewegungen« rund um den Globus befassen sollen. Es ist nämlich wirklich nicht alles progressiv und von Linken zu unterstützen, nur weil auf der einen Seite ein westlicher Staat mit hoch gerüsteter Armee und auf der anderen eine verwegene Truppe mit ein paar Kassam-Raketen steht.

Durchaus spannende Fragen wirft der Beitrag von Jürgen Lloyd auf, der sich den Zusammenhängen von bürgerlicher Herrschaft und Faschismus widmet. Lloyd erklärt: »Solange es gelingt, dass die Beherrschten scheinbar freiwillig an Stelle ihrer eigenen Interessen die Interessen der Herrschenden verfolgen, solange also die Methode der 'freiwilligen' Integration funktioniert, ist damit die Durchsetzung der bürgerlichen Herrschaft sowohl stabil als auch flexibel abgesichert. Deshalb ist diese Form auch stets die bevorzugte Option des Kapitals, und erst, wenn diese Integration nicht mehr die Durchsetzung der vorherrschenden Kapitalinteressen sicherstellt, wird auf eine offen gewalttätige, mit Zwang und Terror durchgeführte 'Integration' zurückgegriffen – also auf Faschismus.« (S. 126 f.) Dem Faschismus sei also nicht ideologiekritisch zu begegnen.² Stattdessen müsse Faschismus als Instrument zur Umsetzung der Interessen bürgerlicher Herrschaft verstanden werden. Folglich treffe jedwedes antifaschistisches Engagement, das auf breite Bündnisse (bspw. bis hin zu Arbeitgeberverbänden) und ein NPD-Verbot ziele, den Kern der Sache nicht und verkenne die tatsächliche Gefahr einer schleichenden »Faschisierung« der Gesellschaft. Dabei erläutert Lloyd leider nicht, was er mit »Faschisierung« eigentlich meint. Bedeutet die ideologische Verschleierung doch keineswegs, dass der Kapitalismus hinter jeder Hausecke mit dem Gespenst des Faschismus aufwartet. Das ist nämlich in den meisten Fällen gar nicht nötig, reicht doch das autoritäre Instrumentarium nominaldemokratischer Gesellschaften aus. Auch neigt der Autor zu Verallgemeinerungen, wenn er einem »breiten« Antifaschismus eine Absage erteilt, einfach weil dieser sich zum »Vollstrecker der Integrationsstrategien« (S. 136) bürgerlicher Herrschaft mache. Er unterschlägt nämlich, dass es in antifaschistischen Bündnissen durchaus immer wieder massive Auseinandersetzungen gibt, die über den gemeinsamen Anti-Nazi-Konsens hinaus gehen. Antifa-Gruppen ziehen dabei immer wieder Grenzen und debattieren über Sinn und Unsinn von Bündnissen sowohl in strategischer als auch inhaltlicher Perspektive. Auch machen sie regelmäßig deutlich, dass ihnen ein Verbot der NPD nicht ausreicht, sie die Wirkung dessen bezweifeln und den Staat maßgeblich für das Scheitern des letzten Verbotverfahrens verantwortlich machen.

Ganz ähnlich die Argumentation eines Wolf Wetzel, der »[d]ie Angst des Antifaschismus vor seiner eigenen Idee« (S. 167) bemängelt. Der Antifaschismus habe angesichts der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erstaunlich wenig zu sagen. Das ist sicherlich richtig, doch bleibt auch Wetzel ungenau und oberflächlich, wenn nach einem sicherlich ansonsten zutreffenden Abriss der Antifa-Geschichte seit den 1980er Jahren ohne Differenzierungen von der »Staatsantifa« die Rede ist. Wetzel spricht hier nämlich von angeblich »[m]illionenschwere[n] Programme[n]« (S. 171), die initiiert wurden, um »die Opfer besser betreuen« (ebda.) zu können. Heute würden sich damit Antifaschist_innen ihre Brötchen verdienen. Tatsächlich gibt es immer wieder richti-

ge und sinnvolle Debatten über die Frage staatlicher Finanzierung antifaschistischer Arbeit. Wer sich dem Thema jedoch in gerechter Weise nähern will, sollte vorab schon konstatieren, dass es nicht die rot-grüne Regierung war, die sich 2000 das Konzept »Mobile Beratung« ausgedacht hat. Auch ist es nicht gerade ein Zuckerschlecken, die eigene Arbeit über angeblich »[m]illionenschwere« Bundes- oder Landesmittel finanzieren zu müssen.

Im Gegensatz zu dem vergleichsweise differenzierten, von Gerhard Hanloser herausgegebenen Band »*Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken*«. *Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik* (2004)³ ergehen sich Witt-Stahl, Sommer & Co. mitunter regelrecht in Hasstiraden. Daher löst die überaus unkritische Besprechung des Buches beim Online-Rezensionsportal kritisch-lesen.de durchaus Verwunderung aus.⁴ Keiner der Beiträge befasst sich kritisch mit der erstarkten Refugee-Bewegung und dem bisherigen weitgehenden Fehlen der Antifa in diesen Protesten. Keine Rede ist von der bitter nötigen und noch immer weitgehend ausbleibenden Auseinandersetzung einer undogmatischen Linken mit dem Erbe des Stalinismus.

Die Artikel zeugen von einer »autonomen« Verengung des Blickes, der mit den vielfältigen Realitäten praktischer antifaschistischer Politik und Interventionen in den Städten, aber

besonders auf dem »platten« Land wenig zu tun hat. So zeigen die Beiträge zwar durchaus die Probleme einer Antifa-Bewegung im 21. Jahrhundert auf, Lösungen bieten sie keine. Die müssten aktive Antifaschist_innen schon selbst suchen.

Yves Müller

-
- 1 Der Aufsatz findet sich in: Moishe Postone: Deutschland, die Linke und der Nationalsozialismus. Politische Interventionen, Freiburg i.Br. 2005, S. 165–194.
 - 2 Wenngleich Lloyd dies klipp und klar schreibt, sei darauf hingewiesen, dass sich die historische Wissenschaft seit etlichen Jahrzehnten mit der Gretchenfrage vom Primat der Ideologie oder der Ökonomie herumschlägt. Der Frage nach der Bedeutung der »Volksgemeinschaft« und des Rassenwahns zum Beispiel, Fragen von Inklusion und Exklusion in der nationalsozialistischen Gesellschaft also, möchte sich Lloyd lieber entziehen. Verwiesen sei an dieser Stelle nur auf Wolfgang Wippermann: »Triumph des Willens« oder »kapitalistische Manipulation«? Das Ideologieproblem im Faschismus, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, 735–759.
 - 3 Weitere Veröffentlichungen, die sich kritisch-solidarisch mit dem Antideutsch-Antiimp-Konflikt befassen, sind AK Wantok (Hg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010, hier S. 243-275; Marcus Hawel/Moritz Blanke (Hg.): Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken (=Texte der Rosa Luxemburg Stiftung, Bd. 66), Berlin 2010; Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland (=Texte der Rosa Luxemburg Stiftung, Bd. 48), Berlin 2008 sowie Irit Neidhardt/Willi Bischof (Hg.): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken, Münster 2000.
 - 4 Rezension von Christin Bernhold, erschienen am 1. Juli 2014, Ausgabe 33, <http://kritisch-lesen.de/rezension/killing-antifaschismus-softly> [21.07.2015]

INFORMATIONEN

Die Dr. Madloch-Sammlung



Norbert Madloch bestimmte lange vor seinem überraschenden Tod im Sommer 2014, dass sein Archiv und seine Bücher vom Zeitgeschichtlichen Archiv des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e. V. übernommen werden sollen. Als langjähriger Vorsitzender dieses Vereins wusste er um die Sorgfalt, mit der hier immer wieder auch Nach- und Vorlässe aufgenommen werden, so sie im Wesentlichen thematische Presseartikelsammlungen umfassen oder zeitgeschichtlich interessante Zeitungen und Zeitschriften.

Die Sammlung Dr. Madloch umfasst im Kern 319 Ordner sowie diverse historische Broschüren, darunter zu Themen aus dem deutsch-deutschen Krieg der Ideologien sowie wissenschaftliche Fachliteratur, Dissertationen, die er betreute, und auch zweieinhalb lfd. Meter Verfassungsschutzberichte und Karteien.

Entsprechend seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in der DDR, an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, umfasst der ältere Archivteil vor allem seine Ausarbeitungen und Materialien zu den Themen seines Lehr-, und Forschungsgebietes: Linksradikalismus, Trotzismus und Maoismus (75 Ordner).

Dr. Madloch verfolgte die Entwicklung dieser Parteien und Organisationen in der BRD, in Westberlin und in Westeuropa, aber auch in Lateinamerika und verlor sie auch nach 1990 nicht ganz aus den Augen. Auswertungen von Materialien des Sozialistischen Büros, des Kommunistischen Bundes, zu Spartakist, der KPD-ML oder der Arbeitermacht füllen die Ordner. Interessant z. B. Dr. Madlochs maschinenschriftliche Auszüge aus Schriften der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), auch ihrer Zeitung »Was tun«.

Unterlagen zu den Stichworten Anarchisten, Autonome, Hausbesetzer oder auch die Rote Armee Fraktion finden sich in den Einzelordnern.

Einigen Raum nehmen in der Gesamtsammlung Dr. Madloch als Kontext auch Materialien zur Entwicklung der historischen KPD, hier meist fotokopierte Dokumente, auch der KPD/O und ihre Rezeption in der frühen PDS, recht differenziert gegliedert, der DKP ein. Die spätere Sammlung zu seiner Partei, der PDS, wiederum ist eher ein Pressespiegelbild ihrer Kämpfe und schwierigen Entwicklung unter ständigen Angriffen. (24 Ordner: PDS 1990–2003)

Wie nicht wenige Betroffene, jedoch politisch wache Zeitgenossen, sammelte auch Dr. Madloch Presseveröffentlichungen zu Tagesereignissen über die Zeit des Anschlusses der DDR und der Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse in den neuen Bundesländern (9 Ordner NBL, 1 Ordner Kolonisation). Jahre zuvor hatte er Ordner zu den Ereignissen in Ungarn, der CSSR und der VR Polen angelegt.

Auch über wichtige Phasen der DDR-Geschichte und zur Entwicklung ausgewählter Länder und zu einzelnen Personen finden sich in der Sammlung Ordner, versehen mit diversen Originaldokumenten sowie auch zu seiner Heimatstadt Halberstadt (4 Ordner).

Mit dem Ende der DDR wendeten sich für Dr. Madloch die Arbeitsschwerpunkte. Rechtsextreme Entwicklungen gelangten ins Zentrum seiner Beobachtung, Forschung und Publikation. Er knüpfte dabei an seine Beschäftigung mit Rechtsextremismus und Neofaschismus an, dessen Erstarken Anfang 1989 in Europa für Beunruhigung sorgte. Ein Artikelmanuskript für die Monatszeitschrift »Die Einheit« aus dem Frühjahr 1989 findet sich zu diesem Thema in der Sammlung.

Systematisch beobachtete er fortan insbesondere die bundesdeutschen Wahlen und sammelte Presseartikel und Materialien zu rechtsextrem motivierten Straftaten, Parteien, Organisationen und Exponenten, aber auch zu Entwicklungen in Europa, vor allem der BRD und den neuen Bundesländern. Daneben finden sich in der Sammlung seine Analysen, Ausarbeitungen und Exzerpte zu diesem Themenkreis.

Die bisher nicht aufgearbeitete Dr. Madloch-Sammlung befand sich ursprünglich überwiegend in unzähligen thematisch geordneten Sammelmappen unterschiedlicher Ausfertigung.

Im Interesse der Nutzbarkeit wurden sie im Zeitgeschichtlichen Archiv in Ordner überführt und die von Dr. Madloch hinterlassene Beschriftung übernommen. Handschriftlich und per aufgeklebter Presseartikel verdichtete er in Karteien Informationen zu seinen Forschungsgebieten und nach 1990 insbesondere zu rechtsextremistischen Entwicklungen.

Zu seinem Forschungsgegenstand ab 1990 finden sich in der Sammlung folgende Ordner:

- Rechtsextremismus – Diverses
- Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus
- Staatsterrorismus
- Staat und Terrorismus 1980–1987
- Ausländer, Flüchtlinge, Informationsdienst, Sozialgeschichte, Antimilitarismus
- Totalitarismus, Rechtsextremismus-Definition, Verschiedenes, Geschichtsrevisionismus
- Rechtsextremismus, Programme
- Neue Rechte- Extremismus-Theorie, Artikel
- REP
- Rechtsextremismus, BRD 1985–1991
- Rechtsextremismus BRD
- Rechtsextremismus BRD 1990
- Rechtsextremismus
- Rechtsextremismus Im Westen BRD
- Rechtsextremismus Europa KIL Teil III International Frankreich
- Rechtsextremismus Osteuropa Balkan
- Rechtsextremismus NBL
- Rechtsextremismus 1990 BRD+NBL
- Artikel zum Rechtsextremismus in den NBL 90er Jahre
- Rechtsextremismus BRD April–Okt. 1989
- Rechtsextremismus BRD Nov. 1989 – Okt. 1990. Okt. 1990–Juni 1992. Febr. 1994–Mär. 1998
- Rechtsextremismus 1993–1996
- Rechtsextremismus, Asien, Afrika, Australien, Amerika
- Rechtsextremismus, Referate ab 2000
- Artikel zum Rechtsextremismus 1990–1999
- Rechtsextremismus 1985
- Rechtsextremismus Osteuropa, International, Russland, Polen, Baltikum
- Rechtsextremismus, Europa KIL Teil I
- Rechtsextremismus, Europa KIL Teil II Österreich, Italien
- Die Republikaner REP 1989–1995
- Rechtsextremismus 1974–1981
- Rechtsextremismus 1982–1984
- DVU Skinheads, Beilagen Des Parlament
- Neonazismus in der DDR 1988–1990
- Bundesinnenministerium, Flüchtlinge in der Bundesrepublik, Jugendarbeit Rechtsextremismus
- Antifaschismus DDR, Bundestagswahl 2005
- Rassismus 90er Jahre, Rassismus 1999–2000

Die Dr. Madloch Sammlung, wie auch alle anderen Archivteile, können im Zeitgeschichtlichen Archiv in Selbstrecherche genutzt werden. Terminvereinbarungen werden unter der Telefonnummer: 030 97891831 erbeten.

Harald Wachowitz
Vorsitzender des Berlin-Brandenburger
Bildungswerkes e. V.

An alle Engagierten und Interessierten:

Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und dabei Schnitt-

stelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

Name

Vorname

Geburtsdatum

Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss
BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

Anschrift

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28,
10178, Berlin
oder per Fax: 030 2411046